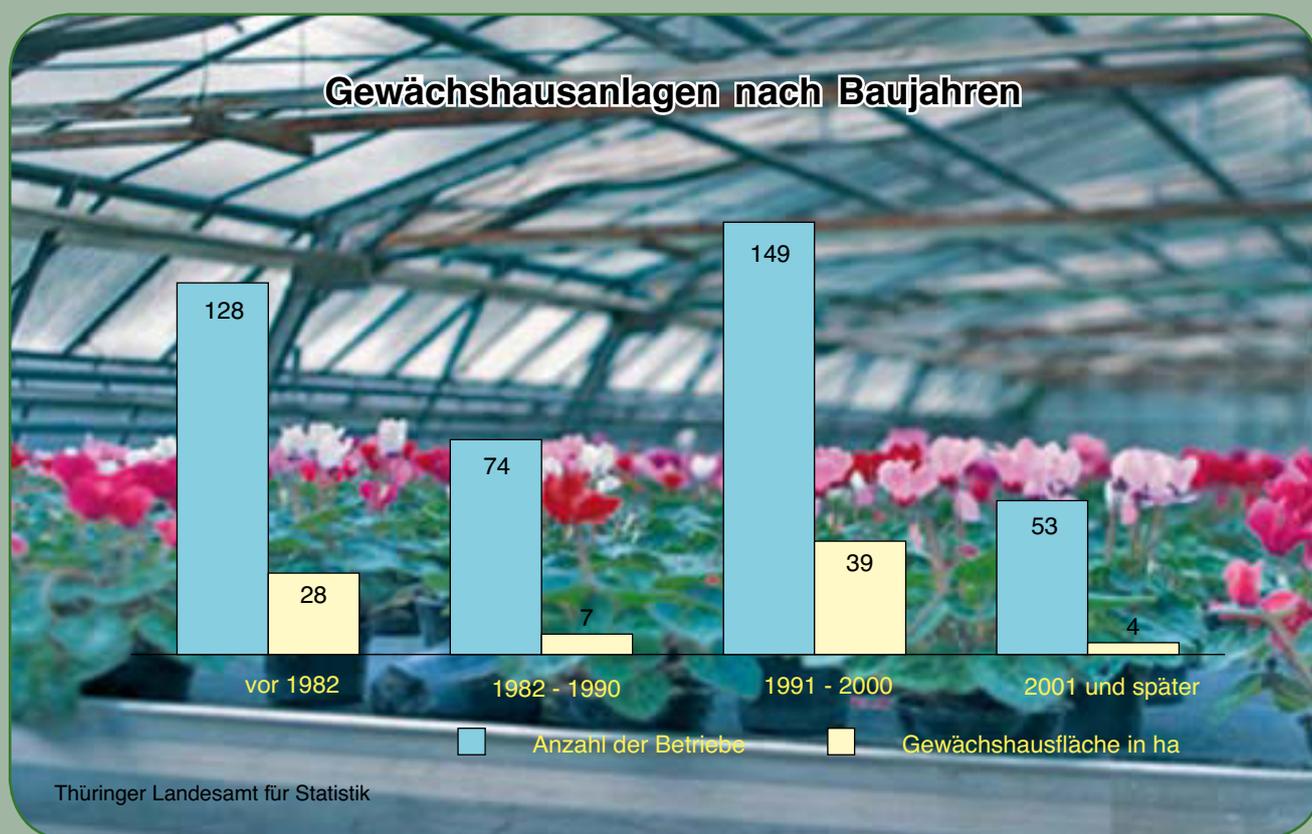


Statistische Monatshefte

Thüringen



Februar
2007



Thüringer Landesamt für Statistik

Statistische Monatshefte Thüringen

14. Jahrgang · Februar 2007

Inhalt

Neues aus der Statistik

Januar bis September 2006: Thüringen hat 17 Tsd. Einwohner verloren · Rückblick: Weihnachten und Silvester 2005 – in vielen Familien gab es noch mehr zu feiern _____	3
Mikrozensus 2007: 10 000 Thüringer Haushalte werden befragt · Alleinlebende entscheidend für durchschnittliche Haushaltsgröße _____	4
Zahl der Erwerbstätigen in Thüringen im Jahr 2006 nahezu unverändert _____	5
Herbstaussaat 2006 · Überdurchschnittliche Obsternte im Jahr 2006 in Thüringen _____	7
Januar bis Oktober 2006: Die Thüringer Industrie im Vergleich _____	8
Bruttoanlageinvestitionen in der Industrie 2005 nach Bundesländern · Das Thüringer Bauhauptgewerbe von Januar bis Oktober 2006 im Vergleich _____	9
Mehr Beschäftigte und höhere Umsätze im Ausbaugewerbe · Die Europäische Union wird größer _____	10
Verkehrsunfallstatistik im November 2006: 4,3 Prozent weniger Unfälle, aber 9 Tote mehr als im November 2005 · Unfallgeschehen auf Thüringer Straßen zum Jahreswechsel · 1 070 Schwangerschaftsbeendigungen im dritten Quartal 2006 in Thüringen _____	11
Thüringer Unternehmen im Jahr 2005 mit höheren steuerbaren Umsätzen, aber geringeren Umsatzsteuer-Vorauszahlungen _____	12
Verbraucherpreisindex im Dezember 2006 um 0,8 Prozent gestiegen _____	13
November 2006: Bauleistungspreise entwickeln sich unterschiedlich _____	14
Thüringen aktuell _____	15
Aufsätze	
Heidrun Anders: Der Produktionsgartenbau in Thüringen – Ergebnisse der Gartenbauerhebung 2005 _____	28
Prof. Dr. Reiner Stäglin, Dipl.-Soziologe Ingo Pfeiffer: Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken – Ergebnisse der DIW-Studie _____	42
Grafiken zur Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren _____	65
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 2006 im Überblick _____	71
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren – Thüringen im Vergleich _____	72
Zahlenspiegel Thüringen _____	74

Neues aus der Statistik

Januar bis September 2006: Thüringen hat 17 Tsd. Einwohner verloren

Zum Stichtag 30. September 2006 hatte Thüringen 2 317 370 Einwohner, 1 141 996 Personen männlichen und 1 175 374 weiblichen Geschlechts. Damit verringerte sich die Bevölkerungszahl von Januar bis September 2006 um 17,2 Tsd. Personen bzw. um 0,7 Prozent. Das entspricht einem um 2 148 Personen höheren Bevölkerungsverlust als in den ersten neun Monaten 2005.

Im Vergleich mit Ende September 2005 (Jahresvergleich) verringerte sich Thüringens Einwohnerzahl um 22,9 Tsd. Einwohner (- 1,0 Prozent).

Der Einwohnerrückgang von Januar bis September 2006 resultierte aus einem Wanderungsverlust von 10,4 Tsd. sowie einem Sterbefallüberschuss von fast 6,9 Tsd. Personen.

In den ersten neun Monaten 2005 betrug der Wanderungsverlust 8,6 Tsd. und der Sterbefallüberschuss ca. 6,6 Tsd. Personen.

Täglich „verlor“ Thüringen in den ersten drei Quartalen 2006 durchschnittlich 63 Einwohner: 28 Männer und 35 Frauen (davon 17 Männer bzw. 21 Frauen durch Wanderungsverlust).

In den ersten neun Monaten 2006 gab es 12 147 Lebendgeborene sowie 19 017 Sterbefälle. Da einerseits 311 Thüringer Babys weniger zur Welt kamen und 17 Personen mehr starben, fiel der Gestorbenenüberschuss um 294 Personen höher aus als im gleichen Zeitraum 2005.

In den ersten drei Quartalen 2006 standen den 21 783 Zuzügen nach Thüringen (Januar bis September 2005: 22 520) genau 32 149 Fortzüge (Januar bis September 2005: 31 079) über die Landesgrenzen gegenüber. Damit ist der Anstieg des Wanderungsverlustes sowohl auf das Ausbleiben der Zuzüge nach Thüringen als auch auf den Zuwachs der Fortzüge zurückzuführen.

Rückblick: Weihnachten und Silvester 2005 – in vielen Familien gab es noch mehr zu feiern

Neben den Feierlichkeiten zu Weihnachten und Silvester 2005 gab es Thüringer und Thüringerinnen, die einen weiteren Grund zum Feiern hatten. So erblickten am Heiligabend 2005 insgesamt 33 Kinder das Licht der Welt. Ein Jahr zuvor waren es 32 Kinder.

Am ersten Weihnachtsfeiertag des Jahres 2005 wurden 28 Kinder geboren. Besonders wenig Nachwuchs gab es mit 23 Kindern am zweiten Weihnachtsfeiertag.

Schnell genug um das neue Jahr zu begrüßen waren 37 Kinder. Sie wurden am ersten Tag des Jahres 2005 geboren. Die gleiche Anzahl von Geburten konnte für den letzten Tag des Jahres 2005 registriert werden.

Im Dezember 2005 wurden im Durchschnitt täglich 43 Kinder geboren. Damit fällt die Zahl der Geburten an den Weihnachtsfeiertagen und um den Jahreswechsel etwas niedriger aus.

Der Dezember 2005 war kein besonders geburtenreicher Monat. In der Rangliste der geburtenreichsten Monate des Jahres 2005 liegt der Monat Dezember mit 1 329 Geburten an zehnter Stelle. Den ersten Platz dieser Rangliste nimmt mit 1 537 Geburten der Monat August ein. Das Schlusslicht bildet der Monat Februar mit 1 273 Lebendgeborenen.

Gibt es auch Paare, die sich zu Weihnachten oder Silvester trauen ließen?

Am 24. Dezember 2005, einem Sonnabend, heirateten 7 Paare. Am 24. Dezember 2004, einem Freitag waren es 18 Paare. An den beiden Weihnachtsfeiertagen gab es kaum Eheschließungen.

Am 1. Weihnachtsfeiertag 2005, einem Sonntag, gab es eine und am 2. Weihnachtsfeiertag 2005, einem Montag, gab es keine Hochzeit.

Beliebter scheint der 31. Dezember zu sein. An diesem Tag ließen sich im Jahr 2005 in Thüringer Standesämtern 29 Paare trauen, am Silvestertag 2004 und 2003 waren es 36 bzw. 17 Paare.

Mikrozensus 2007: 10 000 Thüringer Haushalte werden befragt

Im Laufe des Jahres 2007 werden rund 10 000 Haushalte in Thüringen Post vom Thüringer Landesamt für Statistik bekommen. Damit wird Ihnen der Besuch einer Interviewerin oder eines Interviewers angekündigt. Die Interviewer haben den Auftrag, die Haushalte für den Mikrozensus, die jährlich im gesamten Bundesgebiet durchzuführende „kleine Volkszählung“, zu befragen.

Mit dieser Statistik werden Daten über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, insbesondere der Haushalte und Familien, ermittelt. Die Informationen sind Grundlage für viele gesetzliche und politische Entscheidungen und deshalb für jede Bürgerin und jeden Bürger von großer Bedeutung.

Gemeinsam mit dem Mikrozensus werden Daten für die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union erhoben.

Der Mikrozensus wird als Flächenstichprobe für bestimmte Gebäude und Wohnungen durchgeführt, die durch mathematisch-statistische Zufallsverfahren ermittelt wurden. Die dort wohnenden Haushalte und Personen gehören zur repräsentativen Auswahl und werden befragt.

Da die Qualität der zu berechnenden Ergebnisse entscheidend von der Einhaltung und möglichst vollständigen Befragung der repräsentativen Auswahl abhängt, die nur ein Prozent der Bevölkerung umfasst, besteht für alle betreffenden Haushalte und Personen Auskunftspflicht. Diese Auskunftspflicht erstreckt sich über maximal vier Jahre. Jedes Jahr wird ein Viertel der Haushalte durch andere ersetzt.

Rechtsgrundlage der Erhebung ist das vom Deutschen Bundestag am 24. Juni 2004 beschlossene Mikrozensusgesetz.

Am einfachsten ist es für die Haushalte, die Fragen gegenüber dem Interviewer mündlich zu beantworten. Alternativ kann aber auch ein Fragebogen ausgefüllt oder die Auskunft telefonisch erteilt werden. In jedem Falle brauchen die Haushalte zur Auskunftserteilung keinerlei besondere Unterlagen herauszusuchen.

Die Interviewer können sich durch einen amtlichen Ausweis legitimieren. Sie wurden vom Landesamt für Statistik geschult und sind zu strikter Verschwiegenheit und Geheimhaltung verpflichtet. Dasselbe gilt für die zuständigen Mitarbeiter im Statistischen Landesamt.

Genau und strenge gesetzliche Regelungen gewährleisten, dass alle Einzelangaben geheim gehalten und nur für statistische Zwecke genutzt werden.

Alleinlebende entscheidend für durchschnittliche Haushaltsgröße

Im Jahresdurchschnitt 2005 lebten 2,34 Mill. Thüringerinnen und Thüringer in 1,12 Mill. Privathaushalten. Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug 2,08 Personen.

Mehr als ein Drittel (36,5 Prozent) der Haushalte waren Haushalte von Alleinlebenden.

Die Ergebnisse des Mikrozensus, der jährlichen repräsentativen Haushaltsbefragung, zeigen bei regionaler Betrachtung der Haushaltsgröße große Unterschiede zwischen den Landkreisen und den kreisfreien Städten.

In den sechs kreisfreien Städten Erfurt, Gera, Jena, Suhl, Weimar und Eisenach wohnen durchschnittlich 1,86 Personen im Haushalt. In den 17 Landkreisen des Freistaates sind es 2,17 Personen.

Für die durchschnittliche Haushaltsgröße ist der Anteil von Einpersonenhaushalten von entscheidender Bedeutung. So hat die Stadt Weimar mit 1,66 Personen die niedrigste Haushaltsgröße im Freistaat und mit 56,3 Prozent den höchsten Anteil von Alleinlebenden.

Auf den Plätzen folgen Jena (1,75 Personen je Haushalt, 55,4 Prozent Einpersonenhaushalte) sowie Gera (1,87 bzw. 47,0 Prozent) und Erfurt (1,87 bzw. 43,3 Prozent).

Im Landkreis Eichsfeld leben durchschnittlich 2,56 Personen je Haushalt. Der Anteil der Alleinlebenden beträgt 24,0 Prozent.

Es folgen der Landkreis Sömmerda (2,47 bzw. 22,6 Prozent), der Saale-Holzland-Kreis (2,34 bzw. 25,4 Prozent) und der Landkreis Hildburghausen (2,39 bzw. 31,2 Prozent).

Zahl der Erwerbstätigen in Thüringen im Jahr 2006 nahezu unverändert

Im Jahr 2006 hatten im Jahresdurchschnitt 1 002,5 Tsd. Personen einen Arbeitsplatz in Thüringen. Das waren 900 Personen bzw. 0,1 Prozent mehr als im Jahr 2005.

Damit wurde der seit dem Jahr 2000 anhaltende Beschäftigungsabbau in Thüringen, der lediglich im Jahr 2004 mit einem Anstieg um 0,2 Prozent unterbrochen wurde, erneut gestoppt.

Von 1999 bis 2006 verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen in Thüringen um 69 500 Personen bzw. 6,5 Prozent.

In Deutschland erhöhte sich im Jahr 2006 die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr um 258 Tsd. Personen bzw. 0,7 Prozent auf 39,1 Mill. Erwerbstätige.

Wie die Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ zeigen, entfielen 25 200 Personen dieses Zuwachses auf die neuen Bundesländer (ohne Berlin).

Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) stieg die Zahl der Erwerbstätigen ebenfalls um 0,7 Prozent und im Gebiet der neuen Bundesländer (ohne Berlin) um 0,5 Prozent.

Ausschlaggebend für die verhaltene Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Thüringen im Jahr 2006 im Vergleich zum Bundesgebiet war vor allem die ungünstigere Entwicklung der Anzahl der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Im Durchschnitt der ersten neun Monate des Jahres

Erwerbstätige am Arbeitsort 2005 und 2006 – Berechnungsstand: Januar 2007

Land	2005	2006	Veränderung 2006 gegenüber 2005
	Tausend Personen		Prozent
Schleswig-Holstein	1 223,3	1 234,2	0,9
Hamburg	1 047,1	1 060,8	1,3
Niedersachsen	3 533,8	3 553,8	0,6
Bremen	381,2	385,6	1,2
Nordrhein-Westfalen	8 426,7	8 467,2	0,5
Hessen	3 027,5	3 044,6	0,6
Rheinland-Pfalz	1 779,7	1 795,9	0,9
Baden-Württemberg	5 399,8	5 437,1	0,7
Bayern	6 354,7	6 407,6	0,8
Saarland	507,2	507,3	0
Berlin	1 543,6	1 563,2	1,3
Brandenburg	1 008,7	1 013,4	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	707,6	710,1	0,4
Sachsen	1 892,6	1 905,0	0,7
Sachsen-Anhalt	987,9	992,7	0,5
<i>Thüringen</i>	<i>1 001,6</i>	<i>1 002,5</i>	<i>0,1</i>
Deutschland	38 823,0	39 081,0	0,7
nachrichtlich:			
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	31 680,9	31 894,1	0,7
Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin	33 224,5	33 457,3	0,7
Neue Bundesländer ohne Berlin	5 598,5	5 623,7	0,5
Neue Bundesländer einschl. Berlin	7 142,1	7 186,9	0,6

Erwerbstätige am Arbeitsort 1991 bis 2006 – Berechnungsstand: Januar 2007

Jahr	Thüringen	Deutschland	neue Bundesländer ohne Berlin	früheres Bundesgebiet ohne Berlin
	Tausend Personen			
1991	1 227,0	38 621,0	6 794,6	30 153,3
1992	1 042,4	38 059,0	5 943,5	30 468,0
1993	1 021,1	37 555,0	5 786,1	30 128,9
1994	1 047,4	37 516,0	5 935,8	29 953,4
1995	1 057,9	37 601,0	6 058,4	29 919,4
1996	1 042,9	37 498,0	6 008,8	29 892,9
1997	1 030,8	37 463,0	5 932,6	29 966,7
1998	1 054,4	37 911,0	5 945,8	30 412,3
1999	1 072,0	38 424,0	5 958,7	30 913,1
2000	1 063,7	39 144,0	5 907,3	31 661,3
2001	1 048,3	39 316,0	5 809,9	31 934,9
2002	1 028,4	39 096,0	5 717,7	31 831,7
2003	1 010,2	38 724,0	5 653,1	31 544,7
2004	1 012,9	38 875,0	5 662,8	31 672,6
2005	1 001,6	38 823,0	5 598,5	31 680,9
2006	1 002,5	39 081,0	5 623,7	31 894,1
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
1992	- 15,0	- 1,5	- 12,5	1,0
1993	- 2,0	- 1,3	- 2,6	- 1,1
1994	2,6	- 0,1	2,6	- 0,6
1995	1,0	0,2	2,1	- 0,1
1996	- 1,4	- 0,3	- 0,8	- 0,1
1997	- 1,2	- 0,1	- 1,3	0,2
1998	2,3	1,2	0,2	1,5
1999	1,7	1,4	0,2	1,6
2000	- 0,8	1,9	- 0,9	2,4
2001	- 1,4	0,4	- 1,6	0,9
2002	- 1,9	- 0,6	- 1,6	- 0,3
2003	- 1,8	- 1,0	- 1,1	- 0,9
2004	0,3	0,4	0,2	0,4
2005	- 1,1	- 0,1	- 1,1	0,0
2006	0,1	0,7	0,5	0,7

2006 lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Thüringen um 0,3 Prozent unter dem vergleichbaren Vorjahreswert, in Deutschland dagegen um 0,2 Prozent über dem Vorjahreswert.

gelegentlich nach § 16 Abs. 3 SGB II (Ein-Euro-Jobs). In Thüringen ebenso wie in den anderen neuen Bundesländern kam dieses Instrument bereits im Jahr 2005 in stärkerem Maße zur Anwendung.

Des Weiteren erfolgte im Jahr 2006 im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin) eine verstärkte Förderung der Erwerbstätigkeit in Form von Arbeits-

Den vorgelegten Erwerbstätigenzahlen liegt das so genannte Arbeitsortkonzept zugrunde, d.h. die ausgewiesenen Ergebnisse umfassen nur diejenigen

Erwerbstätigen, die ihren Arbeitsort in Thüringen haben. Auspendler in die anderen Bundesländer bleiben unberücksichtigt, Einpendler aus anderen Bundesländern sind einbezogen.

Über die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort im Jahr 2006 in den einzelnen Bundesländern informiert eine beigefügte Tabelle. Eine weitere Tabelle zeigt die Entwicklung der Erwerbstätigen ab dem Jahr 1991 in Thüringen im Vergleich zu Deutschland sowie den Großraumregionen früheres Bundesgebiet (ohne Berlin) und neue Bundesländer (ohne Berlin).

Herbstaussaat 2006

Von den Thüringer Landwirten wurden nach ersten Meldungen der Ernte- und Betriebsberichterstattung zur Herbstaussaat 2006 rund 433 900 Hektar mit Winterfeldfrüchten, darunter 309 000 Hektar mit Wintergetreide bestellt. Damit stehen zur Ernte 2007 gegenüber dem Vorjahr rund 3 Prozent mehr Winterfeldfrüchte im Feld.

Die Herbstbestellung 2006 verlief zügig und die bisher überdurchschnittlichen Temperaturen förderten eine schnelle Entwicklung der Saaten, so dass die Landwirte den gegenwärtigen Wachstumsstand bei allen Winterfeldfrüchten als „gut“ beurteilen.

Die anbaustärkste Getreideart – der Winterweizen – liegt nach ersten Prognosen mit 216 600 Hektar leicht unter dem Anbauniveau von 2006 (- 0,5 Prozent).

Die Aussaat von Wintergerste erfolgte auf 67 700 Hektar (+ 2 Prozent gegenüber dem Vorjahr).

Bei Winterroggen ist mit einer Flächenausdehnung um 31 Prozent auf 11 100 Hektar der höchste relative Zuwachs zu verzeichnen.

Der Anbau von Triticale, einer Kreuzung zwischen Winterweizen und Roggen, wurde nach ersten Berechnungen um 3 Prozent auf 12 800 Hektar zurückgenommen.

Bei Winterraps ist mit einer Anbauerweiterung um 9 Prozent auf 124 900 Hektar zu rechnen. Damit wür-

den 2007 nochmals 10 400 Hektar des Ackerlandes mehr mit dieser Fruchtart genutzt.

Bitte beachten:

Die Ergebnisse aus den Meldungen der Ernte- und Betriebsberichterstattung sind als erste vorläufige Anbautendenzen zu sehen. Weitere Aussagen zum Anbau von Winterfeldfrüchten können im Mai 2007 getroffen werden.

Überdurchschnittliche Obsternte im Jahr 2006 in Thüringen

In diesem Jahr wurden in Thüringen in den auf Marktobstbau ausgerichteten Obstbaubetrieben 49 517 Tonnen Baumobst geerntet, davon 37 921 Tonnen Äpfel, 6 801 Tonnen Sauerkirschen, 1 553 Tonnen Süßkirschen, 1 813 Tonnen Pflaumen und Zwetschen, 1 038 Tonnen Mirabellen und Renekloden sowie 391 Tonnen Birnen.

Damit lag die Thüringer Obsternte 2006 um 13 593 Tonnen bzw. 38 Prozent über dem langjährigen Mittel der Jahre 2000/2005 und um 10 787 Tonnen bzw. 28 Prozent über dem Vorjahresergebnis.

Bei Äpfeln, der vorherrschenden Obstart in Thüringen, wurde mit 335,5 Dezitonnen der höchste Flächenertrag der letzten 15 Jahre erzielt. Insgesamt wurden in diesem Jahr 37 921 Tonnen eingebracht. Das waren 9 635 Tonnen (+ 34 Prozent) mehr als im Durchschnitt der Jahre 2000/2005 und 6 044 Tonnen (+ 19 Prozent) mehr als im Vorjahr.

56 Prozent der Erntemenge wurden weiterverarbeitet, 44 Prozent wurden als Tafelobst verkauft.

Die Sauerkirsche, die zweitwichtigste Obstart in Thüringen, brachte in diesem Jahr einen Spitzenertrag von 101,3 Dezitonnen je Hektar (dt/ha). Damit lag das Ertragsniveau um rund 56 Prozent über dem durchschnittlichen Ertragspotential der Jahre 2000/2005 (65,0 dt/ha). Das bis dahin beste Ergebnis gab es im Jahr 1994 mit 83,9 dt/ha.

Neun Zehntel der Erntemenge von 6 801 Tonnen gelangte über Gläser und Dosen oder verarbeitet zu anderen schmackhaften Produkten an den Konsumenten.

An Süßkirschen wurden in diesem Jahr 1 553 Tonnen geerntet. Dieses Ergebnis lag um rund 86 Prozent über dem langjährigen Mittel der Jahre 2000/2005 und um rund 97 Prozent über der niedrigen Erntemenge des Vorjahres.

Im Landesdurchschnitt reiften 67,1 Dezitonnen pro Hektar. Der beste Flächenertrag wurde mit 73,1 dt/ha im Jahr 1993 erzielt, das langjährige Mittel beträgt 34,7 dt/ha.

64 Prozent der süßen Früchte kamen als Tafelobst in die Verkaufsstellen.

Für Pflaumen und Zwetschen wurden nach den Meldungen der Ernteberichterstatter in diesem Jahr der höchste Flächenertrag mit 154,2 Dezitonnen (zweithöchster Ertrag: 2004 mit 152,8 dt/ha) und eine Gesamternte von 1 813 Tonnen ermittelt. Die diesjährige Ernte übertraf den Durchschnitt der Jahre 2000/2005 um 387 Tonnen (+ 27 Prozent) und das Vorjahresergebnis um 322 Tonnen (+ 22 Prozent).

Knapp drei Viertel wurden Tafelobst, ein Viertel weiterverarbeitet.

An Mirabellen und Renekloden wurden bei der diesjährigen Ernte 1 038 Tonnen eingebracht. Das war mit 155,6 dt/ha der zweithöchste Ertrag der vergangenen 15 Jahre (2003: 180,1 dt/ha). Die erreichte Erntemenge lag um 244 Tonnen über dem langjährigen Mittel 2000/2005, das Bestergebnis (1 202 Tonnen) wurde um 164 Tonnen verfehlt.

Über acht Zehntel der Erntemenge wurden weiterverarbeitet und nur fünf Prozent gelangten als Tafelobst in den Handel.

Für Birnen wurde im Jahr 2006 eine Gesamternte von 391 Tonnen gemeldet. Das entsprach einem durchschnittlichen Flächenertrag von 136,1 dt/ha. Damit wurde der zweithöchste Ertrag eingebracht (2004: 153,5 dt/ha). Der Durchschnitt der Jahre 2000/2005 mit 100,5 dt/ha wurde um ein reichliches Drittel überboten, das Vorjahresergebnis um mehr als sechs Zehntel.

Knapp zwei Drittel dieser leckeren Früchte waren Tafelobst.

Januar bis Oktober 2006: Die Thüringer Industrie im Vergleich

Von Januar bis Oktober 2006 stieg der Umsatz in den größeren Thüringer Industriebetrieben ¹⁾ gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 9,6 Prozent auf fast 2,4 Mrd. Euro. In der Summe der neuen Bundesländer wurde mit 10,9 Prozent ein etwas höherer Zuwachs erreicht. Deutschlandweit war der Umsatzzuwachs mit 6,8 Prozent geringer.

Im bundesweiten Ländervergleich erreichte Thüringen den 6. Platz beim Umsatzzuwachs.

Der Auslandsumsatz Thüringens stieg von Januar bis Oktober 2006 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 11,0 Prozent auf 731 Mill. Euro. In den Industriebetrieben aller neuen Bundesländer wurden 19,2 Prozent mehr Auslandsumsatz erzielt. In Deutschland stieg der Umsatz in das Ausland um 10,8 Prozent.

Mit seinem Zuwachs im Auslandsgeschäft rangierte Thüringen auf dem 7. Platz.

Die Exportquote, d.h. der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, betrug in Thüringen 29,3 Prozent. Damit war sie nur noch um 0,2 Prozentpunkte höher als die der neuen Bundesländer (29,1 Prozent), lag aber um 12,7 Prozentpunkte unter dem deutschlandweiten Wert (42,0 Prozent).

Bei der Beschäftigtenentwicklung hatte Thüringen von Januar bis Oktober 2006 zum gleichen Zeitraum des Vorjahres ein kleines Plus von 0,3 Prozent auf 150 000 Beschäftigte. In den neuen Bundesländern wurde ein Anstieg um 1,0 Prozent ermittelt; in Deutschland ging die Beschäftigtenzahl um 0,7 Prozent zurück. Thüringen lag damit an 6. Stelle aller Bundesländer.

1) Zur Entlastung kleinerer Betriebe werden monatlich nur die Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten der Industrie (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) befragt.

Die unterschiedliche Beschäftigtenentwicklung blieb nicht ohne Einfluss auf die Umsatzproduktivität:

Der Umsatz je Beschäftigten stieg in Thüringen langsamer als im Durchschnitt der neuen Bundesländer, jedoch schneller als im Bundesdurchschnitt.

Im Vergleich der 16 Bundesländer rangierte Thüringen auf Platz 5.

Bruttoanlageinvestitionen in der Industrie 2005 nach Bundesländern

Im Jahr 2005 investierten die Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten¹⁾ im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Industrie) in Thüringen eine Gesamtsumme in Höhe von fast 1,1 Mrd. Euro. Das entsprach einem Anteil von 2,3 Prozent an den gesamtdeutschen Investitionen in Höhe von 45,5 Mrd. Euro. Thüringen lag damit auf Rang 9 in der Länderwertung.

Die Länder mit den höchsten Investitionen im Jahr 2005 waren:

- Nordrhein-Westfalen (9,0 Mrd. Euro),
- Bayern (9,0 Mrd. Euro),
- Baden-Württemberg (8,0 Mrd. Euro),
- Niedersachsen (4,2 Mrd. Euro),
- Sachsen (3,1 Mrd. Euro),
- Hessen (2,4 Mrd. Euro) und
- Rheinland-Pfalz (2,0 Mrd. Euro).

Vergleichsweise wenig investierten die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern mit 0,4 Mrd. Euro und Bremen mit 0,5 Mrd. Euro.

In Deutschland wurde 3,1 Prozent des Umsatzes investiv gebunden. In Thüringen betrug dieser Anteil 4,4 Prozent. Das war der 4. Platz unter allen Bundesländern.

Hohe Anteile der Investitionen am Umsatz erreichten vor allem Sachsen (6,9 Prozent), Sachsen-Anhalt (5,0 Prozent) und Brandenburg (4,7 Prozent).

Kleinere Anteile der Investitionen am Umsatz wurden in Hamburg mit 1,6 Prozent und in Schleswig-Holstein mit 2,6 Prozent ermittelt.

Im Jahr 2005 lagen die Investitionen je Beschäftigten in Deutschland bei 7 697 Euro.

Thüringen erreichte Platz 12 mit 7 364 Euro.

Spitzenreiter bei den Investitionen je Beschäftigten war Sachsen mit 13 373 Euro.

Es folgten: Sachsen-Anhalt mit 13 122 Euro, Hamburg mit 11 315 Euro, Brandenburg mit 10 449 Euro, Bremen mit 8 860 Euro, Berlin mit 8 502 Euro, Saarland mit 8 280 Euro und Niedersachsen mit 8 035 Euro.

Geringere Investitionen je Beschäftigten wiesen Schleswig-Holstein mit 6 513 Euro und Hessen mit 5 912 Euro aus.

Das Thüringer Bauhauptgewerbe von Januar bis Oktober 2006 im Vergleich

Von Januar bis Oktober 2006 erhöhte sich der Umsatz in den Betrieben des Thüringer Bauhauptgewerbes²⁾ im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 6,9 Prozent.

In den neuen Bundesländern (+ 1,5 Prozent) und in Deutschland (+ 4,1 Prozent) gab es einen nicht so hohen Anstieg.

Die Veränderung des Auftragseingangsindex im Bauhauptgewerbe, als wichtiger Frühindikator der wirtschaftlichen Entwicklung, lag in Thüringen mit + 2,2 Prozent etwas niedriger als in Deutschland (+ 4,0 Prozent).

1) Zur Entlastung kleinerer Betriebe werden monatlich nur die Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten der Industrie (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) befragt.

2) Zur Entlastung kleinerer Betriebe werden monatlich nur die Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten des Bauhauptgewerbes befragt.

Der Rückgang der Beschäftigtenzahl um 2,9 Prozent fiel in Thüringen geringer aus als im Durchschnitt der neuen Bundesländer (- 5,2 Prozent) und lag auch unter dem Bundesdurchschnitt (- 3,4 Prozent).

Bei den geleisteten Arbeitsstunden wurde für das Thüringer Bauhauptgewerbe ein Rückgang um 1,7 Prozent ermittelt. Im Durchschnitt der neuen Bundesländer nahm die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden schneller ab. In Deutschland wurde ein geringerer Rückgang um 0,8 Prozent festgestellt.

Der Umsatz je Beschäftigten (Umsatzproduktivität) stieg in Thüringen in den ersten zehn Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum 2005 um 10,1 Prozent. Im Bundesdurchschnitt wurde ein Anstieg um 7,8 Prozent registriert. Im Durchschnitt der neuen Bundesländer erhöhte sich die Umsatzproduktivität um 7,1 Prozent.

Mehr Beschäftigte und höhere Umsätze im Ausbaugewerbe

Im Thüringer Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe) gab es Ende Juni 2006 insgesamt 593 Betriebe. Das war ein geringfügiger Rückgang gegenüber der Jahresmitte 2005 um 18 Betriebe bzw. 2,9 Prozent, resultierend aus einem Zugang von 52 und einem Abgang von 70 Betrieben.

Im Vergleich zum Juni 2005 ist die Zahl der Kleinbetriebe (bis 19 Beschäftigte) um 7,4 Prozent auf 365 Betriebe zurückgegangen. Diese Beschäftigtengrößenklasse dominiert im Ausbaugewerbe mit einem Anteil von 62 Prozent.

In den Betrieben des Ausbaugewerbes gab es Ende Juni 13 044 Beschäftigte, 148 Personen bzw. 1,1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Damit wurde der langjährige Personalabbau gestoppt. Der Zuwachs wurde jedoch allein in der Beschäftigtengrößenklasse mit mehr als 100 Beschäftigten registriert (+ 482 Personen bzw. + 67,4 Prozent).

Der Gesamtumsatz stieg im 2.Vierteljahr 2006 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 13 Mill. Euro bzw. 5,6 Prozent. Der Umsatzzuwachs erfolgte in allen Beschäftigtengrößenklassen. Den

größten Zuwachs verbuchte die Größenklasse 100 und mehr Beschäftigte (Anstieg um 8,8 Mill. Euro bzw. 69 Prozent).

Die Europäische Union wird größer

Im Jahr 1951 gründeten Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Am 1. Januar 2007 wurden als 26. und 27. Mitgliedstaat Bulgarien und Rumänien aufgenommen.

Thüringen exportierte in die Länder der EU einschließlich Bulgarien und Rumänien von Januar bis September 2006 Waren im Wert von 4,4 Mrd. Euro. Damit gingen 86 Prozent aller Lieferungen nach Europa und zwei Drittel des Gesamtexports in diese Länder.

Thüringens Außenhandel mit den beiden Beitrittsländern hat sich bereits seit dem Jahr 2004, dem Jahr der so genannten großen Osterweiterung, deutlich intensiviert. Offenbar haben sich die neue politische Konstellation und die Aussicht auf den eigenen Beitritt der beiden Länder zur EU positiv auf die Handelsbeziehungen mit Thüringen ausgewirkt. Im Vergleich zum Jahr 2004 stiegen die Ausfuhren nach Bulgarien und Rumänien um die Hälfte (+ 51,7 Prozent) bzw. ein Fünftel (+ 20,7 Prozent).

Im Vergleich der ersten neun Monate 2006 und 2005 gab es mit Bulgarien ein Plus von einem Zehntel (+ 10,6 Prozent) auf 21,1 Mill. Euro und mit Rumänien einen Anstieg um knapp die Hälfte (+ 47,5 Prozent) auf 57,3 Mill. Euro.

Nach Rumänien wurden von Januar bis September 2006 schon über 4 Prozent (+ 2,3 Mill. Euro) mehr Waren geliefert als im gesamten Jahr 2005.

Wichtigste Exportwaren nach Bulgarien waren elektronische Bauelemente. Nach Rumänien wurden vor allem Personenkraftwagen, Büro- und automatische Datenverarbeitungsmaschinen ausgeführt.

Thüringen importierte von den 26 EU-Mitgliedstaaten von Januar bis September 2006 Waren im Wert von 2,5 Mrd. Euro. Damit kamen – wie bei der Ausfuhr

– 86 Prozent aller europäischen Lieferungen aus diesen Ländern. Der Anteil an der Gesamteinfuhr lag bei 61 Prozent.

Auch der Import aus beiden Beitrittsländern nahm in den ersten neun Monaten 2006 kräftig zu, aus Bulgarien um knapp 21 Prozent auf 22 Mill. Euro und aus Rumänien um knapp 20 Prozent auf 49,3 Mill. Euro.

Während die Einfuhren im Jahr 2004 und im Jahr 2005 über den Ausfuhren in diese Länder lagen, gab es von Januar bis September 2006 mit einem Plus von knapp 8 Mill. Euro mehr Lieferungen nach Rumänien als von dort kamen.

Aus beiden Ländern wurden vor allem Möbel importiert.

Der Anteil der beiden Länder am Gesamtexport bzw. -import Thüringens betrug jedoch nur 1,2 bzw. 1,7 Prozent.

Verkehrsunfallstatistik im November 2006: 4,3 Prozent weniger Unfälle, aber 9 Tote mehr als im November 2005

Im November 2006 wurden von der Thüringer Polizei 5 048 Straßenverkehrsunfälle aufgenommen, 4,3 Prozent weniger als im November 2005.

Dabei sind die Unfälle mit Personenschaden um 5,9 Prozent gestiegen, die Unfälle mit nur Sachschaden dagegen um 5,8 Prozent zurückgegangen.

Die Zahl der Unfälle, bei denen lediglich Sachschaden entstand, ist im November um 269 auf 4 330 Unfälle zurückgegangen. Außerdem ereigneten sich 232 sonstige Sachschadensunfälle, 32 schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden und 5 sonstige Sachschadensunfälle unter Alkoholeinwirkung weniger.

Im November 2006 wurden auf Thüringer Straßen bei 718 Verkehrsunfällen mit Personenschaden 19 Personen getötet. Dies waren 9 Getötete bzw. 90 Prozent mehr als im November 2005.

Die Zahl der Verletzten stieg um 3,3 Prozent auf 907 Personen.

Von Januar bis November 2006 registrierte die Thüringer Polizei 54 009 Straßenverkehrsunfälle (- 1 064 bzw. - 1,9 Prozent).

Dabei sank die Zahl der Unfälle mit Personenschaden deutlich um 4,6 Prozent auf 7 863. Die Zahl der Unfälle mit nur Sachschaden ging um 1,5 Prozent auf 46 146 zurück.

In den ersten elf Monaten des Jahres verloren 206 Personen bei Straßenverkehrsunfällen ihr Leben. Das waren 22 Personen (+ 12,0 Prozent) mehr als von Januar bis November 2005.

Die Zahl der Verunglückten sank in diesem Zeitraum um 4,7 Prozent auf 10 418.

Unfallgeschehen auf Thüringer Straßen zum Jahreswechsel

Die Thüringer fahren an den Tagen zum Jahreswechsel vorsichtig oder lassen im Hinblick auf die Silvesterfeier das eigene Fahrzeug zu Hause.

Am Silvestertag 2005 ereigneten sich auf Thüringens Straßen sieben Unfälle mit Personenschaden. Dabei kam leider ein Mensch ums Leben und vier wurden schwer- und zwölf leicht verletzt. Mit sieben Unfällen blieb dieser Tag aber weit unter dem Monatsdurchschnitt von 21 Unfällen mit Personenschaden am Tag.

Ähnlich sah es am 1. Januar 2006 aus. Hier wurde die Polizei ebenfalls zu 7 Unfällen gerufen, bei denen vier Personen schwer- und fünf Personen leicht verletzt wurden. Im Monatsdurchschnitt ereigneten sich im Januar 2006 pro Tag 17 Unfälle.

1 070 Schwangerschaftsbeendigungen im dritten Quartal 2006 in Thüringen

Im dritten Quartal 2006 wurden 1 070 Schwangerschaften vorzeitig beendet. Das entspricht in etwa dem Niveau des dritten Quartals 2005 (1 075).

64 der Frauen (6 Prozent), die einen Abbruch durchführen ließen, waren jünger als 18 Jahre. In dieser Altersgruppe trat gegenüber dem dritten Quartal 2005 ein Rückgang um rund 23 Prozent ein.

Knapp ein Drittel der Frauen (339 bzw. 31,7 Prozent) waren zum Zeitpunkt der Schwangerschaftsbeendigung im Alter von 18 bis 24 Jahren, 420 Frauen (39,3 Prozent) im Alter von 25 bis 34 Jahren und 247 Frauen (23,1 Prozent) waren 35 Jahre und älter.

Knapp 98 Prozent (1 044) der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche wurden nach der Beratungsregelung vorgenommen. In den übrigen 2 Prozent war eine medizinische Indikation der Grund für einen Abbruch.

Die Eingriffe erfolgten überwiegend ambulant (98 Prozent) und zwar zu 52 Prozent in gynäkologischen Praxen und zu 46 Prozent ambulant im Krankenhaus.

Der Anteil der Frauen, die vor dem Abbruch noch kein Kind lebend geboren hatten, stieg von 31,5 Prozent (339) im dritten Quartal 2005 auf 37,2 Prozent (398) im dritten Quartal 2006.

Thüringer Unternehmen im Jahr 2005 mit höheren steuerbaren Umsätzen, aber geringeren Umsatzsteuer-Vorauszahlungen

Nach ersten vorläufigen Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik 2005 gab es in Thüringen 74 413 Unternehmen ¹⁾, die eine Umsatzsteuer-Voranmeldung abgaben. Das waren 1 650 Unternehmen mehr als im Jahr zuvor.

Die von den Verbrauchern erbrachte Mehrwertsteuer, die als Umsatzsteuer-Vorauszahlung an die Finanzverwaltung abgeführt wurde, fiel mit 1 347 Mill. Euro um 60 Mill. Euro geringer aus als im Jahr 2004. Die Umsatzsteuer-Vorauszahlungen sind somit auf den niedrigsten Wert nach 1997 gesunken.

Verursacht wurde dieser Rückgang in erster Linie durch eine Verringerung des Umsatzsteueraufkommens im Baugewerbe um 46 Mill. Euro, gefolgt von

der Energie- und Wasserversorgung (- 27 Mill. Euro) und vom Verarbeitenden Gewerbe (- 14 Mill. Euro).

Während im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe bereits bei der Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer ein Rückgang um 11 Mill. Euro bzw. 53 Mill. Euro zu verzeichnen ist, sind in der Energie- und Wasserversorgung, trotz Umsatzrückgang, die abziehbaren Vorsteuerbeträge um 23 Mill. Euro gestiegen.

Einen Umsatzsteuerzuwachs gab es vor allem im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen usw. mit fast 10 Mill. Euro sowie im Handel einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern und im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit jeweils 8 Mill. Euro.

Die Unternehmen aller Wirtschaftsbereiche erreichten im Jahr 2005 steuerbare Umsätze in Höhe von 46,8 Mrd. Euro.

Die steuerbaren Umsätze sind mit 3,6 Prozent (+ 1,6 Mrd. Euro) deutlicher gestiegen als die Anzahl der steuerpflichtigen Unternehmen mit 2,3 Prozent (+ 1 650 Unternehmen). Damit erhöhte sich der durchschnittliche steuerbare Umsatz eines in Thüringen umsatzsteuerpflichtigen Unternehmens auf 629 Tsd. Euro (2004: 621 Tsd. Euro).

Mehr steuerpflichtige Unternehmen gab es vor allem im Baugewerbe (+ 792 Unternehmen), bei der Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (+ 607 Unternehmen) und im Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen usw. (+ 325 Unternehmen).

Der Zuwachs beim steuerbaren Umsatz wurde vor allem im Verarbeitenden Gewerbe (+ 524 Mill. Euro), Baugewerbe (+ 488 Mill. Euro), bei den sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen

¹⁾ Dabei ist zu beachten, dass nur die Unternehmer umsatzsteuerpflichtig und dementsprechend in die Statistik einbezogen sind, die ihr Unternehmen von Thüringen aus ganz oder überwiegend betreiben.

(+ 361 Mill. Euro) und im Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen usw. (+ 206 Mill. Euro) erzielt.

Dem standen Rückgänge der steuerbaren Umsätze vor allem im Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern) (- 96 Mill. Euro) und in der Energie- und Wasserwirtschaft (- 51 Mill. Euro) gegenüber.

Wie in den vorangegangenen Jahren waren auch im Jahr 2005 das Verarbeitende Gewerbe, der Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern) und der Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen die umsatzstärksten Wirtschaftsbereiche. Mit Anteilen von 33, 24 und 12 Prozent erzielten diese Bereiche reichlich zwei Drittel des Gesamtumsatzes.

Verbraucherpreisindex im Dezember 2006 um 0,8 Prozent gestiegen

Das Leben in Thüringen ist wieder teurer geworden. Die Verbraucherpreise stiegen von Mitte November bis Mitte Dezember um 0,8 Prozent auf einen Indexstand von 111,7 auf der Basis Jahresdurchschnitt 2000 = 100.

Das ist der höchste Preisanstieg der letzten zwölf Monate. Der Anstieg um 0,8 Prozent liegt aber auf dem Niveau der vorangegangenen Jahre (Dezember 2005: + 0,8 Prozent, Dezember 2004: + 0,9 Prozent, Dezember 2003: + 0,8 Prozent und Dezember 2002: + 0,9 Prozent).

Der deutliche Preisanstieg im Dezember 2006 gegenüber November wurde wie in den Vorjahren u.a. durch saisonbedingte Preiserhöhungen für Pauschalreisen (+ 30,9 Prozent) und Beherbergungsdienstleistungen (+ 23,5 Prozent) hervorgerufen. Mit 70,8 Prozent verzeichneten die Mieten für Ferienwohnungen relativ gesehen den höchsten Anstieg. Aber auch die Preise für die Personenbeförderung im Luftverkehr zogen um 8,7 Prozent an.

Für Nahrungsmittel mussten die Verbraucher abermals tiefer in die Tasche greifen (+ 0,4 Prozent).

Fisch und Fischwaren verteuerten sich um 3,9 Prozent. Frischer Fisch im Anschnitt kostete im Dezember 8,0 Prozent und frisches Fischfilet 2,1 Prozent mehr als im November.

Die Preise für Gemüse stiegen um 1,2 Prozent. Hier bestimmten insbesondere Zucchini (+ 27,6 Prozent), Salat (+ 9,3 Prozent) und Gurken (+ 8,7 Prozent) das höhere Preisniveau.

Preisnachlässe konnten u.a. für Paprikaschoten (- 9,8 Prozent), Tomaten (- 3,8 Prozent) und Blumenkohl (- 2,9 Prozent) ermittelt werden.

Rechtzeitig zur Weihnachtszeit gingen die Preise für Kiwis (- 18,8 Prozent), Apfelsinen (- 10,4 Prozent) und Grapefruits (- 4,1 Prozent) zurück. Die Preise für Weintrauben und Bananen zogen allerdings um 24,5 bzw. 4,0 Prozent an. Insgesamt blieben die Preise für Obst gegenüber November unverändert.

Während die Preise für Brot und Getreideerzeugnisse (+ 0,2 Prozent) sowie Fleisch und Fleischwaren (+ 0,3 Prozent) vor dem Fest noch zulegten, waren Zucker, Marmelade, Süßwaren (- 0,3 Prozent), Kaffee, Tee, Kakao (- 1,0 Prozent) und alkoholische Getränke (- 0,6 Prozent) günstiger zu haben.

Neben den alkoholischen Getränken und Tabakwaren (- 0,3 Prozent) wurden im Vergleich zum November 2006 Preisnachlässe für „Bekleidung und Schuhe“ (- 0,2 Prozent), „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ (- 0,1 Prozent) und „Nachrichtenübermittlung“ (- 0,1 Prozent) ermittelt.

Die *Jahresteuersatzrate* betrug im Dezember 1,5 Prozent. Nach September (+ 1,2 Prozent) und Oktober (+ 1,4 Prozent) das drittniedrigste Ergebnis in diesem Jahr.

Die höchsten Jahresteuersatzraten wurden in diesem Jahr mit 2,4 Prozent für Februar und mit jeweils 2,3 Prozent für Januar und April ermittelt.

Die Jahresteuersatzrate von 1,5 Prozent im Dezember lag deutlich unter denen der Vorjahre (Dezember 2005: + 2,2 Prozent, Dezember 2004: + 2,1 Prozent).

Im Vergleich zum Dezember 2005 waren nachfolgende Waren und Dienstleistungen im Dezember 2006 wesentlich teurer:

- Müllabfuhr 23,0 Prozent,
- Gas 15,7 Prozent,
- Gemüse 15,2 Prozent,
- Zentralheizung, Fernwärme 7,3 Prozent,
- Schmuck und Uhren 7,3 Prozent,
- Essen in Kantinen und Mensen 7,2 Prozent,
- Fische und Fischwaren 6,6 Prozent,
- Erzeugnisse für die Gartenpflege 6,2 Prozent,
- Dienstleistungen für die regelmäßige Instandhaltung der Wohnung 6,0 Prozent,
- Reparatur an Haushaltsgeräten 5,3 Prozent,
- Strom 4,9 Prozent,
- Tabakwaren 4,8 Prozent,
- Wasserversorgung 4,8 Prozent,
- Spirituosen 4,7 Prozent und
- Personenbeförderung im Straßenverkehr 4,5 Prozent.

Gesunken sind die Preise in den Bereichen „Nachrichtenübermittlung“ (- 1,9 Prozent) sowie „Bekleidung und Schuhe“ (- 0,3 Prozent).

Hervorzuheben wären nachfolgende Waren und Dienstleistungen:

- Informationsverarbeitungsgeräte - 11,3 Prozent,
- Telefon- und Telefaxgeräte (einschließlich Reparaturen) - 8,5 Prozent,
- Geräte für den Empfang, die Aufnahme und die Wiedergabe - 7,7 Prozent,
- Fahrräder - 6,0 Prozent,
- Foto- und Filmausrüstung - 4,9 Prozent,
- flüssige Brennstoffe (leichtes Heizöl) - 3,6 Prozent und
- motorgetriebene Werkzeuge und Geräte - 3,0 Prozent.

November 2006: Bauleistungspreise entwickeln sich unterschiedlich

Die Baupreise für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude stiegen in Thüringen von November 2005 bis November 2006 um 3,6 Prozent. Entgegen der Entwicklung in der ersten Jahreshälfte erhöhten sich die Preise für Rohbauarbeiten (+ 3,9 Prozent) deutlicher als für Ausbauarbeiten (+ 3,3 Prozent).

Verglichen mit dem Jahresdurchschnitt 2000 verteuerten sich die Baupreise um 7,8 Prozent, darunter für Rohbauarbeiten um 4,4 Prozent. Im Februar 2006 betrug der Preisanstieg noch 0,7 Prozent und im Mai 1,1 Prozent. Bei keiner der ausgewählten Bauleistungen im Rohbau lag das Preisniveau unter dem des Jahres 2000. Am stärksten zogen die Preise für Entwässerungskanalarbeiten (+ 27,3 Prozent), Stahlbauarbeiten (+ 23,4 Prozent) und Klempnerarbeiten (+ 22,6 Prozent) an.

Die Preise für Ausbauarbeiten lagen im November 2006 um mehr als ein Zehntel (+ 11,0 Prozent) über dem Jahresdurchschnitt 2000. Für den Einbau von raumluftechnischen Anlagen mussten die Bauherren weit mehr als ein Drittel (+ 36,2 Prozent) mehr bezahlen als im Jahr 2000. Beim Einbau von Heiz- und Wasserwärmeanlagen waren es 29,9 Prozent. Die Installation von Gas-, Wasser- und Abwasseranlagen wurde um 27,0 Prozent und Metallbauarbeiten um 21,3 Prozent teurer.

Bei nur wenigen Ausbauarbeiten lag das Preisniveau vom November 2006 unter dem Jahresdurchschnitt 2000. Dazu zählten u.a. Fliesen- und Plattenarbeiten (- 5,5 Prozent) sowie Maler- und Lackierarbeiten (- 5,4 Prozent). Tapezierarbeiten waren um 4,2 Prozent preiswerter und Putz- und Stuckarbeiten um 4,0 Prozent.

Edgar Freund

Tel.: 0361/3784114; e-mail: Edgar.Freund@statistik.thueringen.de

Thüringen aktuell

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Thüringer Betrieben des Bereiches Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe verlief im Monat November 2006 weiter positiv. Die Auftragseingänge, die Produktion, die Umsätze, die Produktivität und die Beschäftigtenzahl haben sich sowohl gegenüber November 2005 (bei gleicher Zahl von Arbeitstagen) als auch gegenüber Oktober 2006 (bei 2 Arbeitstagen mehr) erhöht.

Im Bauhauptgewerbe wurden bei der Produktion, beim Umsatz, bei der Produktivität und bei den Auftragseingängen ebenfalls Steigerungen gegenüber dem Vormonat und auch gegenüber dem Vorjahresmonat erreicht; nur die Beschäftigtenzahlen gingen weiter zurück.

Die Zahl der Arbeitslosen war auch im November 2006 gegenüber dem Vormonat zurückgegangen und lag ebenso unter der Vergleichszahl des Vorjahres.

Produzierendes Gewerbe

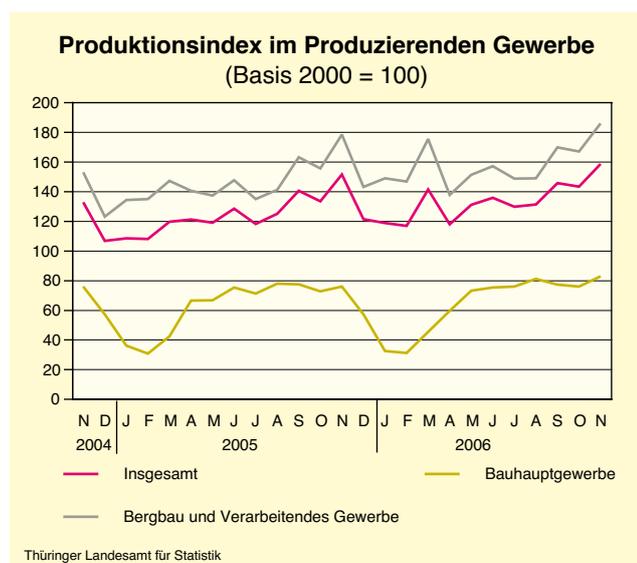
Der **Index der Produktion** (Basis: 2000 = 100) im Produzierenden Gewerbe erreichte im November 2006 einen Wert von 158,8, was einem Wachstum gegenüber dem Vormonat von 10,7 Prozent entspricht. Im Vergleich zum gleichen Vorjahresmonat war der Produktionsindex um 4,9 Prozent gestiegen.

In den ersten elf Monaten des Jahres 2006 war der durchschnittliche Produktionsindex um 7,1 Prozent höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, wobei der Zuwachs überwiegend im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe erzielt wurde; im Bauhauptgewerbe stieg der Produktionsindex um 2,5 Prozent.

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe lag der **Produktionsindex** (Basis: 2000 = 100) im November 2006 mit einem Wert von 186,0 um 4,2 Prozent über dem des gleichen Vorjahresmonats. Gegenüber dem Vormonat stieg der Produktionsindex um 11,2 Prozent.

Der Produktionsanstieg im Vergleich zum November 2005 wurde von drei der fünf Hauptgruppen erzielt: die Gebrauchsgüterproduzenten mit einem Anstieg um 12,0 Prozent, die Vorleistungsgüterproduzenten um 9,3 Prozent und die Energieproduzenten um 7,8 Prozent. Geringe Rückgänge wurden bei den Verbrauchsgüterproduzenten um 0,5 Prozent und bei den Investitionsgüterproduzenten um 0,2 Prozent ermittelt.

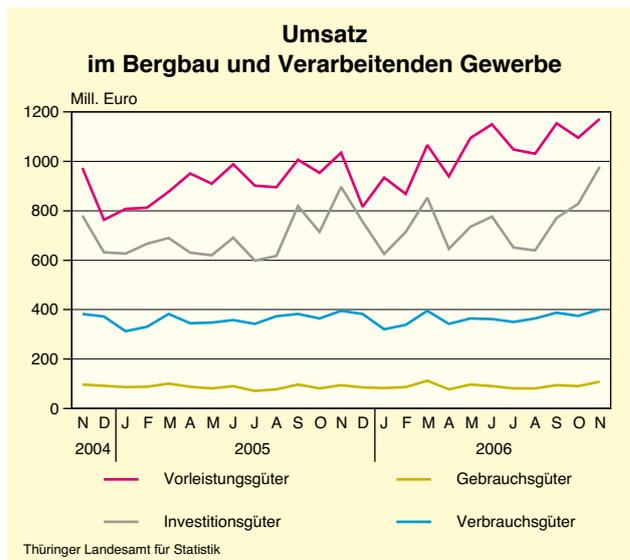


Im Vergleich zum Vormonat stieg der Produktionsindex in allen fünf Hauptgruppen, darunter bei den Energieproduzenten am stärksten (+ 29,1 Prozent).

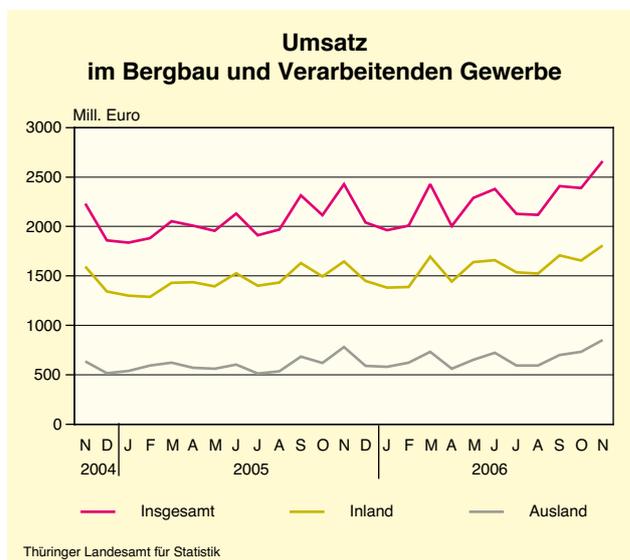
Im Zeitraum Januar bis November 2006 erreichte der Produktionsindex im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe einen durchschnittlichen Wert von 158,1 und war damit um 7,6 Prozent höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dieses Wachstum wurde von drei der fünf Hauptgruppen erzielt und zwar von den Vorleistungsgüterproduzenten (+ 12,8 Prozent), den Gebrauchsgüterproduzenten (+ 5,1 Prozent) und den Investitionsgüterproduzenten (+ 5,0 Prozent). Bei den Energieproduzenten und den Verbrauchsgüterproduzenten ging die Produktion dagegen leicht zurück (- 1,3 Prozent bzw. - 0,7 Prozent).

Im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe erzielten die Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten im Monat November 2006 beim **Umsatz** mit 2 659 Mill. Euro einen um 9,6 Prozent höheren Wert als im November 2005 (bei gleicher Zahl von Arbeitstagen). Einen Umsatzanstieg gegenüber November 2005 konnten alle vier Hauptgruppen erzielen, davon erreichten die Gebrauchsgüterproduzenten das höchste Wachstum (+ 14,7 Prozent bzw. + 14 Mill. Euro), gefolgt von den Vorleistungsgüter-/Energieproduzenten mit + 12,9 Prozent bzw. + 134 Mill. Euro und den Investitionsgüterproduzenten mit + 9,0 Prozent bzw. + 81 Mill. Euro. Bei den Verbrauchsgüterproduzenten stieg der Umsatz um 0,9 Prozent bzw. 4 Mill. Euro.

Im Vergleich zum Vormonat ist der Umsatz insgesamt um 11,3 Prozent gestiegen (bei zwei Arbeitstagen mehr), woran ebenfalls alle vier Hauptgruppen ihren Anteil hatten. Den höchsten Anstieg konnten wiederum die Gebrauchsgüterproduzenten verzeichnen (+ 21,5 Prozent bzw. + 19 Mill. Euro).



Der **Inlands**umsatz stieg im November 2006 auf einen Wert von 1 808 Mill. Euro, 9,1 Prozent mehr als im Vormonat und 9,8 Prozent mehr als im November 2005. Im Vergleich zum Vorjahresmonat konnten drei der vier Hauptgruppen ein Wachstum verzeichnen, darunter hatten die Investitionsgüterproduzenten den größten Zuwachs (+14,3 Prozent). Bei den Verbrauchsgüterproduzenten ging der Inlandsumsatz um 2,5 Prozent zurück.



Der *Auslandsumsatz* erreichte im November 2006 ein Niveau von 851 Mill. Euro und war damit um 9,2 Prozent höher als im November des Vorjahres. Im Vergleich zum Vormonat stieg der Auslandsumsatz um 16,4 Prozent.

Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz (Exportquote) betrug im Berichtsmontat 32,0 Prozent (Vormonat: 30,6 Prozent) und war damit geringfügig (- 0,1 Prozentpunkte) niedriger als im gleichen Vorjahresmonat.

Das Exportwachstum gegenüber November 2005 wurde von allen vier Hauptgruppen erzielt, darunter hatten die Verbrauchsgüterproduzenten (+ 31,6 Prozent) und die Gebrauchsgüterproduzenten (+ 16,3 Prozent) die höchsten Wachstumsraten.

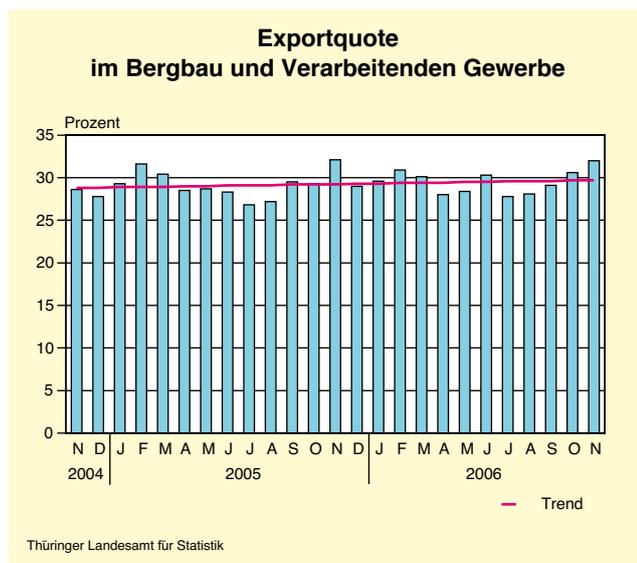
Bei einer kumulativen Betrachtung der Monate Januar bis November 2006 betrug die Steigerung des Gesamtumsatzes im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vorjahreszeitraum 9,6 Prozent bzw. 2 175 Mill. Euro (bei gleicher Zahl an Arbeitstagen). Der Inlandsumsatz stieg dabei um 9,2 Prozent bzw. 1 462 Mill. Euro und der Auslandsumsatz um 10,8 Prozent bzw. 713 Mill. Euro. Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz stieg dadurch von 29,3 Prozent in den ersten elf Monaten des Jahres 2005 auf 29,6 Prozent in den ersten elf Monaten des Jahres 2006.

der Vorleistungsgüter-/Energieproduzenten (+ 13,9 Prozent), gefolgt von den Gruppen der Investitionsgüterproduzenten (+ 8,6 Prozent) und der Gebrauchsgüterproduzenten (+ 5,7 Prozent). Bei den Verbrauchsgüterproduzenten stieg der Umsatz um 1,5 Prozent.

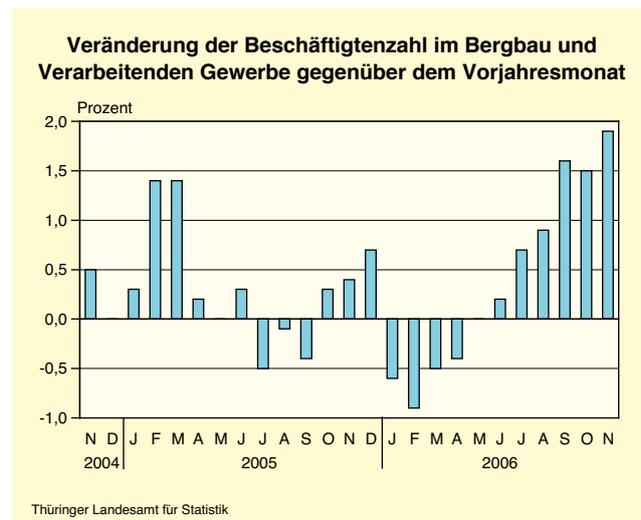
Eine Steigerung des Auslandsumsatzes erreichten in diesem Zeitraum drei der vier Hauptgruppen, darunter die Verbrauchsgüterproduzenten mit 29,9 Prozent die höchste. Einen Rückgang des Exportvolumens verzeichnete dagegen die Gruppe der Gebrauchsgüterproduzenten (- 2,8 Prozent).

Die Gruppe der Investitionsgüterproduzenten hat mit 43,2 Prozent weiterhin die höchste Exportquote (in den ersten elf Monaten des Jahres 2005 lag sie bei 44,1 Prozent).

Die Zahl der **Beschäftigten** im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten) hat sich im November 2006 gegenüber dem Vormonat geringfügig erhöht (+ 0,4 Prozent bzw. + 541 Personen). Die Anzahl der Beschäftigten war mit 150 792 Personen um 1,9 Prozent bzw. 2 878 Personen höher als im vergleichbaren Vorjahresmonat. Damit hat sich der Beschäftigtenzuwachs in den letzten Monaten deutlich erhöht.



Das höchste Umsatzwachstum verzeichnete in den ersten elf Monaten des Jahres 2006 die Gruppe



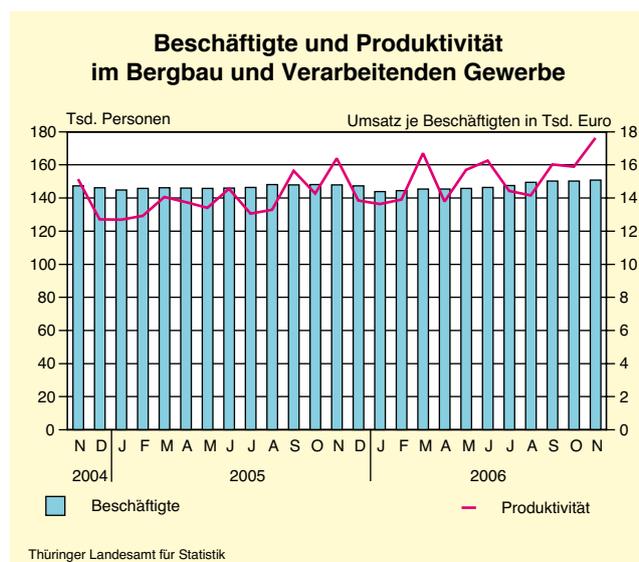
Der Zuwachs gegenüber November 2005 erfolgte in den Hauptgruppen der Vorleistungsgüter-/Energieproduzenten (+ 3,7 Prozent bzw. + 2 571 Personen) und der Investitionsgüterproduzenten (+ 3,5

Prozent bzw. + 1 480 Personen). In den Hauptgruppen der Verbrauchsgüterproduzenten und der Gebrauchsgüterproduzenten ging die Beschäftigtenzahl dagegen um 3,5 Prozent (- 1 010 Personen) bzw. 1,9 Prozent (- 163 Personen) zurück. Die Hauptgruppe der Vorleistungsgüter-/Energieproduzenten hatte mit 71 320 Beschäftigten nach wie vor den höchsten Anteil an den Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe insgesamt (47,3 Prozent).

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl war in den ersten elf Monaten des Jahres 2006 um 0,4 Prozent höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dieser Beschäftigtenzuwachs war wiederum in den Hauptgruppen der Investitionsgüterproduzenten (+ 2,0 Prozent) und der Vorleistungsgüter-/Energieproduzenten (+ 1,6 Prozent) zu verzeichnen. Bei den Verbrauchs- und Gebrauchsgüterproduzenten war die durchschnittliche Beschäftigtenzahl dagegen rückläufig (- 3,5 Prozent bzw. - 3,4 Prozent).

Der **Umsatz je Beschäftigten** betrug im Monat November 17 633 Euro (Vormonat: 15 897 Euro) und war damit um 7,5 Prozent höher als im November 2005.

Die höchste Produktivität erreichte mit 22 454 Euro Umsatz je Beschäftigten die Gruppe der Investitionsgüterproduzenten. Die Produktivität hat sich gegenüber November 2005 in allen vier Hauptgruppen erhöht, wobei die Gebrauchsgüterproduzenten den größten Zuwachs verzeichneten (+ 17,0 Prozent).

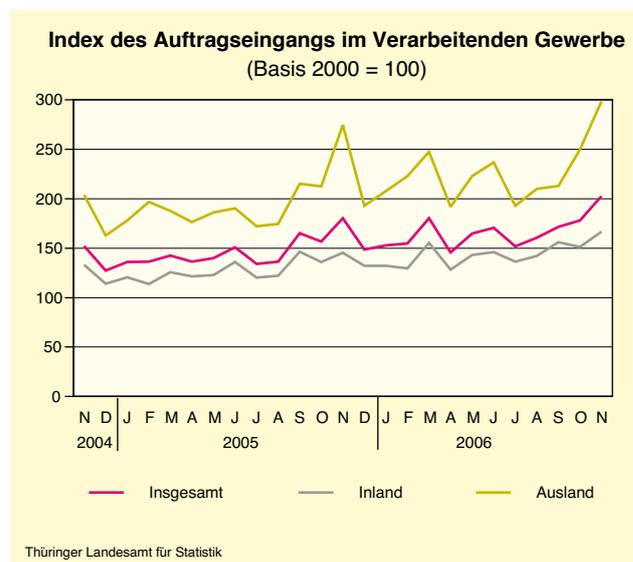


Im Zeitraum Januar bis November 2006 wurde eine Produktivitätssteigerung gegenüber dem gleichen

Vorjahreszeitraum von 9,2 Prozent erreicht, an der alle vier Hauptgruppen beteiligt waren. Bei den Vorleistungsgüter-/Energieproduzenten und den Gebrauchsgüterproduzenten stieg die Produktivität am stärksten (+ 12,1 Prozent bzw. + 9,5 Prozent).

Die geleisteten **Arbeitsstunden** waren im Monat November 2006 mit 22,5 Mill. Stunden um 2,8 Prozent höher als im November des Vorjahres und auch um 9,5 Prozent höher als im Oktober 2006. Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten und Arbeitstag betrug 6,8 Stunden (November 2005: 6,7 Stunden; Oktober 2006: 6,8 Stunden).

Der **Volumenindex des Auftragseingangs** (2000 = 100) in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes erhöhte sich im November 2006 im Vergleich zum Vormonat um 13,8 Prozent und lag mit einem Indexstand von 202,4 deutlich über dem vergleichbaren Vorjahreswert (+ 12,2 Prozent). Die gestiegenen Auftragseingänge im Vergleich zum November 2005 beruhten sowohl auf zunehmenden Aufträgen aus dem Inland (+ 14,7 Prozent) als auch aus dem Ausland (+ 8,6 Prozent).



Mit einem Volumenindex des Auftragseingangs (2000 = 100) von durchschnittlich 166,7 in den ersten elf Monaten des Jahres 2006 wurde der Stand des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes um 13,5 Prozent überschritten. Während die Auftragseingänge aus dem Ausland in diesem Zeitraum um 15,2 Prozent angestiegen waren, erhöhten sich die Auftragseingänge aus dem Inland um 12,6 Prozent.

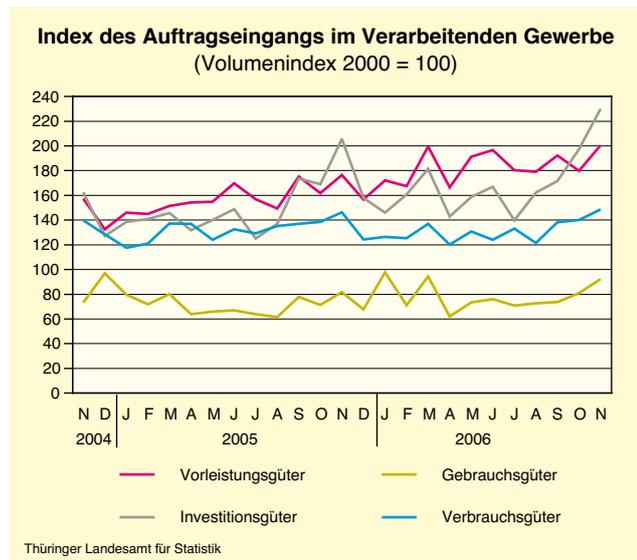
Steigende Auftragseingänge wurden in diesem Zeitraum von den Hauptgruppen der Vorleistungsgüterproduzenten (+ 16,3 Prozent), der Investitionsgüterproduzenten (+ 12,2 Prozent) und der Gebrauchsgüterproduzenten (+ 10,3 Prozent) erzielt. Bei den Verbrauchsgüterproduzenten (- 0,8 Prozent) gingen die Auftragseingänge dagegen zurück.

Insgesamt war der Produktionsindex in den ersten elf Monaten des Jahres 2006 durchschnittlich um 2,5 Prozent höher als der entsprechende Wert des Vorjahres.

Die Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten des Bauhauptgewerbes erreichten im Monat November 2006 einen **Umsatz** von 214 Mill. Euro, 9,1 Prozent mehr als im Vormonat und auch 10,1 Prozent mehr als im November 2005.

Der Umsatzzanstieg gegenüber November 2005 wurde hauptsächlich vom gewerblichen Bau erzielt (Anstieg des baugewerblichen Umsatzes um 32,9 Prozent), aber auch im öffentlichen und Straßenbau (+ 1,7 Prozent) und im Wohnungsbau (+ 0,4 Prozent) wurde ein Anstieg des baugewerblichen Umsatzes erreicht.

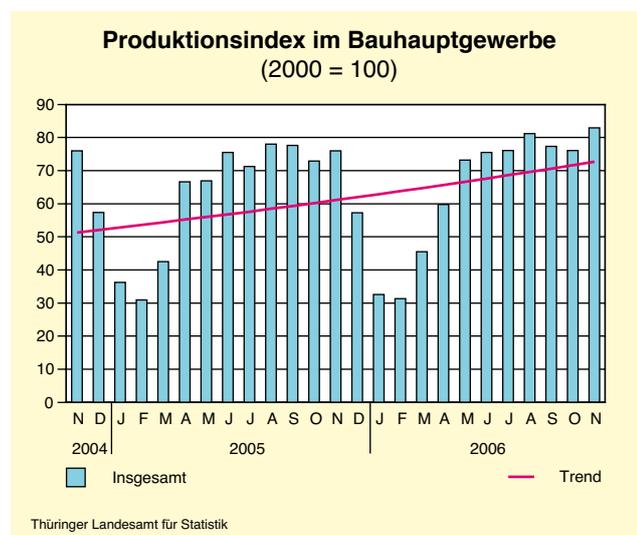
Der Umsatzzanstieg in der Summe der ersten elf Monate 2006 betrug gegenüber dem gleichen Zeitraum 2005 insgesamt 7,4 Prozent. Dieser Zuwachs wurde vom gewerblichen Bau (Erhöhung des baugewerblichen Umsatzes um 9,7 Prozent) und vom öffentlichen und Straßenbau (+ 7,4 Prozent) erzielt; im Wohnungsbau ging der baugewerbliche Umsatz um 2,1 Prozent zurück.



Bauhauptgewerbe

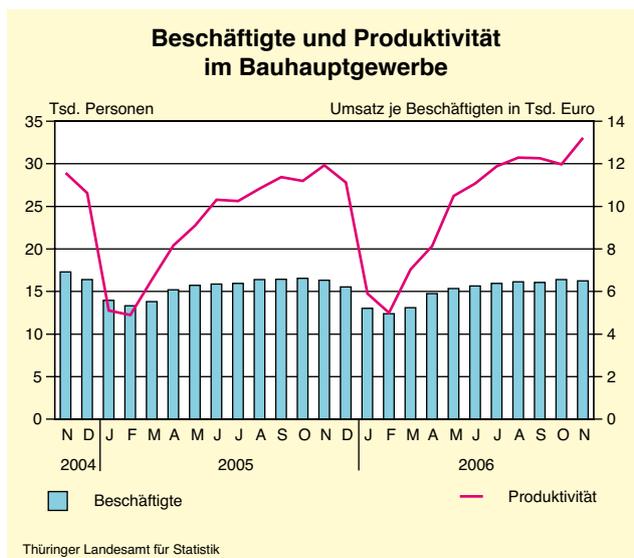
Im Bauhauptgewerbe war der **Produktionsindex** (Basis: 2000 = 100) im November 2006 mit einem Stand von 82,9 um 8,9 Prozent höher als im Vormonat und lag auch um 9,1 Prozent über dem Niveau des gleichen Vorjahresmonats.

Die Zahl der **Beschäftigten** im Bauhauptgewerbe hat sich im November 2006 wieder verringert. Mit insgesamt 16 227 Beschäftigten waren in den Betrieben von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 1,1 Prozent bzw. 178 Personen weniger tätig als im Vormonat. Im Vergleich zum November 2005 ging die Beschäftigtenzahl um 0,6 Prozent bzw. 104 Personen zurück.



Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl der Monate Januar bis November 2006 (14 999 Personen) war um 2,7 Prozent bzw. 419 Personen niedriger als im vergleichbaren Zeitraum 2005.

Durch den Umsatzzanstieg und den Beschäftigtenrückgang im Monat November 2006 im Vergleich zum Vormonat hat sich die Produktivität (**Umsatz je Beschäftigten**) im Bauhauptgewerbe auf 13 217 Euro erhöht (Vormonat: 11 979 Euro). Gegenüber November 2005 stieg der Umsatz je Beschäftigten um 10,8 Prozent.



In den ersten elf Monaten des Jahres 2006 lag die Produktivität im Bauhauptgewerbe durchschnittlich um 10,3 Prozent über dem vergleichbaren Wert des Vorjahres, weil der Umsatz anstieg und die Beschäftigtenzahl zurückging.

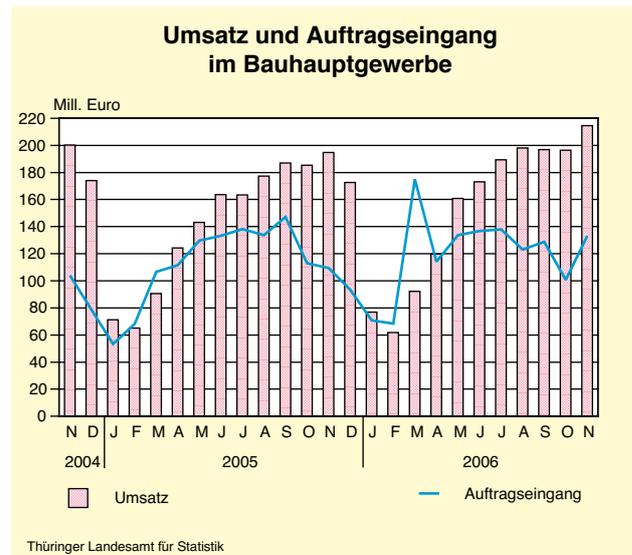
Die Zahl der geleisteten **Arbeitsstunden** hat sich im November 2006 im Vergleich zum Vormonat um 7,2 Prozent auf 2 135 Tsd. Stunden erhöht und lag auch über dem vergleichbaren Vorjahreswert (+ 4,8 Prozent). Im Vergleich zum November 2005 haben sich die geleisteten Arbeitsstunden dabei im gewerblichen Bau um 22,1 Prozent erhöht, im Wohnungsbau und im öffentlichen und Straßenbau gingen sie dagegen um 3,8 Prozent bzw. 3,0 Prozent zurück.

Im Zeitraum Januar bis November 2006 waren die geleisteten Arbeitsstunden insgesamt um 1,0 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Während im gewerblichen Bau die geleisteten Arbeitsstunden um 9,6 Prozent anstiegen, gingen sie im Wohnungsbau um 11,1 Prozent und im öffentlichen und Straßenbau um 5,1 Prozent zurück.

Die Auftragslage im Bauhauptgewerbe hat sich im November 2006 deutlich verbessert. Im Vergleich zum Vormonat stieg der **Auftragseingang** um 32,2 Prozent bzw. 37 Mill. Euro auf 151 Mill. Euro an. Dieser Anstieg entstand hauptsächlich im öffentlichen und Straßenbau (+ 60,5 Prozent bzw. + 37 Mill. Euro), aber auch im gewerblichen Bau erhöhten sich die Auftragseingänge um 6,1 Prozent bzw. 3 Mill. Euro.

Im Wohnungsbau gingen die Auftragseingänge um 30,5 Prozent bzw. 3 Mill. Euro zurück.

Im Vergleich zu November 2005 sind die Auftragseingänge insgesamt um 21,7 Prozent bzw. 27 Mill. Euro gestiegen, wobei dieser Anstieg allein im öffentlichen und Straßenbau erfolgte. Der Volumenindex des Auftragseingangs (2000 = 100) betrug 75,1 und war damit um 16,3 Prozent höher als im November 2005.



Der Volumenindex des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe war in den ersten elf Monaten des Jahres 2006 durchschnittlich um 3,4 Prozent höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Das Volumen der Auftragseingänge betrug in diesem Zeitraum 1 503 Mill. Euro, 89 Mill. Euro mehr als im Vorjahr.

Baugenehmigungen

In Thüringen wurden in den ersten elf Monaten 2006 mit den gemeldeten 5 244 Baugenehmigungen bzw. Bauanzeigen 3 475 *Wohnungen* zum Bau freigegeben. Die Anzahl der genehmigten Wohnungen (einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden) erhöhte sich gegenüber den ersten elf Monaten des Jahres 2005 um 187 Wohnungen bzw. 5,7 Prozent.

Knapp 81 Prozent der genehmigten Wohnungen werden in Neubauten entstehen, davon 2 766 Wohnungen in neuen Wohngebäuden und 40 Wohnungen in neuen Nichtwohngebäuden.

Mit den 2 766 Wohnungen haben die Bauherren neuer Wohngebäude 0,9 Prozent weniger Wohnungen geplant als von Januar bis November 2005.

Die Zahl der Wohnungen in neuen Einfamilienhäusern stieg um 1,6 Prozent (+ 31 Wohnungen) auf 1 971 Wohnungen. Der Anteil der Wohnungen in Einfamilienhäusern an allen genehmigten neuen Wohnungen lag in den ersten elf Monaten 2006 bei 70,2 Prozent. Diese Gebäudeart dominiert damit nach wie vor deutlich den Wohnungsneubau.

Die Zahl der genehmigten Wohnungen in neuen Zweifamilienhäusern verringerte sich um 5,1 Prozent (- 14 Wohnungen) auf 262 Wohnungen.

Die Zahl der Wohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern lag mit 532 Wohnungen um 7,3 Prozent unter dem Vorjahreswert (- 42 Wohnungen).

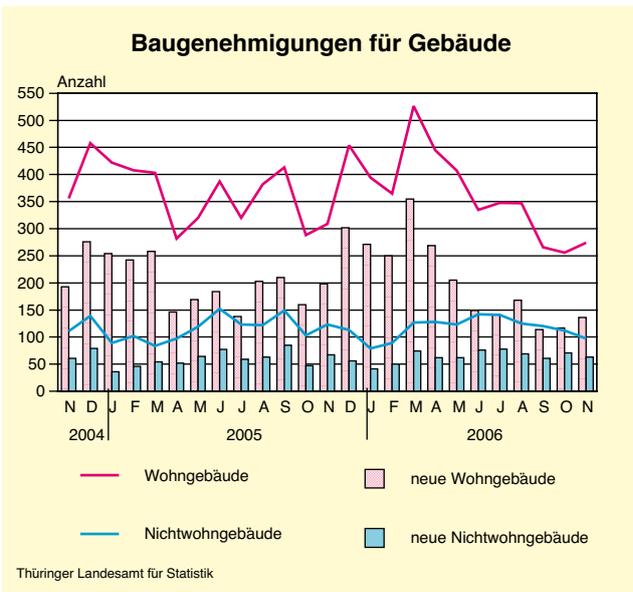
Durch Baugenehmigungen im Rahmen von Um-, Aus- und Erweiterungsbauten an bestehenden Gebäuden wurden bis November 669 Wohnungen genehmigt und damit 50,0 Prozent (+ 223 Wohnungen) mehr als in den ersten elf Monaten 2005.

In den ersten elf Monaten 2006 gaben die Thüringer Bauaufsichtsbehörden 1 283 neue *Nichtwohngebäude* bzw. Baumaßnahmen für Um-, Aus- und Erweiterungsbauten an bestehenden Nichtwohngebäuden zum Bau frei. Das waren 20 Baugenehmigungen bzw. 1,6 Prozent mehr als im vergleichbaren Zeitraum 2005.

Die genehmigte Nutzfläche erhöhte sich gegenüber dem Niveau der ersten elf Monate 2005 um 20,4 Prozent auf 702 Tsd. m². Zu dieser Entwicklung trugen einige Großprojekte bei.

Von den 1 283 Baugenehmigungen entfielen 707 bzw. 55,1 Prozent auf neue Nichtwohngebäude (Januar bis November 2005: 650). Der genehmigte umbaute Raum fiel mit rund 4,1 Mill. m³ um 594 Tsd. m³ bzw. um 17,1 Prozent größer aus.

Nichtwohngebäude sind vor allem gewerbliche Betriebs-, Büro-, Handels- und Lagergebäude sowie Gebäude der öffentlichen Hand.



Energieversorgung

Im Zeitraum Januar bis November 2006 erzeugten die Thüringer Kraftwerke 1 707 Mill. kWh Strom für die allgemeine Elektrizitätsversorgung, 4,2 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Darüber hinaus gaben sonstige Energieerzeuger (Einspeiser) 1 105 Mill. kWh Strom an das Versorgungsnetz ab.

Bis Ende November 2006 wurden damit insgesamt 13,0 Prozent mehr Strom als im gleichen Vorjahreszeitraum in das Versorgungsnetz eingespeist.

Handel

Die Thüringer **Einzelhändler setzten** nach vorläufigen Ergebnissen im November 2006 nominal, d.h. in jeweiligen Preisen, 8,4 Prozent mehr Waren **um** als im Vormonat. Dieses positive Ergebnis spiegelte sich in allen Branchen des Einzelhandels wider.

Anders sieht die Entwicklung im November 2006 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat aus. Hier gab es Umsatzeinbußen von nominal 1,6 Prozent und real (preisbereinigt) 2,6 Prozent.

Das beste Ergebnis erzielte der „nicht in Verkaufsräumen tätige Einzelhandel“ (Einzelhandel an Verkaufsständen und Märkten sowie Einzelhandel vom Lager). Das Umsatzplus betrug hier nominal 0,6 Prozent und real 1,4 Prozent.

Der Facheinzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren setzte im November 2006 nominal 0,9 Prozent mehr, aber real 1,5 Prozent weniger um als im vergleichbaren Vorjahresmonat.

Alle anderen Branchen des Einzelhandels mussten sowohl nominal als auch real Umsatzeinbußen hinnehmen:

Der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln sowie Apotheken verzeichnete nominal 1,6 Prozent und real 1,0 Prozent weniger Umsatz als im November 2005.

Im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (darunter zählen u.a. Super- und Verbrauchermärkte, Kaufhäuser) und im sonstigen Facheinzelhandel wurden nominal 1,4 bzw. 2,4 Prozent und real 3,5 bzw. 2,3 Prozent weniger Waren umgesetzt.

Der Thüringer Einzelhandel beschäftigte im November vergangenen Jahres 2,4 Prozent weniger **Arbeitskräfte** als ein Jahr zuvor. Die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten verringerte sich um 4,2 Prozent und die der Teilzeitbeschäftigten um 1,1 Prozent.

Von Januar bis November 2006 lag der Umsatz des Thüringer Einzelhandels nominal um 0,1 Prozent und real um 1,1 Prozent unter dem vergleichbaren Vorjahresergebnis.

Die Beschäftigtenzahl sank durchschnittlich um 3,7 Prozent. Die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten nahm um 6,2 Prozent und die der Teilzeitbeschäftigten um 1,7 Prozent ab.

Gastgewerbe

Die Unternehmen des Thüringer Gastgewerbes erzielten nach vorläufigen Ergebnissen im November 2006 nominal 0,3 Prozent mehr **Umsatz** als im vergleichbaren Vorjahresmonat. Real betrug der Rückgang 1,8 Prozent.

Die Gastgewerbeumsätze in Deutschland lagen nach vorläufigen Ergebnissen nominal um 2,6 Prozent und real um 0,3 Prozent höher als im November 2005.

In allen Branchen des Thüringer Gastgewerbes wurden im November 2006 die realen Umsatzgrößen vom November 2005 nicht erreicht.

Im *Beherbergungsgewerbe* wurde nominal 2,2 Prozent mehr umgesetzt. Real wurde ein Umsatzminus von 1,1 Prozent verbucht.

Das *Gaststättengewerbe* musste Umsatzeinbußen von nominal 0,1 Prozent und real von 1,6 Prozent hinnehmen.

Höhere Umsatzverluste meldeten die *Kantinen und Caterer*. Hier wurden nominal 2,8 Prozent und real 4,3 Prozent weniger umgesetzt als im November 2005.

Im November 2006 waren im Thüringer Gastgewerbe 2,7 Prozent weniger **Arbeitskräfte** beschäftigt als im vergleichbaren Vorjahresmonat. Die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten verringerte sich um 2,8 Prozent, die der Teilzeitbeschäftigten um 2,6 Prozent.

Von Januar bis November 2006 erzielten die Unternehmen des Thüringer Gastgewerbes nominal 0,3 Prozent mehr Umsatz als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Real waren es 0,9 Prozent weniger.

Die Anzahl der Arbeitskräfte blieb nahezu unverändert (- 0,1 Prozent). Dabei verringerte sich die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten um durchschnittlich 4,1 Prozent und die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich um 5,1 Prozent.

Beherbergungswesen

Die Thüringer Beherbergungsbetriebe (mit 9 und mehr Betten) und die Campingplätze (ohne Dauercamping) meldeten im *November 2006* rund 200 Tsd. Gäste, die fast 522 Tsd. Übernachtungen buchten. Das waren 1,3 Prozent weniger Gäste, aber 1,7 Prozent mehr Übernachtungen als im November 2005.

Die Gäste verweilten mit 2,6 Tagen im Durchschnitt etwas länger als im entsprechenden Vorjahresmonat (2,5 Tage).

In Deutschland stieg die Zahl der Übernachtungen nach vorläufigen Angaben im Vergleich zum November 2005 um 4 Prozent auf rund 21,4 Mill. Übernachtungen.

Von den sechs Thüringer Reisegebieten meldete lediglich der *Thüringer Wald* im November 2006 steigende Gäste- und Übernachtungszahlen. Hier gab es im Vergleich zum Vorjahresmonat 3,5 Prozent mehr Gäste und 3,8 Prozent mehr Übernachtungen.

Im Thüringer Vogtland und in der Thüringer Rhön wurden zwar mehr Übernachtungen gebucht (+ 3,3 bzw. + 3,2 Prozent), die Anzahl der Gäste ging jedoch um 1,5 bzw. 3,4 Prozent zurück.

Ähnlich verlief die Entwicklung im *Südharz* und im Reisegebiet *Übriges Thüringen*¹⁾. Hier gab es 1,9 bzw. 0,6 Prozent mehr Übernachtungen, aber 1,9 bzw. 4,4 Prozent weniger Gäste.

Weniger Gäste und Übernachtungen meldeten im November 2006 die Beherbergungsbetriebe des Reisegebietes der *Städte Eisenach, Erfurt, Jena und Weimar*. Hier betrug das Minus bei den Gästen 4,0 Prozent und bei den Übernachtungen 1,2 Prozent.

In den *ersten elf Monaten des Jahres 2006* kamen fast 2,9 Mill. Gäste nach Thüringen, die 8,1 Mill. Übernachtungen buchten. Das waren 1,5 Prozent weniger Gäste und 2,1 Prozent weniger Übernachtungen als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (einschließlich Campingplätze) nach Thüringer Reisegebieten

Reisegebiet	November 2006				Januar bis November 2006			
	Ankünfte		Übernachtungen		Ankünfte		Übernachtungen	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat (%)	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat (%)	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum (%)	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum (%)
Südharz	3 898	- 1,9	9 549	1,9	58 761	- 2,0	164 793	4,0
Thüringer Vogtland	12 038	- 1,5	23 839	3,3	140 750	- 1,0	298 834	3,1
Thüringer Rhön	7 349	- 3,4	26 415	3,2	100 015	- 3,6	354 988	- 3,2
Thüringer Wald	72 354	3,5	214 241	3,8	1 191 056	- 3,5	3 866 918	- 5,5
Städte Eisenach, Erfurt, Jena, Weimar	70 052	- 4,0	127 065	- 1,2	856 040	- 0,1	1 646 307	0,4
Übriges Thüringen	34 167	- 4,4	120 674	0,6	523 484	1,4	1 794 179	2,6
Thüringen	199 858	- 1,3	521 783	1,7	2 870 106	-1,5	8 126 019	- 2,1

Preisindex

Das **Verbraucherpreisniveau** in Thüringen ging von Mitte Oktober bis Mitte November 2006 leicht zurück (- 0,2 Prozent). Damit entsprach die Preisentwicklung in Thüringen dem bundesweiten Trend. Nach vorläufigen Angaben sanken die Verbraucherpreise in Deutschland um 0,1 Prozent.

Der Rückgang in Thüringen um 0,2 Prozent wurde insbesondere durch saisonalbedingte Preisnachlässe bei der Personenbeförderung im Luftverkehr (- 8,9

1) Zum Reisegebiet Übriges Thüringen gehören die Landkreise Eichsfeld, Kyffhäuserkreis, Saale-Holzland-Kreis, Sömmerda, Unstrut-Hainich-Kreis und Weimarer Land sowie der überwiegende Teil des Altenburger Landes.

Prozent), für Pauschalreisen (- 8,3 Prozent) und für Beherbergungsdienstleistungen (- 1,3 Prozent) erreicht.

Uneinheitlich verlief die Preisentwicklung bei Mineralölprodukten (- 1,0 Prozent). Während leichtes Heizöl im November um 5,5 Prozent billiger war als im Vormonat, stiegen die Preise für Kraft- und Schmierstoffe für Privatfahrzeuge im November um 0,2 Prozent (im Oktober noch - 2,8 Prozent).

Dagegen stiegen die Preise für Nahrungsmittel um 0,5 Prozent.

Insbesondere für saisonabhängige Nahrungsmittel (+ 3,1 Prozent) wurden deutliche Preiszunahmen ermittelt.

Für Gemüse mussten die Kunden im November 3,4 Prozent mehr bezahlen als im Oktober 2006. Besonders tief mussten die Liebhaber von Blumenkohl in die Tasche greifen (+ 121,1 Prozent). Es folgten Salat (+ 43,2 Prozent), Zucchini oder Auberginen (+ 20,4 Prozent) und Gurken (+ 16,5 Prozent). Preiswerter als im Oktober waren u.a. Lauch oder anderes Blatt- und Stielgemüse (- 12,8 Prozent) und Paprikaschoten (- 9,6 Prozent).

Die Preise für Obst zogen um 2,0 Prozent an. Hier verteuerten sich u.a. Weintrauben um rund ein Fünftel (+ 19,9 Prozent). Bananen lagen im Preis um 4,4 Prozent und Kiwis um 3,0 Prozent über dem Niveau vom Oktober 2006. Preisnachlässe gab es u.a. bei Grapefruits (- 5,4 Prozent), Zitronen (- 3,7 Prozent) und Apfelsinen (- 3,6 Prozent).

Die Preise für alkoholische Getränke zogen gegenüber Oktober 2006 um 0,5 Prozent an. Dieser Preisanstieg resultierte insbesondere aus höheren Preisen für Wein und Bier (jeweils + 0,5 Prozent).

Erstmals in diesem Jahr lagen die Preise für „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ unter denen des Vormonats (- 0,1 Prozent). Da mehr als 30 Prozent aller Aufwendungen der Haushalte

auf den Bereich „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ entfallen, kommt diesem Komplex eine große Bedeutung bei der Betrachtung der Ausgabenstruktur und seiner Entwicklung zu.

Innerhalb dieses Komplexes verlief die Preisentwicklung allerdings sehr differenziert. Während die Preise für die Müllabfuhr (+ 0,8 Prozent), Gas (+ 0,8 Prozent), feste Brennstoffe (+ 1,5 Prozent) und Zentralheizung, Fernwärme u.a. (+ 0,3 Prozent) anzogen, mussten die Mieter für leichtes Heizöl 5,5 Prozent weniger zahlen.

Die *Jahresteuerrate* erreichte nach 1,2 Prozent im September und 1,4 Prozent im Oktober nunmehr 1,6 Prozent. Bundesweit betrug sie nach vorläufigen Ergebnissen 1,5 Prozent.

In 10 der 12 Warenhauptgruppen stiegen die Preise in Thüringen gegenüber November 2005, dabei blieb die Reihenfolge der drei ersten Warenhauptgruppen gegenüber dem Vormonat unverändert.

Mit 4,0 Prozent lag die Jahresteuerrate im Bereich „Alkoholische Getränke, Tabakwaren“ am höchsten. Neben den Preisen für Tabakwaren (+ 4,8 Prozent) zogen auch die Preise für alkoholische Getränke (+ 2,5 Prozent) deutlich an.

Für den Bereich „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ wurde eine Jahresteuerrate von 3,3 Prozent errechnet.

Nahrungsmittel verteuerten sich im November 2006 um durchschnittlich 3,3 Prozent. Bestimmt wurde die Preisentwicklung im Nahrungsmittelbereich durch höhere Preise für Gemüse (+ 18,0 Prozent) und Obst (+ 5,3 Prozent).

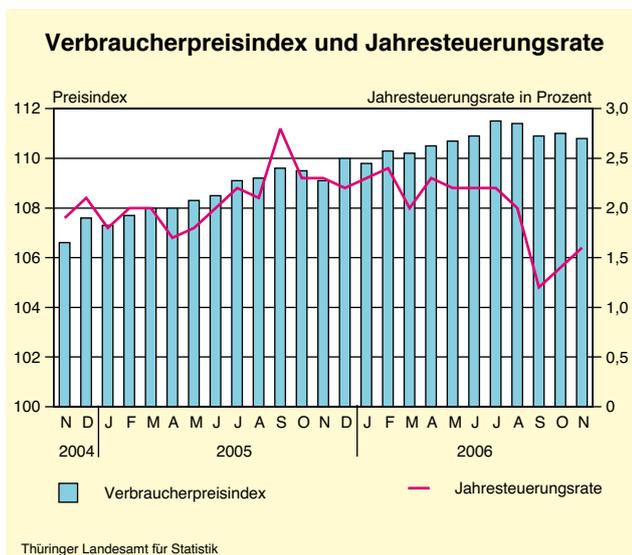
Für alkoholfreie Getränke mussten durchschnittlich 2,8 Prozent mehr gezahlt werden.

Wie im Vormonat, wurde die dritthöchste Jahresteuerrate für den Bereich „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ mit abermals

2,3 Prozent ermittelt. Der Preisanstieg gegenüber November 2005 lag bei den Wohnungsnebenkosten mit 6,5 Prozent – darunter Müllabfuhr mit 23,0 Prozent – am höchsten.

Unter dem Preisniveau vom November 2005 lagen die Preise im Bereich „Nachrichtenübermittlung“ (- 2,3 Prozent) und „Bekleidung und Schuhe“ (- 0,4 Prozent).

Mit dem Rückgang der Verbraucherpreise zwischen Mitte Oktober und Mitte November 2006 ging auch der Indexstand zurück. Im November 2006 wurde ein Indexstand von 110,8 (Basisjahr 2000 = 100) erreicht.

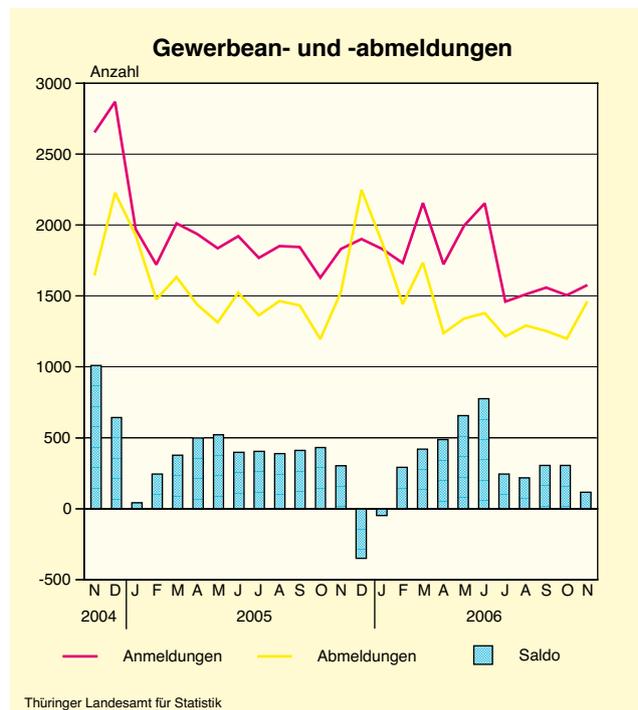


Gewerbeanzeigen

Im Zeitraum Januar bis November 2006 wurden 19 205 **Gewerbeanmeldungen** und 15 431 **Gewerbeabmeldungen** registriert. Das Verhältnis von Ab- und Anmeldungen betrug dabei 80 Abmeldungen je 100 Anmeldungen, ebensoviel wie im gleichen Vorjahreszeitraum. Am höchsten war dieses Verhältnis nach wie vor im Handel und Gastgewerbe mit 96 Abmeldungen je 100 Gewerbeanmeldungen (Vorjahr: 90), gefolgt vom Bereich Dienstleistungen und Sonstiges mit 75 Gewerbeabmeldungen je 100 -anmeldungen (Vorjahr: 75).

Die meisten Gewerbeanmeldungen erfolgten im Bereich Dienstleistungen und Sonstiges (45,1 Prozent aller Anmeldungen), gefolgt vom Bereich Handel und Gastgewerbe (34,2 Prozent). Bei den Gewerbeabmeldungen lag der Schwerpunkt ebenfalls in diesen Bereichen (42,3 bzw. 40,7 Prozent).

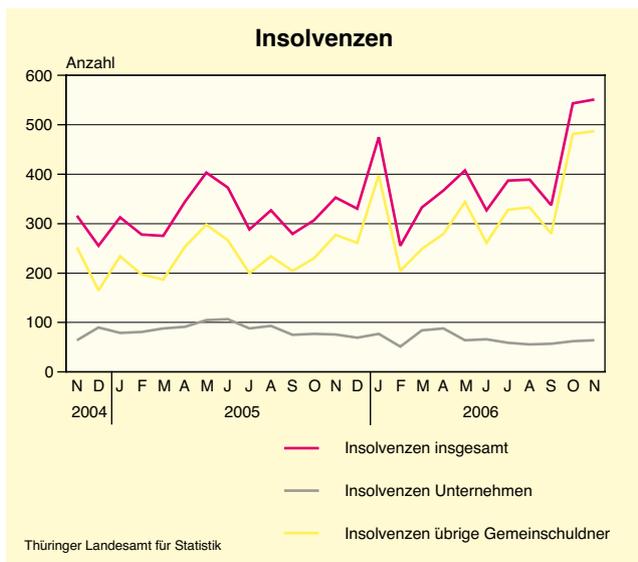
Der Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen betrug per 30.11.2006 insgesamt 3 774 und war damit deutlich geringer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (4 021).



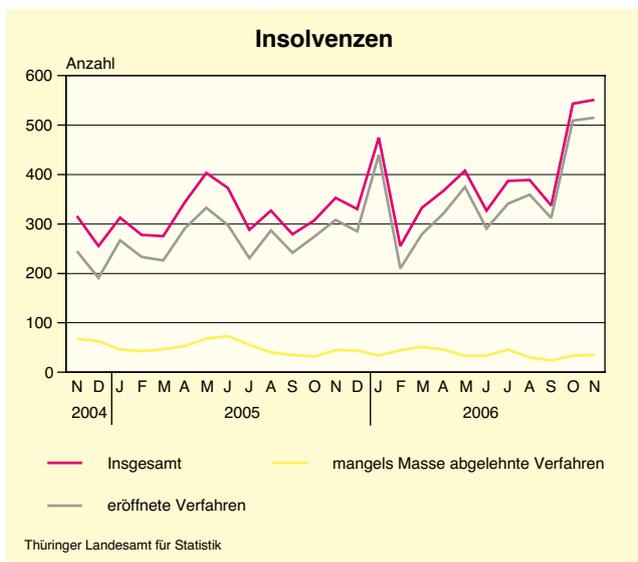
Insolvenzen

Die Amtsgerichte in Thüringen verzeichneten im Zeitraum Januar bis November 2006 insgesamt 4 372 Anträge auf Eröffnung eines **Insolvenzverfahrens**. Die Zahl der Insolvenzen war damit um 23,5 Prozent bzw. 832 Fälle höher als von Januar bis November des Vorjahres.

Von Insolvenzverfahren betroffen waren in diesem Zeitraum insgesamt 728 Unternehmen einschließlich Kleingewerbe (Vorjahreszeitraum: 960) und 3 644 übrige Schuldner (2 580).



Zur Eröffnung kam es bis Ende November bei insgesamt 3 952 Verfahren (90,4 Prozent aller Verfahren; Vorjahr: 84,5 Prozent); in 412 Fällen wurde das Insolvenzverfahren abgelehnt, weil die vorhandene Masse nicht einmal die Verfahrenskosten decken würde, und in 8 Verfahren wurde ein Schuldenbereinigungsplan angenommen.



Die von den Gläubigern angemeldeten Forderungen betragen bis Ende November 2006 insgesamt 709 Mill. Euro (Vorjahr: 886 Mill. Euro), was einer durchschnittlichen Forderungshöhe von 162 Tsd. Euro je Verfahren entsprach (Vorjahreszeitraum: 250 Tsd. Euro).

Der wirtschaftliche Schwerpunkt der Unternehmensinsolvenzen lag zwar weiterhin im Produzierenden Gewerbe (275 Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens bzw. 37,8 Prozent aller Unternehmensinsolvenzen), aber im Vergleich zum Vorjahreszeitraum war die Zahl der Insolvenzen um 31,3 Prozent zurückgegangen. Auch in den anderen drei Bereichen ging die Zahl der Insolvenzen zurück, so dass die Zahl der Unternehmensinsolvenzen insgesamt im Zeitraum Januar bis November 2006 um 24,2 Prozent niedriger war als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Von den Insolvenzverfahren waren im Berichtszeitraum insgesamt 2 746 Beschäftigte betroffen (Vorjahreszeitraum: 3 358 Beschäftigte).

Arbeitsmarkt

Der in den letzten zwei Monaten zu verzeichnende Rückgang der Zahl der **Arbeitslosen** setzte sich im Monat November 2006 weiter fort. Mit 163 879 registrierten Arbeitslosen wurde die Arbeitslosenzahl vom Oktober 2006 um 2,0 Prozent bzw. 3 373 Personen unterschritten, wobei dieser Rückgang überwiegend bei den Frauen erfolgte (- 2 045 Personen). Die Zahl der männlichen Arbeitslosen sank um 1 328 Personen.

Im Vergleich zum November 2005 sank die Arbeitslosenzahl um 12,1 Prozent bzw. 22 511 Personen, wobei dieser Rückgang überwiegend bei den männlichen Arbeitslosen erfolgte (- 18,0 Prozent bzw. - 16 275 Personen). Die Zahl der weiblichen Arbeitslo-

sen ging um 6,5 Prozent bzw. 6 236 Personen zurück. Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen insgesamt erhöhte sich dadurch von 51,6 Prozent im November 2005 auf 54,9 Prozent im November 2006.

Die Arbeitslosenquote im Monat November 2006 war mit 14,9 Prozent um 0,3 Prozentpunkte geringer als im Vormonat und lag auch um 1,7 Prozentpunkte unter der vom November 2005. Bei den Frauen betrug die Arbeitslosenquote 16,8 Prozent (Vormonat: 17,2 Prozent; Vorjahresmonat: 17,6 Prozent) und bei den Männern 13,0 Prozent (13,3 Prozent; 15,6 Prozent).

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren konnte im November 2006 gegenüber dem Vormonat deutlich verringert werden (- 9,4 Prozent bzw. - 1 787 Personen) und lag mit 17 321 Jugendlichen auch deutlich unter dem entsprechenden Vorjahreswert (- 22,3 Prozent bzw. - 4 980 Personen). Die Arbeitslosenquote betrug in dieser Gruppe 11,5 Prozent (Vormonat: 12,7 Prozent; Vorjahresmonat: 14,1 Prozent).

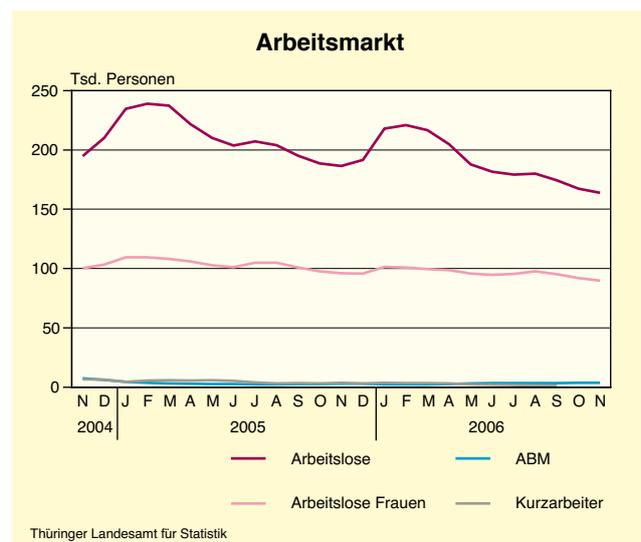
Die Zahl der Beschäftigten in **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)** ging im November 2006 wieder etwas zurück. Mit 3 779 Personen waren Ende November 2,6 Prozent weniger Personen in ABM beschäftigt als im Vormonat. Im Vergleich zum Monat November 2005 hat sich die Zahl der Beschäftigten in ABM jedoch deutlich um 26,9 Prozent bzw. 802 Personen erhöht. Die Durchschnittszahl der Beschäftigten in ABM war in den ersten elf Monaten des

Jahres 2006 um 3,9 Prozent höher als im gleichen Zeitraum 2005.

In **Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)** waren Ende November nur noch 509 Personen tätig, 992 Personen bzw. 66,1 Prozent weniger als im November des Vorjahres. Im Vergleich zum Vormonat hat sich deren Zahl um 52 Personen bzw. 9,3 Prozent verringert.

Der **Bestand an offenen Stellen** hat sich im Monat November 2006 gegenüber dem Vormonat etwas erhöht (+ 81 Stellen bzw. + 0,4 Prozent) und lag bei 19 221 Stellen (Vorjahresmonat: 12 936 Stellen).

Der Zugang an offenen Stellen war mit 7 389 um 25,1 Prozent geringer als im Vormonat und lag auch um 7,8 Prozent unter dem Wert vom November 2005.



Heidrun Anders

(Tel.: 0361 37734550; e-mail: Heidrun.Anders@statistik.thueringen.de)

Der Produktionsgartenbau in Thüringen – Ergebnisse der Gartenbauerhebung 2005 –

Vorbemerkungen und allgemeine Hinweise

Der Gartenbau ist eine Branche mit vielen Ausprägungen. Zum Gartenbau mit Schwerpunkt Erzeugung gehören der Obst- und Gemüsebau, Blumen- und Zierpflanzenbau, Baumschulen, Pflanzenzüchtung und Samenbau. Gartenbaubetriebe, die sich auf Handel und Dienstleistungen spezialisiert haben, befassen sich mit Garten- und Landschaftsbau, Friedhofsgärtnerei, dem Handel und Floristik.

Mit der Gartenbauerhebung, die in größeren Zeitabständen durchgeführt wird, werden wichtige Daten über Betriebsstrukturen, Produktionsschwerpunkte, Anbauverhältnisse, Personaleinsatz und Arbeitsverhältnisse, zur technischen Ausstattung sowie zu den Absatz- und Vermarktungswegen gewonnen, die zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation im Gartenbau unerlässlich sind.

Erhebungseinheiten für die Gartenbauerhebung werden in der klassischen Agrarstatistik auf der Basis der mit gartenbaulichen Erzeugnissen bewirtschafteten Flächen abgegrenzt. Danach waren zur Gartenbauerhebung 2005 Erhebungseinheiten alle landwirtschaftlichen Betriebe mit Freilandflächen von jeweils 30 Ar und mehr mit Obst, Baumschulen, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen oder Gartenbausämereien oder Flächen unter Glas von jeweils 3 Ar und mehr mit Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen zu Erwerbszwecken.

Da jedoch ein Großteil der Gartenbaubetriebe Dienstleistungen erbringen, jedoch nicht über gärtnerische Nutzflächen verfügen, wurden erstmals im Jahr 2005 Daten von Betrieben von Unternehmen der Unterklassen der Klassifikation der Wirtschaftszweige:

01.41.2 – Garten- und Landschaftsbau

01.41.3 – Erbringung von gärtnerischen Dienstleistungen (ohne Garten- und Landschaftsbau)

aufbereitet. Für diesen Betriebskreis wurden sekundärstatistische Daten der Umsatzsteuerstatistik und der Beschäftigtenstatistik ausgewertet.

Die Ausführungen in diesem Beitrag beschränken sich jedoch nur auf den klassischen Erhebungsteil der Agrarstatistik, d.h. es werden die Ergebnisse des Produktionsgartenbaus dargestellt.

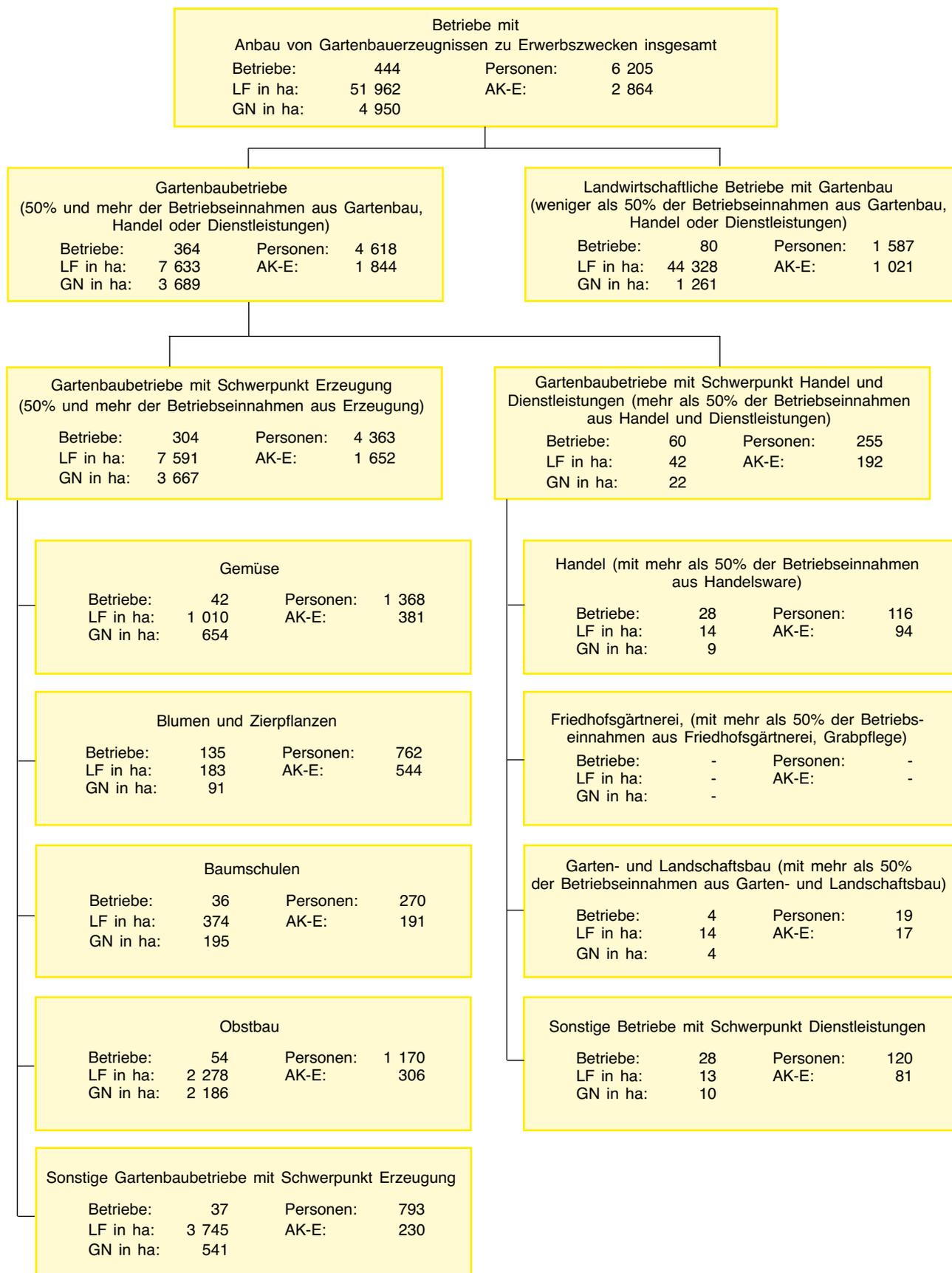
Betriebsarten, Produktionsschwerpunkt und Betriebstypen im Gartenbau – Erläuterungen zur Klassifikation der Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen

Der Produktionsgartenbau umfasst eine breite Erzeugungspalette, deren Produkte sich in der Ertragsleistung, im Verkaufswert und im Produktionsaufwand unterscheiden. Zur besseren Vergleichbarkeit der Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen erfolgt daher eine Klassifizierung der Betriebe mittels eines

mehrstufigen Systems, in dem die Betriebe in Gruppen zu möglichst homogenen Einheiten zusammengefasst werden. Bis zur 2. Stufe erfolgt die Klassifizierung auf Basis der Betriebseinnahmen. In der 3. Stufe wird für die Gruppe Betriebe mit Schwerpunkt Erzeugung das Klassifizierungssystem der landwirtschaftlichen Betriebe angewandt.

Dieses mehrstufige Klassifizierungssystem wird im Folgenden kurz beschrieben schematisch dargestellt.

Klassifizierung der Betriebe



In der 1. Stufe erfolgt die Eingruppierung der Betriebe in die Betriebsarten

- Gartenbaubetriebe und
- landwirtschaftliche Betriebe mit Gartenbau.

In der 2. Stufe erfolgt eine Differenzierung der Gartenbaubetriebe nach dem Betriebsschwerpunkt in

- Gartenbaubetriebe mit Schwerpunkt Erzeugung und
- Gartenbaubetriebe mit Schwerpunkt Handel und Dienstleistungen.

In einer 3. Stufe werden die Gartenbaubetriebe mit Schwerpunkt Erzeugung nach deren betrieblichen Ausrichtung den einzelnen Betriebstypen

- Gemüse
- Blumen- und Zierpflanzen
- Baumschulen
- Obstbau
- Sonstige Gartenbaubetriebe mit Schwerpunkt Erzeugung

zugeordnet.

Die Gruppierung der Gartenbaubetriebe mit Schwerpunkt Handel und Dienstleistungen erfolgt weiter über das Verhältnis der Betriebseinnahmen.

Zur Entwicklung im Gartenbau in Thüringen

Nach der Gartenbauerhebung 1994 wurde im ersten Halbjahr 2005 erneut eine Erhebung der Produktionsstrukturen im Gartenbau durchgeführt.

Auf Grund von methodischen Veränderungen ist ein Vergleich der beiden Erhebungen nur eingeschränkt möglich. Daher beschränken sich die Aussagen zur Entwicklung nur auf Eckdaten.

Zur letzten Gartenbauerhebung (GBE) aus dem Jahr 1994 ¹⁾ wurden insgesamt 479 Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen erfasst. Diese Betriebe bewirtschafteten 84 712 Hektar landwirtschaftlich genutzter Flächen (ha LF). 5 986 Hektar wurden gärtnerisch genutzt. Im Jahr 2005 gab es 444 landwirtschaftliche Betriebe mit Gartenbau. Im Saldo waren

das 35 Betriebe weniger als 1994. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche der Betriebe, die Gartenbauerzeugnisse zum Verkauf anbauen, nahm gegenüber 1994 um knapp 40 Prozent (- 38,7 Prozent) auf 51 962 Hektar ab. Die gärtnerische Nutzfläche (GN) ging um 1 036 Hektar bzw. 17,3 Prozent auf 4 950 Hektar zurück. Der starke Rückgang der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist Ausdruck dafür, dass sich die Betriebe zunehmend auf die Gartenbauproduktion spezialisierten. Das Nutzungsartenverhältnis GN zu LF veränderte sich somit von 7 Prozent im Jahr 1994 auf knapp 10 Prozent zur aktuellen Erhebung. 1994 bewirtschafteten diese Betriebe durchschnittlich 177 ha LF und 12 ha GN. 2005 veränderte sich die Flächenausstattung je Betrieb auf 117 ha LF und 11 ha GN.

Im Anbausortiment unterscheiden sich die Betriebe zwischen den Jahren nur unwesentlich. Sowohl 1994 als auch 2005 befassten sich die meisten Betriebe mit der Erzeugung von Blumen und Zierpflanzen, gefolgt von Betrieben mit Gemüseproduktion. Dennoch war hier ein Rückgang sowohl der Betriebe als auch der Produktionsflächen zu verzeichnen. 2005 bewirtschafteten 139 Gemüseanbaubetriebe durchschnittlich 11,6 Hektar Gemüseflächen und die durchschnittliche Produktionsfläche der 150 Betriebe mit Zierpflanzenanbau lag bei 0,4 Hektar. Zur Erhebung 1994 verfügten die 179 Gemüseanbauer über durchschnittlich 10,5 Hektar Gemüseanbau und die Zierpflanzenbetriebe bewirtschafteten 0,3 Hektar, auf denen Zierpflanzen erzeugt wurden. Dem entgegen erhöhte sich die Zahl der Betriebe mit Obstbau. Hier war jedoch auch ein Rückgang in der Produktionsfläche eingetreten. Die Zahl der Betriebe mit Baumobstanbau stieg gegenüber 1994 um 24 Betriebe bzw. 35 Prozent auf 92 Betriebe 2005. Die Baumobstfläche nahm jedoch durch umfangreiche Rodungen der noch in der ehemaligen DDR angelegten Plantagen von 3 241 Hektar im Jahr 1994 auf 2 526 Hektar zur aktuellen Erhebung ab.

Dagegen hat sich für Strauchbeerenobst ein Markt erschlossen. Die Betriebszahl verdreifachte sich (1994: 11; 2005: 33 Betriebe) und die Strauchbeeren-

1) Ergebnisse angepasst an die zur GBE 2005 gültigen Erfassungsgrenze

obstfläche stieg von 35 auf 197 Hektar. Eine gleiche Entwicklung ist im Erdbeeranbau zu beobachten. Hier nahm die Betriebszahl von 47 auf 53 Betriebe zu, die Anbaufläche stieg um 77 ha auf 173 Hektar.

Baumschulkulturen gehörten bei 71 Betrieben (1994: 101 Betriebe) zum Produktionssortiment. Diese Betriebe bewirtschafteten 2005 noch 220 Hektar gegenüber 340 Hektar Baumschulflächen 1994.

Gartenbau in Thüringen 1994 und 2005

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1994 ¹⁾	2005
Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen	Anzahl	479	444
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	ha	84712	51962
Gärtnerisch genutzte Fläche	ha	5986	4950
davon			
Gartenbaubetriebe	Anzahl	411	364
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	ha	15154	7633
Gärtnerisch genutzte Fläche	ha	4294	3689
davon			
Betriebe mit Schwerpunkt Erzeugung	Anzahl	298	304
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	ha	13425	7591
Gärtnerisch genutzte Fläche	ha	4008	3667
Betriebe mit Schwerpunkt Handel und Dienstleistungen	Anzahl	113	60
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	ha	1729	42
Gärtnerisch genutzte Fläche	ha	286	22
Landwirtschaftliche Betriebe mit Gartenbau	Anzahl	68	80
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	ha	69558	44328
Gärtnerisch genutzte Fläche	ha	1692	1261
Betriebe mit Freilandflächen insgesamt	Anzahl	423	379
Freilandfläche insgesamt	ha	5877	4872
Betriebe mit Baumobst	Anzahl	68	92
Baumobstfläche	ha	3241	2526
Betriebe mit Strauchbeerenobst	Anzahl	11	33
Strauchbeerenobstfläche	ha	35	197
Betriebe mit Erdbeeren	Anzahl	47	53
Erdbeerfläche	ha	96	173
Betriebe mit Gemüse	Anzahl	179	139
Gemüsefläche	ha	1888	1615
Betriebe mit Blumen und Zierpflanzen	Anzahl	219	150
Blumen- und Zierpflanzenfläche	ha	63	53
Betriebe mit Baumschulkulturen	Anzahl	101	71
Baumschulfläche	ha	340	220
Betriebe mit Gartenbausämereien	Anzahl	22	14
Fläche für Gartenbausämereien	ha	214	89
Betriebe Anbau unter Glas oder Kunststoff			
Betriebe mit Gewächshäusern insgesamt	Anzahl	350	248
Gewächshausfläche ²⁾	ha	109	78

1) Ergebnisse angepasst an die Erfassungsgrenzen von 2005 - 2) 1994 einschl. Frühbeetfläche

Ausgewählte Ergebnisse der Gartenbauerhebung 2005

444 Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen zu Erwerbszwecken

Nach den Ergebnissen der im Mai 2005 durchgeführten Gartenbauerhebung gab es in Thüringen 444 landwirtschaftliche Betriebe, die Gartenbauerzeugnisse zu Erwerbszwecken herstellten. Von diesen Betrieben wurden 364 Betriebe als Gartenbaubetriebe eingestuft. Somit waren 82 Prozent der Betriebe den Gartenbaubetrieben zugeordnet. In jedem 1,2ten landwirtschaftlichen Betrieb waren die Betriebseinnahmen aus Gartenbau, Handel, und Dienstleistungen demnach gleich oder größer 50 Prozent der gesamten betrieblichen Einnahmen. Bei 304 Gartenbaubetrieben überwog dabei die Erzeugung von Gartenbauprodukten und bei 60 Gartenbaubetrieben lag der Schwerpunkt im Handel und Dienstleistung.

Die überwiegende Anzahl der Betriebe, die ihren betrieblichen Schwerpunkt in der Produktion hatten, befasste sich mit dem Anbau von Blumen und Zierpflanzen (135 Betriebe). Zum Betriebstyp Obstbau gehörten 54 Betriebe, als Gemüsebaubetriebe wurden 42 und als Baumschulbetriebe 36 Betriebe klassifiziert. 37 Betriebe waren sonstige Gartenbaubetriebe mit Schwerpunkt Erzeugung. Zusammen verfügten diese Betriebe über 3 667 Hektar Gärtnerische Nutzfläche (ha GN). Mehr als drei Viertel der GN wurden von Obstbaubetrieben (2 186 ha) und Gemüsebaubetrieben (654 ha) bewirtschaftet. 80 Betriebe wurden als landwirtschaftlicher Betrieb mit Gartenbau (nachstehend auch als Kombinationsbetriebe benannt) klassifiziert. Diese Betriebe bewirtschafteten 1 261 ha GN.

Betriebe überwiegend klein strukturiert

Mit durchschnittlich 11 ha GN sind die landwirtschaftlichen Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeug-

nissen zu Erwerbszwecken klein strukturiert. Mehr als die Hälfte (54 Prozent) der Betriebe hatten ein Produktionspotential von weniger als 1 ha GN. Davon bewirtschafteten 179 Betriebe oder vier Zehntel weniger als 0,5 ha GN und weitere 62 Betriebe (14 Prozent) hatten eine Grundfläche gärtnerischer Nutzung zwischen 0,5 bis unter 1 ha. Flächenmäßig kommt diesen Betrieben mit einem Anteil von knapp 2 Prozent eine geringe Rolle zu. Lediglich 45 Betriebe (10 Prozent) verfügten über Grundflächen von ≥ 20 ha GN. Insgesamt produzierten diese Betriebe auf 4 208 ha GN. Damit fielen 85 Prozent der GN aller landwirtschaftlichen Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen zu Erwerbszwecken auf das Produktionspotential dieser Betriebe.

Da mehr als 80 Prozent der Betriebe als Gartenbaubetriebe klassifiziert wurden, weisen diese Betriebe eine annähernd gleiche Struktur auf. Hier produzierten 170 Betriebe (47 Prozent) auf Grundflächen bis unter 0,5 ha GN, 48 Betriebe (13 Prozent) hatten eine Flächenausstattung von 0,5 bis unter 1 ha GN und in 30 Betrieben (8 Prozent) war die GN 20 ha und größer.

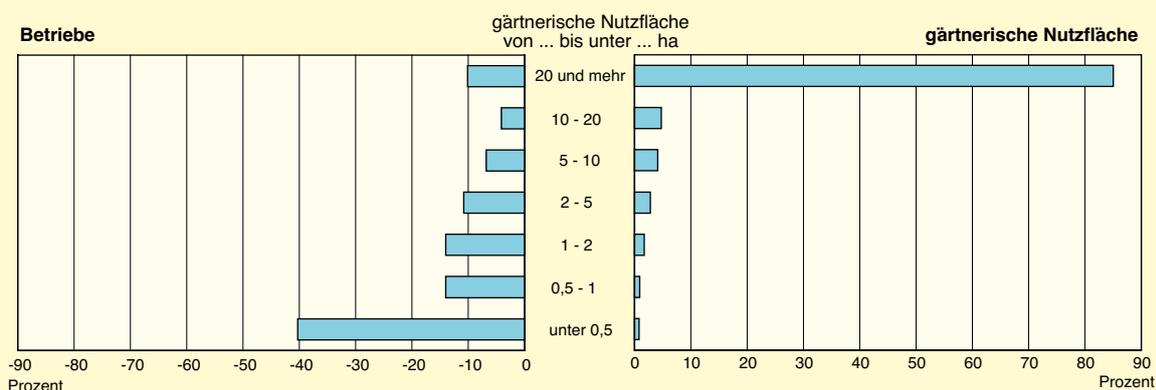
Mit durchschnittlich 21 Hektar bewirtschafteten Gartenbaubetriebe insgesamt 7 633 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. Knapp die Hälfte der LF wurde für gärtnerische Kulturen verbraucht. Die gärtnerische Nutzfläche umfasste 3 689 Hektar, darunter gehörten 3 667 Hektar bzw. 99 Prozent der Flächen zu den Betrieben mit Schwerpunkt Erzeugung. Knapp 60 Prozent bzw. 2 186 Hektar der gärtnerischen Nutzfläche waren in Bewirtschaftung von Obstbaubetrieben. Gemüsebaubetriebe verfügten über 654 Hektar.

Anders zeigt sich hier die Struktur in den 80 Kombinationsbetrieben. Hier fielen knapp drei Zehntel (29 Prozent) der Betriebe in die Größenklasse unter 1 ha GN. Jeder fünfte Betrieb (15 Betriebe bzw. 19 Prozent) hatten eine GN ab 20 ha.

Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen 2005 nach Betriebsarten und Größenklassen der GN

Größenklasse der gärtnerischen Nutzfläche (GN) von... bis unter ... ha	Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen zu Erwerbszwecken			Davon					
	Betriebe	LF	GN	Gartenbaubetriebe			Landwirtschaftliche Betriebe mit Gartenbau		
				Betriebe	LF	GN	Betriebe	LF	GN
	Anzahl	ha		Anzahl	ha		Anzahl	ha	
unter 0,5	179	1 627	38	170	113	35	9	1 514	3
0,5 - 1	62	5 892	43	48	63	33	14	5 829	10
1 - 2	62	907	84	49	.	66	13	.	18
2 - 3	32	6 594	77	22	84	53	10	6 510	24
3 - 5	16	5 514	60	10	.	37	6	.	23
5 - 10	30	2 359	205	22	578	150	8	1 781	56
10 - 20	18	5 483	235	13	1 958	166	5	3 526	68
20 und mehr	45	23 586	4 208	30	4 683	3 149	15	18 903	1 059
Insgesamt	444	51 962	4 950	364	7 633	3 689	80	44 328	1 261

Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen nach Größenklassen der gärtnerischen genutzten Fläche



Drei Viertel der Betriebe als Einzelunternehmen geführt

Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen sind überwiegend als Einzelunternehmen geführte Familienbetriebe. Insgesamt gehörten 336 Betriebe (76 Prozent der Betriebe) dieser Rechtsform an. Von den Einzelunternehmen waren 261 Haupterwerbsbetriebe und 75 Betriebe wurden als Nebenerwerbsbetrieb geführt. Weitere 44 Betriebe waren Personengesellschaften/Personengemeinschaften und 64 Betriebe waren in der Hand einer juristischen Person. Im

Produktionsgartenbau wurden prozentual weniger Betriebe als Familienbetriebe geführt als in den landwirtschaftlichen Betrieben Thüringens insgesamt. Deutliche Unterschiede gab es in der sozialökonomischen Typisierung. Danach wurden acht Zehntel der Einzelunternehmen als Haupterwerbsbetrieb geführt, gegenüber 30 Prozent in den landwirtschaftlichen Betrieben Thüringens insgesamt.

Von den Gartenbaubetrieben waren 291 Betriebe (80 Prozent aller Gartenbaubetriebe) Einzelunternehmen.

230 Betriebe wurden im Haupterwerb und 61 Betriebe im Nebenerwerb geführt. Weitere 33 Betriebe waren Personengesellschaften/-gemeinschaften und 40 Betriebe gehörten zur Rechtsform einer juristischen Person.

Von den 80 landwirtschaftlichen Betrieben mit Gartenbau gehörten 45 Betriebe zu den Einzelunternehmen, 11 Betriebe zu Personengesellschaften und 24 Betriebe zu den juristischen Personen.

Rechtsformen im Gartenbau 2005

Nachweisung	Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen insgesamt		Davon				Dagegen	
			Gartenbaubetriebe		Landwirtsch. Betriebe mit Gartenbau		Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	
	Betriebe	Anteil an Betrieben	Betriebe	Anteil an Betrieben	Betriebe	Anteil an Betrieben	Betriebe	Anteil an Betrieben
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Betriebe insgesamt	444	100	364	100	80	100	5166	100
davon Einzelunternehmen	336	75,7	291	79,9	45	56,3	4236	82,0
davon Haupterwerb	261	77,7	230	79,0	31	68,9	1248	29,5
Nebenerwerb	75	22,3	61	21,0	14	31,1	2988	70,5
Personengesellschaften	44	9,9	33	9,1	11	13,8	367	7,1
Juristische Personen	64	14,4	40	11,0	24	30,0	564	10,9

Arbeitskräfte und Beschäftigtenverhältnisse – In der Mehrzahl Saisonarbeitskräfte

Im Produktionsgartenbau waren 6 205 Personen beschäftigt. 1 556 Personen (darunter 60 Prozent Familienarbeitskräfte) waren in Einzelunternehmen, 1 119 Personen in Personengesellschaften/-gemeinschaften und 3 530 Arbeitskräfte in Betrieben der Rechtsform einer juristischen Person tätig.

Somit war jede vierte Arbeitskraft (23 Prozent) der knapp 27 200 Beschäftigten aller landwirtschaftlichen Betriebe Thüringens in diesen Betrieben tätig. 2 694 Personen (43 Prozent) waren ständig beschäftigt. Mit 3 511 Personen (57 Prozent) zählte der überwiegende Teil der Beschäftigten zu den Saisonarbeitskräften. Den höchsten Anteil an Saisonarbeitskräften hatten die Personengesellschaften/-gemeinschaften (77 Prozent der Beschäftigten in dieser RF), vor den Betrieben in der Hand einer juristischen Person (64 Prozent). In Einzelunternehmen wurde jede vierte Arbeitskraft (26 Prozent) zur Bewältigung von Ar-

beitsspitzen eingestellt. Vergleichsweise waren in den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt über 80 Prozent des Personals ständig beschäftigt (22 500 Personen) und 17 Prozent (4 600 Personen) waren bis maximal 3 Monate befristet eingestellt.

Von den 6 205 Arbeitskräften waren allein 4 618 Personen, davon 1 690 ständig und 2 928 nicht ständig in den Gartenbaubetrieben tätig. Absolut betrachtet war hier die überwiegende Zahl der Arbeitskräfte bei juristischen Personen angestellt. 2 202 Personen bzw. fast jede 2. Arbeitskraft der Gartenbaubetriebe hatte mit diesen Betrieben ein Arbeitsverhältnis. 1 382 Personen, darunter 789 entlohnte Arbeitskräfte, waren in Einzelunternehmen tätig. 1 034 hatten ein Arbeitsverhältnis in einer Personengesellschaft/-gemeinschaft. Anders stellt sich jedoch das Bild dar, betrachtet man die Art der Beschäftigungsverhältnisse. Danach sind in den Einzelunternehmen 1 024 Personen ständig beschäftigt (zu beachten ist jedoch, dass Familienarbeitskräfte (593 Personen) generell

als ständig Beschäftigte eingestuft werden), in Betrieben juristischer Personen haben 462 Beschäftigte (21 Prozent der AK dieser RF) ein Arbeitsverhältnis mit dem Betrieb von mehr als 3 Monaten und bei den Personengesellschaften waren es 204 Personen (20 Prozent).

In den Gartenbaubetrieben mit Schwerpunkt Erzeugung waren 4 363 Personen tätig. Fast jede dritte Person arbeitete dabei im Betriebstyp „Gemüsebau“ (1 368 Personen) und mehr als ein Viertel der Beschäftigten waren im Betriebstyp „Obstbau“ (1 170 Personen) tätig. Für die Gartenbaubetriebe mit Schwerpunkt Handel und Dienstleistungen wurden 255 Personen ermittelt.

Relativiert wird die gesamte Betrachtungsweise auch durch die Berechnung der betrieblichen Arbeitsleistung

– ausgedrückt in Arbeitskräfteeinheiten (AK-E). Eine AK-E entspricht dabei einer im Berichtszeitraum mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Person. Für die Gartenbaubetriebe insgesamt wurden 1 844 AK-E ermittelt und ein Arbeitskraftbesatz von 50 AK-E/100 ha GN festgestellt. Mit knapp 600 AK-E/100 ha GN war der Blumen- und Zierpflanzenbau der arbeitsintensivste Betriebstyp, gefolgt von Baumschulbetrieben mit 98 AK-E/100 ha GN und dem Gemüsebau mit 58 AK-E/100 ha GN. Im Obstbau, wo die meisten Saisonarbeitskräfte beschäftigt waren, wurde eine Arbeitsleistung von 14 AK-E/100 ha GN festgestellt.

In den Kombinationsbetrieben waren 1 587 Personen tätig. Nach der Umrechnung aller Arbeitskräfte in Arbeitskräfteeinheiten wurden 1 021 AK-E ermittelt. Daraus errechnete sich ein Arbeitskraftbesatz von 2,3 AK-E/100 ha LF bzw. 81 AK-E/100 ha GN.

Beschäftigte der Gartenbaubetriebe nach dem betrieblichen Schwerpunkt und nach Betriebstypen

Betriebsschwerpunkt Betriebstyp	Arbeitskräfte insgesamt				Arbeitskräftebesatz	
	Personen	darunter ständig beschäftigt	Anteil vollbeschäftigt	Arbeitskraft- einheiten		
	Anzahl		%	AK-E	AK-E/Betrieb	AK-E/100 ha GN
Betriebe mit Schwerpunkt Erzeugung	4363	1453	63,4	1652	5,4	45,1
davon						
Obstbau	1170	226	31,4	306	5,7	14,0
Gemüsebau	1368	202	74,3	381	9,1	58,3
Blumen und Zierpflanzen	762	624	66,3	544	4,0	597,8
Baumschulen	270	208	75,5	191	5,3	97,9
Sonstige Betriebe	793	193	66,8	230	6,2	42,5
Betriebe mit Schwerpunkt Handel und Dienstleistungen	255	237	64,6	192	3,2	872,7
Gartenbaubetriebe insgesamt	4 618	1 690	63,6	1844	5,1	50,0

Beschäftigte im Gartenbau nach Rechtsformen und Betriebsarten

Merkmal	Einheit	Betriebe insgesamt	Davon				
			Einzelunternehmen			Personengesellschaft	Juristische Personen
			zusammen	Haupterw.	Nebenerw.		
Betriebe insgesamt							
<i>Arbeitskräfte insgesamt</i>	Personen	6 205	1 556	1 380	176	1 119	3 530
davon:							
ständige Arbeitskräfte	Personen	2 694	1 156	995	161	254	1 284
davon							
Familienarbeitskräfte	Personen	698	698	547	151	x	x
Familienfremde Arbeitskräfte	Personen	1 996	458	448	10	254	1 284
nicht ständige Arbeitskräfte	Personen	3 511	400	385	15	865	2 246
Betriebliche Arbeitsleistung	AK-E	2 864	898	857	40	411	1 556
Gartenbaubetriebe							
<i>Arbeitskräfte insgesamt</i>	Personen	4 618	1 382	.	.	1 034	2 202
davon:							
ständige Arbeitskräfte	Personen	1 690	1 024	895	129	204	462
davon							
Familienarbeitskräfte	Personen	593	593	474	119	x	x
Familienfremde Arbeitskräfte	Personen	1 097	431	421	10	204	462
nicht ständige Arbeitskräfte	Personen	2 928	358	.	.	830	1 740
Betriebliche Arbeitsleistung	AK-E	1 844	811	.	.	358	675
landwirtschaftliche Betriebe mit Gartenbau							
<i>Arbeitskräfte insgesamt</i>	Personen	1 587	174	.	.	85	1 328
davon:							
ständige Arbeitskräfte	Personen	1 004	132	100	32	50	822
davon							
Familienarbeitskräfte	Personen	105	105	73	32	x	x
Familienfremde Arbeitskräfte	Personen	899	27	27	0	50	822
nicht ständige Arbeitskräfte	Personen	583	42	.	.	35	506
Betriebliche Arbeitsleistung	AK-E	1 021	87	.	.	53	880

Auch Unterschiede im Beschäftigtenverhältnis sowie in der familiären Beziehung der Arbeitskräfte

Eine Differenzierung der Betriebe nach den Betriebsarten zeigt, dass es hier sowohl erhebliche Unterschiede im Beschäftigtenverhältnis sowie in der Herkunft der Arbeitskräfte (in der Gliederung der Arbeitskräfte in Familienangehörige und Beschäftigte, die keine Familienangehörigen sind) gibt.

In den Gartenbaubetrieben sind 1 690 der 4 618 Arbeitskräfte ständig beschäftigt (37 Prozent). In den Kombinationsbetrieben haben dagegen 1 004

Personen (63 Prozent) von zusammen 1 587 Arbeitskräften ein Beschäftigungsverhältnis von mehr als 3 Monaten.

Differenziert nach der Herkunft der Beschäftigten zeigt sich, dass in den Gartenbaubetrieben der Anteil der Familienarbeitskräfte an den Beschäftigten insgesamt in diesen Betrieben mit 12,8 Prozent fast doppelt so hoch ist wie in den landwirtschaftlichen Betrieben mit Gartenbau. Dort steht jede 15. Arbeitskraft im verwandtschaftlichen Verhältnis zum Betriebsleiter, während in den Gartenbaubetrieben jede 8. Person die Kriterien einer Familienarbeitskraft erfüllt.

Beschäftigte im Gartenbau nach Betriebsarten, Herkunft und Beschäftigtenverhältnis

Merkmal	Einheit	Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen zu Erwerbszwecken		
		insgesamt	Gartenbaubetriebe	landw. Betriebe mit Gartenbau
<i>Arbeitskräfte insgesamt</i>	<i>Personen</i>	6 205	4 618	1 587
davon				
Familienarbeitskräfte		698	593	105
Familienfremde Arbeitskräfte		5507	4 025	1 482
von Arbeitskräften insgesamt				
ständige Arbeitskräfte	Personen	2 694	1 690	1 004
davon				
Familienarbeitskräfte	%	25,9	35,1	10,5
Familienfremde Arbeitskräfte		74,1	64,9	89,5
nicht ständige Arbeitskräfte	Personen	3 511	2 928	583
Betriebliche Arbeitsleistung	AK-E	2 864	1 845	1 020

Nutzung der Flächen – Erzeugung nahezu ausschließlich auf dem Freiland

Zusammen verfügten die landwirtschaftlichen Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen zu Erwerbszwecken über 51 962 ha LF (6,5 Prozent der LF Thüringens insgesamt). 4 950 Hektar wurden gärtnerisch genutzt. Zum überwiegenden Teil (98 Prozent) wurden gärtnerische Erzeugnisse auf dem Freiland produziert. Neben 4 872 Hektar Freilandflächen wurden 78 Hektar (1,6 Prozent der GN insgesamt) Gewächshausflächen bewirtschaftet.

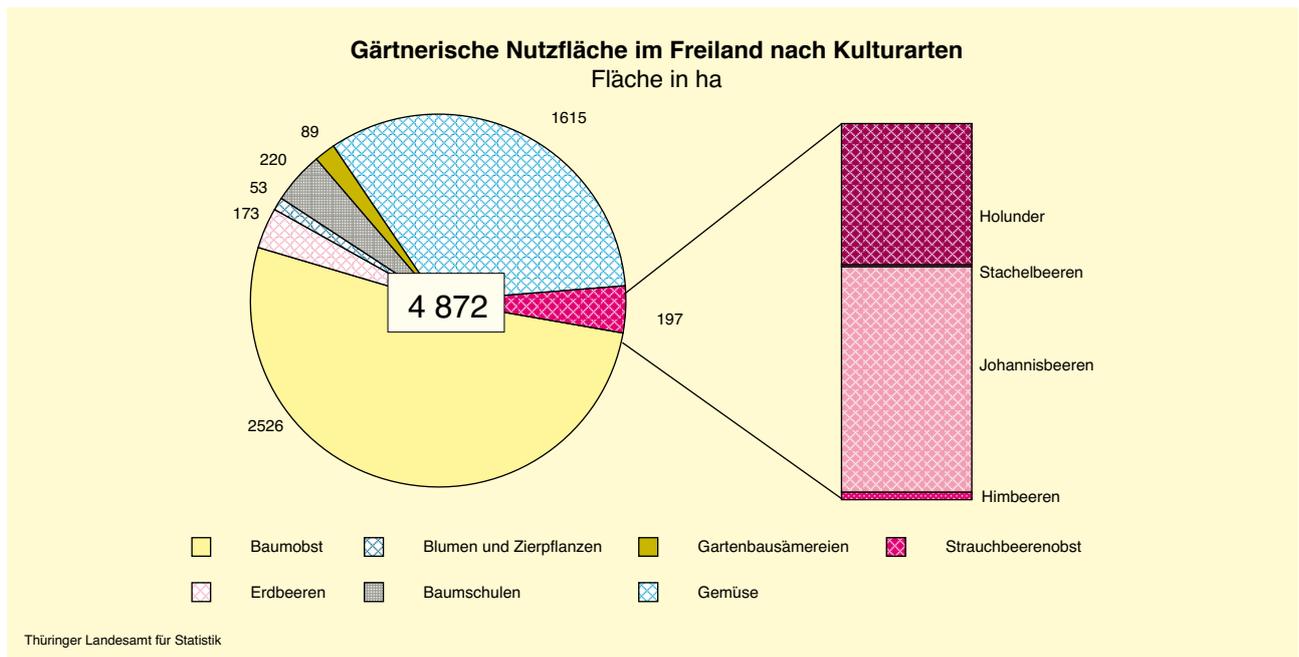
Anbau von Gartenbauerzeugnissen im Freiland

In Thüringen ist der Freilandanbau klein strukturiert. Bei mehr als der Hälfte (51 Prozent) aller Betriebe mit Freilandanbau sind die Freilandflächen kleiner als ein Hektar. Flächenmäßig kommt diesen Betrieben mit einem Anteil von 1,3 Prozent jedoch nur eine geringe Rolle zu.

Die landwirtschaftlichen Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen zu Erwerbszwecken bewirtschafteten insgesamt 4 872 Hektar gärtnerische Nutzfläche (GN) im Freiland. Insgesamt verfügten 379

Betriebe über solche Flächen. Die Baumobstfläche nimmt mit 2 562 Hektar über die Hälfte (52 Prozent) der gesamten Freilandfläche ein. 92 Betriebe (24 Prozent aller Betriebe mit Freilandanbau) befassten sich im Jahr 2005 mit Baumobstanbau. Für den Anbau von Gemüse wurden 1 615 Hektar, für Erdbeeren 173 Hektar, für Baumschulkulturen 220 Hektar und für Gartenbausämereien 89 Hektar verbraucht. 139 Betriebe befassten sich mit Gemüsebauanbau, 71 Betriebe hatten Baumschulen und 14 Betriebe zogen Gartensämereien. Mit 53 Hektar war der Blumen- und Zierpflanzenanbau der flächenmäßig kleinste Produktionszweig, dennoch befassten sich mit 150 Betrieben knapp vier Zehntel aller Betriebe mit Freilandflächen mit dieser Produktion.

33 Betriebe hatten Strauchbeerenobst in ihrem Produktionsortiment. Diese bewirtschafteten 197 Hektar Strauchbeerenobstfläche. In Thüringen haben lediglich der Anbau von Johannisbeeren mit einer Fläche von 118 Hektar und der Holunderanbau auf 74 Hektar eine nennenswerte Bedeutung. Der Holunderanbau spielt sogar für Deutschland insgesamt eine erhebliche Rolle. 22 Prozent der Flächen des Bundesgebietes insgesamt werden von Thüringer Betrieben bewirtschaftet. Johannisbeeren gehörten bei 17 Betrieben und Holunder bei 9 Betrieben zum Anbausortiment.



Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen nach Nutzung der Freilandflächen und Größenklassen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Insgesamt	Davon nach Größenklassen der jeweiligen Fläche von ... bis unter ... ha					
			unter 1	1 - 2	2 - 5	5 - 10	10 - 20	20 und mehr
Betriebe mit Baumobst	Anzahl	92	31	19	12	6	4	20
Baumobstfläche	ha	2 526	.	26	34	38	.	2 348
Betriebe mit Strauchbeerenobst	Anzahl	33	20	3	4	1	1	4
Strauchbeerenobstfläche	ha	197	5	3	12	.	.	157
Betriebe mit Erdbeeren	Anzahl	53	34	3	7	4	3	2
Erdbeerenfläche	ha	173	5	.	19	25	47	.
Betriebe mit Gemüse	Anzahl	139	84	12	14	3	5	21
Gemüsefläche	ha	1 615	22	18	43	23	63	1 446
Betriebe mit Zierpflanzen	Anzahl	150	141	5	2	2	-	-
Zierpflanzenfläche	ha	53	22	7	.	.	-	-
Betriebe mit Baumschulfläche	Anzahl	71	28	15	12	9	6	1
Baumschulfläche	ha	220	11	.	34	63	70	.
Betriebe mit Gartenbausämereien	Anzahl	14	7	2	1	2	1	1
Fläche für Gartenbausämereien	ha	89	2
Betriebe mit Freilandfläche insgesamt	Anzahl	379	195	51	44	28	16	45
Freilandfläche insgesamt	ha	4 872	61	70	129	194	212	4 206

369 Hektar (8 Prozent der Freilandfläche insgesamt) wurden zum Schutz der Saaten und zur Verfrühung der Ernte abgedeckt. 70 Betriebe nutzten diese Technologie. Fast ausschließlich (99 Prozent) wurden in

Thüringen die Freilandflächen mit Folie, Vlies oder Frühbeeten geschützt (367 ha). In Deutschland lag der Anteil der Flächenabdeckung mittels Folie, Vlies oder Frühbeete bei 91 Prozent.

Anbau unter Glas

Flächennutzung

Von den 77,91 Hektar Gewächshausflächen wurden 95 Prozent (73,97 ha) für den Anbau von Gemüse und Zierpflanzen verwendet. Auf 29,63 Hektar Gewächshausfläche wurden nur Gemüse und auf 38,33 Hektar ausschließlich Blumen und Zierpflanzen gezogen. Weitere 6,01 Hektar wurden sowohl für Blumen- und Zierpflanzenerzeugung als auch für die Gemüseproduktion genutzt. Eine unbedeutende Rolle spielt der Anbau von Baumschulkulturen in Gewächshäusern. Lediglich 0,91 Hektar wurden dafür verbraucht (entspricht 1,2 Prozent der Gewächshausflächen). In Deutschland werden 211 Hektar für diese Kulturen genutzt (6 Prozent der Gewächshausflächen).

Baujahre und Ausstattung der Gewächshäuser

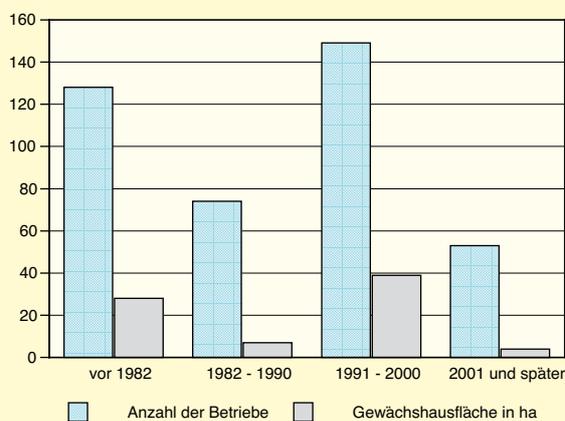
Insgesamt produzierten 248 Betriebe unter Glas und Folie. 128 Betriebe produzierten in Gewächshäusern, die vor 1982 gebaut wurden, bei 74 Betrieben lag das Baujahr der Gewächshäuser zwischen 1982 und 1990 und in 140 Betrieben wurden diese zwischen 1991 bis 2001 errichtet. Bei 53 Betrieben waren Gewächshäuser jüngeren Datums (Baujahr ab 2001). Zusammen verfügten die Betriebe über 77,91 Hektar Gewächshausfläche. Davon waren 27,73 Hektar (36 Prozent der Gewächshausflächen insgesamt) in Gewächshäusern gelegen, die noch vor 1982 errichtet wurden. 7,15 Hektar Gewächshausfläche wurden zwischen 1982 und 1990 geschaffen. In den 90iger Jahren wurde der Bau der Gewächshäuser vorangetrieben. 38,65 Hektar Gewächshausfläche wurde im letzten Jahrzehnt geschaffen. Weitere 4,37 Hektar liegen in Gewächshäusern mit Baujahr 2001 und später.

Von allen Gewächshausflächen waren 59,24 Hektar (76 Prozent) mit Glas eingedeckt. Lediglich 18,66 Hektar waren mit Kunststoff oder Folie überspannt. In 50 Betrieben waren die Gewächshäuser mit geschlossenen Bewässerungssystemen ausgestattet.

21,67 Hektar (28 Prozent) der Fläche insgesamt konnte somit auf technisch hohem Niveau mit Wasser versorgt werden.

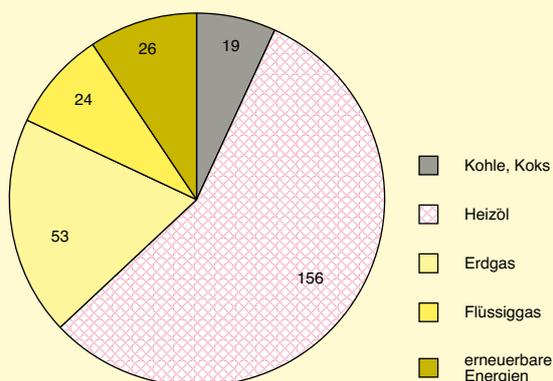
Bei 221 Betrieben waren die Gewächshäuser mit Heizanlagen ausgestattet. Insgesamt konnten somit 74,20 Hektar Gewächshausfläche mit den unterschiedlichen Energieträgern beheizt werden. In 19 Betrieben wurden die Anlagen mit Kohle oder Koks bestückt. 156 Betriebe heizten mit Heizöl, 53 mit Erdgas und 24 Betriebe mit Flüssiggas. In 26 Betrieben wurden die Anlagen mit erneuerbaren Energien betrieben.

Gewächshausanlagen nach Baujahren



Thüringer Landesamt für Statistik

Ausstattung der Gewächshäuser mit Heizanlagen nach Energieträgern – Anzahl der Betriebe



Thüringer Landesamt für Statistik

Betrachtet man die Betriebe nach ihrer Gewächshausfläche so zeigt sich, dass die Betriebe klein strukturiert sind. 49 Prozent verfügten über eine Gewächshausfläche bis 1 000 m². 41 Prozent hatten Gewächshäuser mit einer Grundfläche zwischen 1 000 und 5 000 m² und bei nur 10 Prozent waren die Gewächshausflächen gleich oder größer 5 000 m².

Absatzwege und Vermarktung – Direktabsatz wichtigster Vertriebsweg

Der Absatz und die Vermarktung der Gartenbauerzeugnisse erfolgte über Erzeugerorganisationen (51 Betriebe), Absatzgenossenschaften/Erzeugergroßmarkt (20 Betriebe), über Großmarkt/Selbstvermarkter (20 Betriebe), über Groß- und Einzelhandel (99 Betriebe) sowie sonstige Großabnehmer (120 Betriebe) und über Direktverkauf an den Endverbraucher (371 Betriebe). Der wichtigste Vertriebsweg war damit der Direktabsatz. 84 Prozent aller Betriebe setzten ihre Erzeugnisse direkt an den Endverbraucher ab. Hierzu gehören der Verkauf über ein eigenes Ladengeschäft (178 Betriebe), über eigenes Gartencenter (12 Betriebe), Direktabsatz ab Hof (132 Betriebe), Absatz über Wochenmarkt (103 Betriebe) oder Straßenhandel, Versand u.ä. (83 Betriebe). Zu beobachten ist, dass die Betriebe mehrere Absatzwege nutzten.

Der Direktabsatz ist sowohl bei den Gartenbaubetrieben als auch bei den landwirtschaftlichen Betrieben mit Gartenbau der wichtigste Absatzweg. 85 Prozent der Gartenbaubetriebe und drei Viertel der Kombinationsbetriebe vermarkteten ihre Produkte direkt beim Endverbraucher. Der Direktabsatz erfolgte jedoch über unterschiedliche Verkaufsformen. In den Gartenbaubetrieben überwog der Absatz über eigenes Ladengeschäft bzw. in Verkaufsgewächshäusern sowie ab Betrieb ohne eigenes Ladengeschäft. 166 Betriebe (46 Prozent) setzten ihre Erzeugnisse über eigenes Ladengeschäft bzw. in Verkaufsgewächshäu-

sern ab; 103 Betriebe (28 Prozent) verkauften ihre Produkte ab Betrieb (ohne eigenes Ladengeschäft). Die Vermarktung über den Wochenmarkt nutzten ein Viertel aller Gartenbaubetriebe (94 Betriebe). In den landwirtschaftlichen Betrieben mit Gartenbau waren der Verkauf ab Betrieb (ohne eigenes Ladengeschäft) und der sonstige Absatz z.B. Straßenhandel vordergründig. Bei 29 bzw. 25 Betrieben liefen die Absatzwege über diese Vermarktungsschiene. Lediglich jeder neunte landwirtschaftliche Betrieb mit Gartenbau nutzte Wochenmärkte zum Verkauf der Gartenbauerzeugnisse.

Auch innerhalb der spezialisierten Gartenbaubetriebe hat der Direktverkauf eine unterschiedliche Bedeutung. In Betrieben mit Schwerpunkt der Erzeugung von Blumen und Zierpflanzen und Baumschulen wünschten die Konsumenten eine individuelle fachliche Beratung. Jeweils über 90 Prozent der Betriebe dieser Betriebstypen (124 Blumen- und Zierpflanzenbetriebe; 33 Baumschulbetriebe) setzten ihre Produkte direkt an den Endkunden ab. Ein geringeres Gewicht hatte dieser Vertriebsweg im Obst- und Gemüsebau. Zwei Drittel der Obstbetriebe (67 Prozent) und knapp sieben Zehntel (69 Prozent) der Gemüsebaubetriebe brachten ihre Produkte direkt an den Endverbraucher.

Ein enger Zusammenhang besteht zwischen den Vermarktungswegen und der Betriebsgröße. Für die flächenmäßig klein strukturierten Betriebe ist der Direktabsatz an den Endverbraucher von nahezu ausschließlicher Bedeutung. 95 Prozent aller Betriebe mit einer GN von <1 Hektar nutzten diesen Absatzweg. Lediglich 4 Prozent ließen ihre Produkte über Erzeugerorganisationen vermarkten. Bei Betrieben mit einer Flächenausstattung von 20 Hektar und mehr GN vermarkteten 19 Betriebe (42 Prozent) ihre Erzeugnisse über Erzeugergenossenschaften.

Absatzwege der Betriebe

Betriebsart Betriebstyp	Betriebe insgesamt	Und zwar mit Absatz über ¹⁾					
		Erzeuger- organisa- tionen	Absatz- genossen- schaften, Erzeuger- Großmarkt	Großmarkt (Selbst- vermarkter)	Groß- und Einzelhandel	sonstige Groß- abnehmer	Direkt- absatz
	Anzahl	Prozent					
Betriebe mit Anbau von							
Gartenbauerzeugnissen	444	11,5	4,5	4,5	22,3	27,0	83,6
davon							
Gartenbaubetriebe	364	11,8	4,4	4,7	23,4	28,0	85,4
Betriebstyp							
Obstbau	54	25,9	11,1	-	9,3	35,2	66,7
Gemüsebau	42	28,6	2,4	4,8	26,2	19,0	69,0
Blumen- u. Zierpflanzenbau	135	7,4	4,4	9,6	31,9	23,7	91,9
Baumschulen	36	2,8	5,6	-	16,7	63,9	91,7
Landwirtschaftliche Betriebe mit Gartenbau	80	10,0	5,0	3,8	17,5	22,5	75,0

1) Mehrfachnennung möglich

Die wirtschaftliche Bedeutung des Gartenbaus lässt sich an den Verkaufserlösen messen.

Die Verkaufserlöse für Gemüse, Obst, Zierpflanzen und Baumschulgewächsen betragen nach den aktuellen Ergebnissen im Jahr 2004 insgesamt 84 Mill. Euro. Aus der gesamten landwirtschaftlichen Produktion wurden 940 Mill. Euro erwirtschaftet, 399 Mill. Euro entfielen hierbei auf die pflanzliche Erzeugung. Somit wurden 9 Prozent der Verkaufserlöse aus der gesamten landwirtschaftlichen Produktion und 21

Prozent der Erlöse aus der pflanzlichen Erzeugung durch gartenbauliche Produkte erwirtschaftet. Von den Verkaufserlösen aus Erzeugnissen des Gartenbaus entfielen 30 Mill. Euro (36 Prozent) auf Gemüseerzeugnisse (einschl. Champions), 22 Mill. Euro (26 Prozent) auf Obst, 11 Mill. Euro (13 Prozent) auf Baumschulerzeugnisse und 21 Mill. Euro (25 Prozent) auf Blumen- und Zierpflanzen. (Quelle: Regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnung; Berechnungsstand November 2005; in jeweiligen Preisen).

Prof. Dr. Reiner Stäglin, Dipl.-Soziologe Ingo Pfeiffer,
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken – Ergebnisse der DIW-Studie

Seit Mitte der 1960er-Jahre begleiten Diskussionen über die Notwendigkeit der Bundesstatistiken und die Zumutbarkeit der damit verbundenen Belastungen für Bürger und Wirtschaft die Arbeit der statistischen Ämter. Ging es zunächst darum, die rasch wachsenden Informationsanforderungen mit den verfügbaren Kapazitäten der statistischen Ämter in Einklang zu bringen, kam mit der Diskussion um die Volkszählung 1983 und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung eine bleibende Sensibilität der Politiker, Medien und Bürger gegenüber statistischen Auskunftersuchen hinzu. In seinem Volkszählungsurteil hatte das Bundesverfassungsgericht damals zwar die Bedeutung der amtlichen Statistik umfassend gewürdigt, ihr aber gleichzeitig auch die größtmögliche Schonung der Auskunftspflichtigen, eine Wahrung der Verhältnismäßigkeit zwischen Inanspruchnahme der Auskunftspflichtigen und allgemeinem Nutzen sowie die Anwendung des jeweils mildesten Mittels auferlegt.

Mit wachsender Regelungsdichte, nicht zuletzt auch aufgrund europäischer Rechtsvorschriften, und steigendem Wettbewerbsdruck rückte im letzten Jahrzehnt immer stärker die Belastung der Wirtschaft durch zu viel staatliche Bürokratie in den Vordergrund. Die Statistik steht dabei häufig als Synonym für alle Arten von Auskunftsverlangen amtlicher und nicht amtlicher Stellen.

Auch die jetzige Bundesregierung hat den Abbau von überflüssiger Bürokratie zu ihrem politischen Ziel erklärt: Im Herbst 2005 haben sich die Regierungsfractionen in ihrer Koalitionsvereinbarung für die 16. Wahlperiode darauf verständigt, den Bürokratieabbau systematisch voranzutreiben und insbesondere den Mittelstand von wachstumshemmender Überregulierung zu befreien. Unter den vordringlichen Maßnahmen ist dabei auch der Abbau von Statistikpflichten genannt.

Um zu einer Versachlichung der Diskussion beizutragen, hatte das damalige Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) bereits im November 2003 den Auftrag erteilt, eine Untersuchung über die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken durchzuführen. Die Ergebnisse dieser Studie wurden im Juli 2006 auf einer Pressekonferenz des DIW Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt. Rund 64 Minuten im Monat beträgt danach der durchschnittliche Aufwand von Unternehmen, die zu amtlichen Statistiken melden. Die Ergebnisse der Studie zeigen aber auch große Unterschiede in der Belastung der Auskunftspflichtigen auf, abhängig von der Unternehmensgröße, dem Wirtschaftsbereich, dem die Unternehmen angehören, oder der jeweiligen Statistik.

Herr Prof. Dr. Stäglin und Herr Diplom-Soziologe Pfeiffer vom DIW Berlin haben sich freundlicherweise bereitgefunden, die Ergebnisse der DIW-Belastungsstudie in einer Kurzfassung auch in den Zeitschriften der statistischen Ämter zu veröffentlichen, wofür wir ihnen herzlich danken.

1. Messung des Zeitaufwandes der Unternehmen in Deutschland durch Erhebungen der statistischen Ämter

Die Diskussion über die Belastung der Wirtschaft durch zu viel staatliche Bürokratie ist ein Dauerthema in Politik und Gesellschaft ¹⁾. Bei dieser Diskussion wird auch die amtliche Statistik zu den Bürokratielasten gezählt und eine Entlastung der Wirtschaft von statistischen Berichtspflichten gefordert. Die dafür ins Feld geführten Argumente, die sich auf Einzelfälle und bisher vorliegende Untersuchungen stützen, sind jedoch oft undifferenziert, strittig und selten nachvollziehbar. So wird jede Informations- und Meldepflicht mit amtlicher Statistik gleichgesetzt, die Zeit- und Kostenbelastung anhand des subjektiven Empfindens gemessen und bei der Forderung nach Reduktion der Statistikbelastung übersehen, dass bereits mehr als 60 % der amtlichen Statistiken durch europäische Rechtsakte vorgegeben sind.

Um zu einer Versachlichung dieser Diskussion beizutragen, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) im November 2003 dem DIW Berlin den Auftrag erteilt, eine Untersuchung über „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“ durchzuführen. Ziel der Untersuchung, deren Ergebnisse im Juli 2006 vorgestellt wurden ²⁾ war es,

- eine objektive und quantifizierbare Grundlage für die Diskussion um die konkrete Belastung von Unternehmen in Deutschland durch Meldepflichten zur amtlichen Statistik zu schaffen,
- die Gründe für besondere Belastungen zu ermitteln, um Ansatzpunkte für eine Reduzierung des Befragungsaufwandes bzw. für eine Verbesserung der statistischen Erhebungen zu identifizieren,
- einen Anhaltspunkt für die Relation von amtlicher Statistik zu nicht amtlicher Statistik und zu Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung zu gewinnen sowie
- den Nutzenaspekt der amtlichen Statistik in die bisher einseitige Belastungsdiskussion einzubringen.

2. Registerauswertung, Befragung der betroffenen Unternehmen und Nutzenüberlegungen

Die Aufgabenstellung der Belastungsuntersuchung erforderte mehrere Arbeitsschritte. Zu ihnen gehörten

- eine Auswertung des Unternehmensregisters der statistischen Ämter,
- eine Befragung zur zeitlichen Beanspruchung der Unternehmen durch 74 Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 (amtliche Belastungserhebung),
- eine Berechnung der Gesamtbelastung der von den amtlichen Erhebungen im Jahr 2004 betroffenen Unternehmen in Deutschland (Hochrechnung),
- eine Analyse der Möglichkeiten zur Entlastung der meldepflichtigen Unternehmen von statistischen Erhebungen,
- eine zusätzliche schriftliche und persönliche Befragung ausgewählter Unternehmen zur Beanspruchung durch andere Melde- und Informationspflichten (Unternehmensbefragung des DIW Berlin),
- eine Analyse des Nutzens amtlicher Statistik für Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft sowie
- eine überblicksartige Analyse der wichtigsten aktuellen Untersuchungen zum Thema „Bürokratielasten“.

1) Auch die Regierung der großen Koalition hat den Abbau von Bürokratie zu einem ihrer politischen Ziele erklärt. Siehe den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005: „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“, Kapitel 9.1 Entlastung der Bürger und der Wirtschaft von Bürokratiekosten. Dabei hat sich die Bundesregierung das in den Niederlanden entwickelte und in einigen europäischen Ländern bereits angewendete Standardkosten-Modell (SKM) zum Vorbild genommen. Siehe hierzu Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Einführung des Standardkosten-Modells – Methodenhandbuch der Bundesregierung“, Version 1, August 2006.

2) Siehe Pfeiffer, I./Stäglin, R./Stephan, A.: „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“, DIW Berlin: Politikberatung kompakt 19, Berlin 2006, und Pfeiffer, I./Stäglin, R.: „Statistikbelastung der Unternehmen: Reduzierung der Berichtspflichten kann nicht viel zum Bürokratieabbau beitragen“, Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 30/2006.

Die Erfüllung der Aufgaben des Untersuchungsauftrages setzte wegen der umfangreichen Datenzulieferungen durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eine enge Kooperation zwischen diesen und dem DIW Berlin voraus. Die Auswertung der amtlichen Belastungserhebung und der Unternehmensbefragung des DIW Berlin wurde mit den um die Informationen aus dem Unternehmensregister ergänzten Angaben aus Datenschutzgründen im Wege der Fernrechnung im Statistischen Bundesamt vorgenommen ³⁾.

Begleitet wurde die Untersuchung durch einen Projektbeirat, dem Vertreter des Auftraggebers, der statistischen Ämter sowie ausgewählter Wirtschaftsverbände angehörten. Vor Abschluss der Arbeiten wurde am 30. März 2006 ein Workshop durchgeführt, auf dem die vorläufigen Ergebnisse der Untersuchung einem ausgewählten Kreis vorgestellt und diskutiert wurden. Der Öffentlichkeit wurden die endgültigen Ergebnisse der Belastungsstudie auf einer Pressekonferenz des DIW Berlin am 26. Juli 2006 im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin präsentiert.

3. Ergebnisse der Belastungsuntersuchung

3.1 Auswertung des Unternehmensregisters der statistischen Ämter

15% aller Unternehmen meldepflichtig

Das bei den statistischen Ämtern geführte Unternehmensregister ermöglicht einen ersten Einblick in die Belastungssituation der deutschen Wirtschaft durch die Erhebungen der statistischen Ämter (amtliche Statistik).

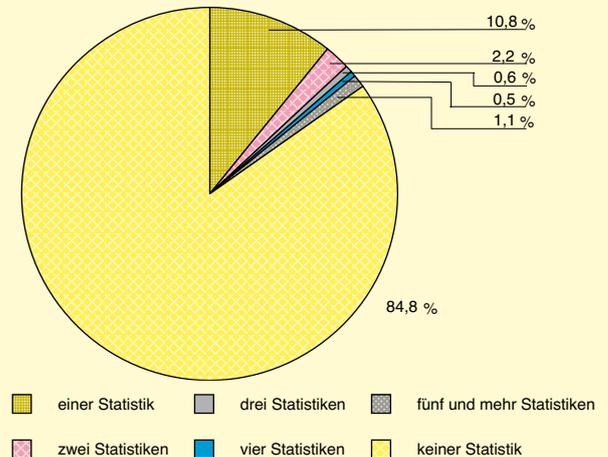
Es zeigt, dass von den knapp 3,5 Mill. Unternehmen in Deutschland im Jahr 2004 rund 85 % zu keiner amtlichen statistischen Erhebung herangezogen wurden (siehe Schaubild 1).

Von den 15,2 % der Unternehmen, die Statistikpflichten zu erbringen hatten, meldeten 10,8 % zu einer Statistik und 2,2 % zu zwei Statistiken. Von drei und mehr statistischen Erhebungen waren ebenfalls 2,2 % der Unternehmen betroffen; darunter befan-

den sich 1,1 % Berichtspflichtige, die fünf und mehr Erhebungen beantworten mussten.

Schaubild 1

Meldepflicht der Unternehmen in Deutschland zu Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004
Anteile der 3,5 Mill. Unternehmen, die zu ... melden



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Auswertung aus dem Unternehmensregister der statistischen Ämter, Stand: Oktober 2004.

Statistisches Bundesamt 2006-01-01337

Vor allem größere Unternehmen meldepflichtig

Eine Unterteilung dieser Angaben zur Meldepflicht nach sechs Größenklassen der Unternehmen anhand der Zahl der sozialversicherungspflichtig (SV) Beschäftigten lässt erkennen, dass der Anteil der meldepflichtigen Unternehmen sich umgekehrt proportional zur Größe der Unternehmen verhält (siehe Tabelle 1). Von den Kleinunternehmen, also den Berichtspflichtigen der Größenklasse mit bis zu neun SV-Beschäftigten, wurden 12,6 % zu einer Meldung oder auch zu mehreren Meldungen herangezogen. Von den Kleinunternehmen (Einheiten mit 10 bis 19 und 20 bis 49 Beschäftigten) und von den mittleren Unternehmen (Einheiten mit 50 bis 249 Beschäftigten) waren zwischen vier Zehntel und zwei Drittel betroffen. Von den Unternehmen der Größenklasse 250 bis 499 Beschäftigte wurden 73 % und von den Großunternehmen mit 500 Beschäftigten und mehr gut vier Fünftel zur Abgabe statistischer Meldungen herangezogen.

³⁾ Hier ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes für ihre Unterstützung zu danken.

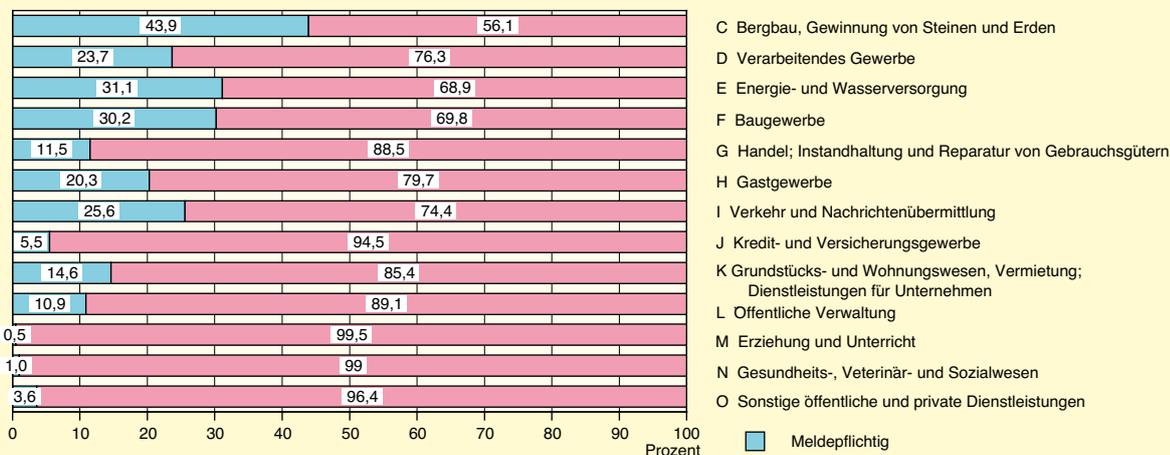
Tabelle 1: Unternehmen 2004 nach Beschäftigtengrößenklassen und nach Meldepflichten zu Erhebungen der statistischen Ämter

Unternehmen Meldepflicht	Unternehmen mit ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten							Ins- gesamt
	ohne Angabe	bis 9	10 bis 19	20 bis 49	50 bis 249	250 bis 499	500 und mehr	
Prozent								
Unternehmen insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
ohne Meldepflicht	89,8	87,4	60,0	42,4	32,6	27,1	19,0	84,8
mit Meldepflicht	10,2	12,6	40,0	57,6	67,4	72,9	81,0	15,2
zu einer Statistik	9,1	10,4	24,8	16,6	13,2	12,4	14,1	10,8
zu zwei Statistiken	0,9	1,8	9,7	12,0	10,8	8,8	8,6	2,2
zu drei Statistiken	0,1	0,3	2,8	5,9	7,1	7,6	11,1	0,6
zu vier Statistiken	0,0	0,1	1,5	9,0	6,1	3,7	3,9	0,5
zu fünf und mehr Statistiken	0,1	0,0	1,2	14,1	30,2	40,4	43,3	1,1
1 000								
Nachrichtlich: Zahl der Unternehmen	1 396,0	1 761,4	161,1	96,5	55,4	6,9	5,4	3 482,7

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Auswertung aus dem Unternehmensregister der statistischen Ämter, Stand: Oktober 2004.

Schaubild 2

Meldepflichtige und nicht meldepflichtige Unternehmen 2004 nach Wirtschaftsabschnitten¹⁾



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Auswertung aus dem Unternehmensregister der statistischen Ämter, Stand: Oktober 2004.
1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

Statistisches Bundesamt 2006-01-01338

Es fällt auf, dass für 40 % der Unternehmen keine Angaben zur Beschäftigtenzahl vorliegen. Von diesen sind die wenigsten (10 %) von Meldepflichten zur amtlichen Statistik betroffen. Die Beschäftigtenangaben für diese Unternehmen fehlen, weil im zugrunde liegenden Datenmaterial des Registers der Bundesagentur für Arbeit für sie keine Angaben über

sozialversicherungspflichtig Beschäftigte vorliegen. Dies können Kleinunternehmen sein, in denen Selbstständige und mithelfende Familienangehörige tätig sind; es können aber auch große Organträger sein, die gegenüber der Steuerverwaltung den Gesamtumsatz der zugehörigen Organgesellschaften melden, ohne über eigenes Personal zu verfügen.

Anteil der Meldepflichtigen im Produzierenden Gewerbe am höchsten

Die Gruppierung der in Schaubild 1 ausgewiesenen Zahl der meldepflichtigen und nicht meldepflichtigen Unternehmen nach den in Betracht kommenden Wirtschaftsabschnitten der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), ist in Schaubild 2 dargestellt. Dieses lässt erkennen, dass – erwartungsgemäß, weil auch historisch bedingt – in den Wirtschaftsabschnitten des Produzierenden Gewerbes, also in den Abschnitten C bis F der WZ 2003, die höchsten Anteile der Meldepflichtigen enthalten sind. Das erklärt sich dadurch, dass hier ab einer bestimmten Abschneidegrenze Vollerhebungen durchgeführt werden. Da in den Wirtschaftsabschnitten Handel und Gastgewerbe (Abschnitte G und H der WZ 2003) Stichprobenerhebungen dominieren, ist der Anteil der berichtspflichtigen Registereinheiten dort entsprechend niedriger. Der relativ hohe Anteil der berichtspflichtigen Unternehmen in den Wirtschaftsabschnitten I und K ist auf die seit dem Jahr 2001 durchgeführte Dienstleistungsstatistik zurückzuführen.

Keine Aussage des Unternehmensregisters über die zeitliche Statistikbelastung

Die durch die Auswertung des Unternehmensregisters gewonnene Information über die individuelle und die gesamte Betroffenheit von Unternehmen durch Erhebungen der statistischen Ämter reicht allein nicht aus, um die Belastung der Befragten durch die amtliche Statistik einzuschätzen. Hierfür sind vielmehr Kenntnisse über den Zeitaufwand zur Bearbeitung der Meldungen und die daraus resultierenden Kosten erforderlich. Diese können weder aus der Gestaltung der Erhebungsbogen noch aus der Zahl und Komplexität der erfragten Merkmale, die ja bekannt sind, abgeleitet werden. Sie können nur aus Angaben der Berichtspflichtigen selbst berechnet werden. Diesem Ziel diente die amtliche Belastungserhebung, die von den statistischen Ämtern durchgeführt wurde.

Dabei wurde davon ausgegangen, dass grundsätzlich vier Faktoren für die Dauer der Bearbeitung einer statistischen Erhebung ausschlaggebend sind: Umfang und Detaillierungsgrad der Erhebung (Län-

ge und Komplexität des Fragebogens), Technik der Datenübermittlung, Organisation des betrieblichen Rechnungswesens bzw. der Datenhaltung und Grad der Vertrautheit der Bearbeiter mit dem Erhebungsprogramm.

3.2 Auswertung der amtlichen Belastungserhebung

3.2.1 Beantwortung eines einseitigen Fragebogens nach dem Zeitaufwand für 74 Statistiken durch fast 75 000 Unternehmen

Die amtliche Belastungserhebung bezog sich auf die 74 Statistiken, die im Jahr 2004 vom Statistischen Bundesamt (18 zentrale Statistiken) und von den Statistischen Ämtern der Länder (56 dezentrale Statistiken) erhoben wurden⁴⁾. Sie erfolgte im unmittelbaren Zusammenhang mit der jeweiligen statistischen Erhebung mit einem eigenständigen Fragebogen (Belastungsbogen zur „Ermittlung des Aufwandes für amtliche Statistiken“), in dem nach dem Zeitaufwand für die Erhebung, nach den daran beteiligten Stellen und nach der Herkunft der geforderten Angaben, nach Schwierigkeiten bei der Beantwortung sowie nach Verbesserungsvorschlägen gefragt wurde. Zusätzlich sollten die Unternehmen oder Betriebe erklären, ob sie mit einer ergänzenden Befragung durch das DIW Berlin einverstanden sind.

Unter Zeitaufwand wird die Arbeitszeit verstanden, die im Unternehmen oder Betrieb unmittelbar für die Beantwortung der Fragen der jeweiligen statistischen Erhebung erforderlich ist (einschl. der Recherche der verlangten Daten und ihrer Übermittlung). Sind mehrere Stellen im Unternehmen oder Betrieb mit der Bearbeitung befasst, soll die Summe der Arbeitszeit aller Beteiligten angegeben werden. Auf die Abfrage der damit verbundenen Kosten wurde verzichtet, um den Bearbeitungsaufwand für die Unternehmen gering zu halten.

4) Eine Auflistung der Statistiken – ohne die aus Geheimhaltungsgründen entfernten zwei Statistiken (Erhebung über Geothermie und Investitionsenergieerhebung bei Unternehmen, die Erdgas- oder Erdölgasleitungen erstellen oder betreiben) – enthält Tabelle 2 auf S. 48 bis 50.

Die Zahl der in die amtliche Belastungserhebung einbezogenen berichtspflichtigen Unternehmen und Betriebe lag bei 168 300. Da knapp 75 000 Berichtspflichtige den Belastungsbogen zurückgesandt haben, ergab sich eine durchschnittliche Rücklaufquote von 44,5 %. Die Spanne der statistikspezifischen Rücklaufquoten lag zwischen 7,9 % bei der dezentralen Statistik über „Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz“ mit 63 Antwortbogen und 84,5 % bei der dezentralen Erhebung über „Abfallentsorgung in der Entsorgungswirtschaft“ mit 1 141 Antwortbogen.

Die Belastungsbogen wurden vom DIW Berlin auf Vollständigkeit und Stimmigkeit der Antworten geprüft. Diese Plausibilitätsprüfung wurde anhand formaler Kriterien und aufgrund inhaltlicher Überlegungen vorgenommen. Außerdem waren die im Belastungsbogen „offenen Fragen“ nach Schwierigkeiten bei der Bearbeitung und nach Verbesserungsvorschlägen zum Erhebungsverfahren mit Hilfe eines vom DIW Berlin entwickelten numerischen Schlüssels zu codieren. Diese außerordentlich zeitaufwändigen Codierungsarbeiten sind zwischen dem DIW Berlin und dem Statistischen Bundesamt aufgeteilt worden.

Die Informationen auf den Belastungsbogen wurden dann um die im Unternehmensregister (URS) gespeicherten Merkmale (Beschäftigte, Umsatz, Wirtschaftszweig, weitere bestehende Meldepflichten zu anderen statistischen Erhebungen) komplettiert, bevor das DIW Berlin die Datensätze für die 74 amtlichen Erhebungen im Statistischen Bundesamt im Wege der Fernrechnung unter Wahrung der statistischen Geheimhaltung mit seinem Programm auswerten konnte.

3.2.2 Ergebnisse der deskriptiven Analyse

Ausgangspunkt der deskriptiven Analyse des Zeitaufwandes sind die Angaben in Tabelle 2 auf S. 48 bis 50. Sie zeigen die von den betroffenen Unternehmen und Betrieben für die einzelnen Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 selbst genannten durchschnittlichen Bearbeitungszeiten in Minuten je Meldevorgang.

Durchschnittlicher jährlicher Meldeaufwand zwischen einer Dreiviertelstunde und 57½ Stunden

Aus Vergleichsgründen wurde eine Normierung auf Jahresbasis vorgenommen, das heißt die Zeitangaben für Statistiken mit monatlicher Meldefrequenz wurden mit zwölf und für diejenigen mit vierteljährlicher Meldefrequenz mit vier multipliziert. Zeitangaben für die drei Statistiken mit mehrjährlichen Meldefrequenzen wurden dagegen nicht umgerechnet, weil der Meldeaufwand im Jahr 2004 angefallen ist. Die so ermittelten jährlichen Bearbeitungszeiten für die amtlichen Statistiken wurden in eine Rangfolge gebracht, die zeigt, dass die Intrahandelsstatistik (Statistik 290) mit einem Meldeaufwand von 3 448 Minuten (57½ Stunden) den Rang 1 und die Binnenschiffahrtsstatistik (Statistik 307) mit 42 Minuten den Rang 72 belegt.

Der hohe Zeitaufwand für die Intrahandelsstatistik hat verschiedene Gründe: So spielen die im Jahr abgegebenen Meldungen je Handelsweg (Versendungen und Eingänge), die Verteilung der Meldungen auf die Monate und ihre mögliche Kumulierung sowie die Nutzung der verschiedenen Meldeformen (ASCII-Datenträger, ASCII-Online, IDES-Datenträger, IDES-Online, Onlineformular, Papierformular) eine wichtige Rolle. Testrechnungen haben ergeben, dass ein hoher Automatisierungsgrad bei den statistischen Meldungen zu einer Zeitersparnis von bis zu 50 % bei den meldenden Berichtseinheiten führen kann.

Besonderheiten wie bei der Intrahandelsstatistik treten auch bei anderen Statistiken auf. So sind bei den mit rund neun Stunden ebenfalls zeitaufwändigen Statistiken Index der Ausfuhrpreise (Statistik 398A auf Rang 15) und Index der Einfuhrpreise (Statistik 398E auf Rang 13) die verschiedenen Meldeformen und spezifische Mengengerüste gleichermaßen von Bedeutung. Die mit knapp 15 Stunden Bearbeitungszeit zu den mit am stärksten belastenden Erhebungen zählende Eisen- und Stahlstatistik (Statistik 016 auf Rang 7) unterscheidet 16 verschiedene Erhebungsbogen, und auch bei der 17 Stunden beanspruchenden monatlichen Produktionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Statistik 007 auf Rang 5) ist das Mengengerüst zu beachten. Hier sind in einem

einzelnen Fragebogen für jede Güterart Meldenummer, Maßeinheit, produzierte Menge, Verkaufswert und die zur Weiterverarbeitung bestimmte Menge anzugeben.

Fasst man die Mittelwerte des jährlichen Meldeaufwandes zu einer Gliederung nach Stunden zusammen, zeigt sich, dass fünf Statistiken weniger als eine Stunde Bearbeitungszeit benötigten, dass aber für zwölf Statistiken mehr als zehn Stunden aufgewendet werden mussten (siehe Schaubild 3 auf S. 51). Wie nicht anders zu erwarten, waren die monatlichen Statistiken die zeitaufwändigsten Erhebungen, obwohl auch die Meldungen zu den vierteljährlichen Statistiken einen Bearbeitungsaufwand von zwei bis zu zehn Stunden verursachten.

Kein Zusammenhang zwischen Meldeaufwand und Datenquelle

Frägt man nach der Herkunft der Daten für die Erbringung der statistischen Meldungen, lässt Schaubild 3 erkennen, dass die Angaben aus der Buchhaltung in der Regel die wichtigste Quelle darstellen. Alle 23 Statistiken der Zeitaufwandsklasse 1 bis 2 Stunden sowie die Mehrzahl der statistischen Erhebungen in den anderen Zeitaufwandsklassen stützten sich auf die unveränderten und bearbeiteten Angaben aus der betrieblichen Buchhaltung bzw. aus dem Rechnungswesen. Das bedeutet, dass mit den vorliegenden Ergebnissen nicht belegt werden kann, dass der durchschnittliche Zeitaufwand für die Bearbeitung einer Statistik generell steigt, wenn auf andere betriebliche Quellen als auf die Buchhaltung zurückgegriffen wird.

Tabelle 2: Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004

Stat-Nr.	Bezeichnung der Statistik	Belastungsbogen		Mittelwerte		
		Rücklauf	verwertbare Antworten	der Bearbeitungszeit je Meldevorgang	des jährlichen Meldeaufwandes	
		Anzahl		Minuten	Rangfolge	
Statistiken im Produzierenden Gewerbe						
001	Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	1 198	1 185	77	929	6
002	Mehrbetriebsunternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	364	353	78	78	63
007	Monatliche Produktionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	249	247	85	1 014	5
010	Vierteljährliche Produktionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	499	493	99	397	22
011	Investitionserhebung (Betriebe) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	181	177	118	118	47
012	Investitionserhebung (Unternehmen) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	875	858	79	79	61
016	Eisen- und Stahlstatistik	118	115	74	886	7
026	Holzstatistik	57	55	123	491	16
028	Düngemittelstatistik	31	30	64	257	32
046	Monatsbericht Bauhauptgewerbe	283	280	93	1 118	4
047	Vierteljährlicher Bericht Ausbaugewerbe	426	420	74	296	28
049	Auftragsbestand Bauhauptgewerbe	101	100	94	377	24
052	Totalerhebung Bauhauptgewerbe	1 527	1 464	67	67	68
053	Jährliche Zusatzerhebung Ausbaugewerbe	842	821	87	87	58
054	Unternehmens- und Investitionserhebung Bauhauptgewerbe	432	428	106	106	49
055	Unternehmens- und Investitionserhebung Ausbaugewerbe	460	452	78	78	62
060	Energieverwendung (Betriebe) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	2 199	2 159	63	63	69
061	Kohleimport und -export	7	6	59	710	9
063	Erhebung über Biotreibstoffe	15	14	180	180	41

Noch: Tabelle 2: Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004

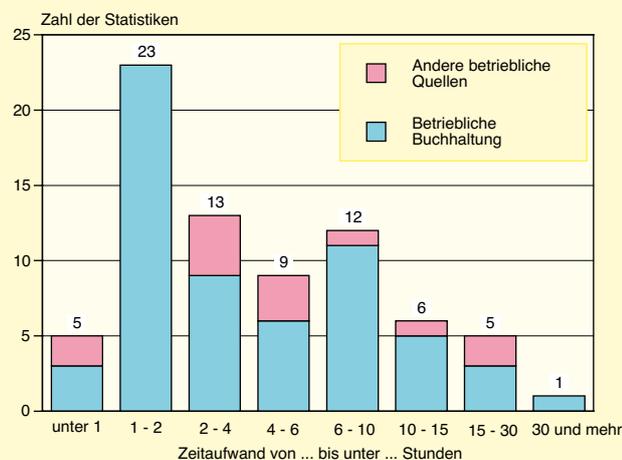
Stat-Nr.	Bezeichnung der Statistik	Belastungsbogen		Mittelwerte		
		Rücklauf	verwertbare Antworten	der Bearbeitungszeit je Meldevorgang	des jährlichen Meldeaufwandes	
		Anzahl		Minuten	Rangfolge	
Noch: Statistiken im Produzierenden Gewerbe						
064	Erzeugung, Bezug, Verwendung und Abgabe von Wärme	112	109	121	121	46
065	Monatsbericht Energie- und Wasserversorgung	174	173	58	695	10
066	Monatsbericht Elektrizitätsversorgung (allgemeine Versorgung)	114	113	70	835	8
067	Stromerzeugungsanlagen zur Eigenversorgung	57	55	269	269	30
068	Monatsbericht allgemeine Gasversorgung	8	7	114	1 372	3
070	Erhebung über die Stromeinspeisung bei Netzbetreibern	96	95	125	125	44
073	Erhebung über Klärgas	272	269	54	54	70
075	Abgabe von Flüssiggas	24	23	81	81	60
076	Investitionserhebung (Betriebe) Energie- und Wasserversorgung	91	90	236	236	34
077	Investitionserhebung (Unternehmen) Energie- und Wasserversorgung	176	174	335	335	25
081	Kostenstruktur (Unternehmen) Energie- und Wasserversorgung	237	233	481	481	19
082	Jahreserhebung Abgabe sowie Ein- und Ausfuhr von Gas	191	189	222	222	36
083	Jahreserhebung Stromabsatz und Erlöse	158	155	214	214	38
013	Kostenstruktur im Verarbeitenden Gewerbe (2003 für 2002)	8 643	8 534	266	266	31
013K	Strukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe (2002 für 2001)	2 286	2 205	90	90	56
013K (neu)	Strukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe (2004)	167	158	70	70	67
056	Kostenstruktur Bauhaupt- und Ausbaugewerbe (2003 für 2002)	2 707	2 677	222	222	35
056K	Strukturerhebung Bauhaupt- und Ausbaugewerbe (2002 für 2001)	2 568	2 491	99	99	50
Statistiken im Handel und Gastgewerbe						
290	Intrahandelsstatistik	2 533	2 507	287	3 448	1
459 d	Monatliche Handelsstatistik (Einzelhandel)	1 180	1 159	36	428	21
459 z	Monatliche Handelsstatistik (Großhandel, Handelsvermittlung)	3 604	3 565	33	394	23
460(neu)	Jährliche Handelsstatistik	2 074	2 036	97	97	52
460	Jährliche Handelsstatistik (2002 für 2001)	5 868	5 751	126	126	43
466	Monatsbericht im Gastgewerbe	445	428	39	462	20
467	Jährliche Gastgewerbestatistik	681	667	82	82	59
469	Monatsbericht Beherbergung im Reiseverkehr	1 320	1 277	40	485	18
Dienstleistungsstatistik, Statistiken zu Freiberuflern und Handelsvertretern						
271	Kostenstruktur Freie Berufe und weitere Dienstleistungen	1 837	1 799	93	93	53
273	Jährliche Dienstleistungsstatistik (Bereiche I und K)	2 882	2 842	97	97	51
274	Konjunkturstatistik in bestimmten Dienstleistungsbereichen	663	642	46	185	39

Noch: Tabelle 2: Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004

Stat-Nr.	Bezeichnung der Statistik	Belastungsbogen		Mittelwerte		
		Rücklauf	verwertbare Antworten	der Bearbeitungszeit je Meldevorgang	des jährlichen Meldeaufwandes	
		Anzahl		Minuten	Rangfolge	
Verkehrsstatistiken						
297	Eisenbahnstatistik (Unternehmens- und Verkehrsstatistik)	87	85	149	1 790	2
300	Personenbeförderung im Straßenverkehr (Unternehmen)	178	171	272	272	29
301	Personenbeförderung im Straßenverkehr (Verkehr)	135	133	122	487	17
307	Binnenschiffahrtsstatistik (2003 für 2002)	846	814	42	42	72
314	Luftfahrtstatistik (2003 für 2002)	230	226	87	87	57
Handwerksstatistiken						
040	Vierteljährliche Handwerksberichterstattung (Direktmelder)	2 721	2 645	36	142	42
Umweltstatistiken						
500	Abfallentsorgung in der Entsorgungswirtschaft	1 141	1 113	92	92	54
501	Betriebliche Abfallentsorgung (öffentliche Müllabfuhr)	233	225	184	184	40
513	Einsammeln von Verkaufs-, Um- und Transportverpackungen	296	293	122	122	45
521	Ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe	352	342	77	77	64
524	Investitionen für den Umweltschutz (Produzierendes Gewerbe)	3 418	3 350	75	75	65
525	Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz (Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe)					
526	Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz	63	60	72	72	66
Lohn- und Gehaltsstatistiken						
411	Laufende Verdiensterhebung in Industrie und Handel	567	559	54	215	37
412	Verdiensterhebung im Handwerk	326	316	51	51	71
413	Bruttojahresverdiensterhebung in Industrie und Handel	1 389	1 370	90	90	55
489	Arbeitskostenerhebung	712	695	534	534	14
Preisstatistiken						
390 d+z	Index der Erzeugerpreise des Produzierenden Gewerbes	370	365	26	314	27
391	Index der Erzeugerpreise in der Landwirtschaft	84	81	27	322	26
394 d+z	Index der Großhandelsverkaufspreise	324	322	20	241	33
395	Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	137	136	52	624	12
398E	Index der Einfuhrpreise	1 583	1 509	46	546	13
398A	Index der Ausfuhrpreise	1 424	1 340	44	526	15
401	Index der Baupreise, Neubauten usw.	323	316	57	689	11
Summe		74 924	73 316	X	X	X

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) – Auswertung der amtlichen Belastungserhebung.

Schaubild 3
Herkunft der Daten bei den 74 im Jahr 2004 erhobenen Statistiken nach Zeitaufwandklassen



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Auswertung der amtlichen Belastungserhebung. Statistisches Bundesamt 2006-01-01339

Meldeaufwand steigt mit zunehmender Unternehmensgröße

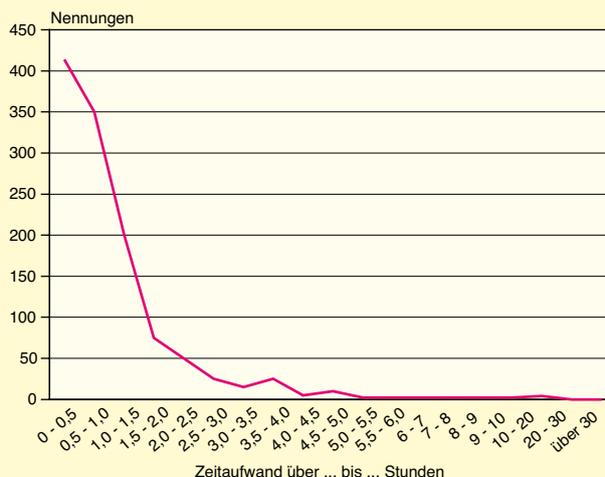
Eine Analyse des Meldeaufwandes nach Beschäftigtengrößenklassen zeigt, dass der durchschnittliche Zeitaufwand für die Erfüllung der Statistikpflichten mit zunehmender Unternehmens- bzw. Betriebsgröße steigt. So liegen die Bearbeitungszeiten in der Größenklasse mit 20 bis 49 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und teilweise in den Klassen mit mehr als 50 Beschäftigten öfter über als unter dem durchschnittlichen statistikspezifischen Meldeaufwand aller Berichtspflichtigen, in den Größenklassen mit mehr als 250 Beschäftigten sind es sogar mehr als doppelt so viele.

Bei den Kleinunternehmen mit bis zu neun SV-Beschäftigten bzw. bei den Kleinunternehmen mit zehn bis 19 SV-Beschäftigten war die durchschnittliche Bearbeitungszeit im Jahr 2004 bei 46 bzw. bei 38 Statistiken geringer als der statistikspezifische Mittelwert über alle Größenklassen. Das ist beachtlich, weil es die weit verbreitete Meinung relativiert, nach der die kleinsten und kleinen Unternehmen und Betriebe am meisten von der amtlichen Statistik belastet sind.

Linksschiefe Verteilung der statistikspezifischen Bearbeitungszeit

Betrachtet man die Lokalisations- und Dispersionsmaße der Verteilung des Meldeaufwandes für die einzelnen Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 (Standardabweichung, Median, Prozent-schwellen, Minima und Maxima), stellt man fest, dass der statistikspezifische Zeitaufwand die Form einer linksschiefen Verteilung hat, wenn auch mit sehr unterschiedlichen Steigungswinkeln. Das verdeutlicht Schaubild 4 für den Monatsbericht für Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, das erkennen lässt, dass der Anteil von Beobachtungen mit relativ geringem Zeitaufwand höher ist als der Anteil derer mit großem Aufwand.

Schaubild 4
Verteilung der Bearbeitungszeit für den Monatsbericht Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Statistik 001) im Jahr 2004



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Auswertung der amtlichen Belastungserhebung. Statistisches Bundesamt 2006-01-01340

3.2.3 Ergebnisse der Hochrechnung

Ziel der Hochrechnung ist es, die gesamte zeitliche Belastung der Unternehmen in Deutschland zu bestimmen, die von Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 betroffen waren. Hierzu wurde zum einen auf die Angaben aus dem Unternehmensregister zurückgegriffen, demzufolge 528 500 Einheiten

Meldepflichten haben, und zum anderen auf die Ergebnisse aus der amtlichen Belastungserhebung über den Zeitaufwand zur Erfüllung der Meldepflichten.

Der Fragebogenrücklauf aus der Belastungserhebung mit mehr als 73 000 verwertbaren Antworten zum Meldeaufwand stellt also die Datenbasis dar, von der auf den Zeitaufwand der Grundgesamtheit geschlossen werden kann, das heißt auf alle zu den Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 meldepflichtigen Unternehmen in der Unterteilung nach Beschäftigtengrößenklassen. Anders als bei vielen anderen Stichprobenerhebungen ist hier eine für die Fragestellung wesentliche Merkmalsverteilung in der Grundgesamtheit aus dem Unternehmensregister prinzipiell bekannt, die Zahl der Meldepflichten der einzelnen Unternehmen zur amtlichen Statistik. Sie ist dadurch bestimmt worden, dass den Unternehmen die im Unternehmensregister gesondert ausgewiesenen Betriebe (Einbetriebs-, Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen) mit ihren jeweiligen Berichtspflichten zugeordnet wurden.

Bei der Hochrechnung wurde versucht, in der Datenbasis der Belastungserhebung vorhandene Verzerrungen durch entsprechende Gewichtung auszuschalten. Das führte dazu, dass die in Tabelle 2 zusammengestellten Angaben der befragten Unternehmen über die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten für die Erhebungen der statistischen Ämter sich bei einer Vielzahl von Statistiken mehr oder weniger stark veränderten.

Meldeaufwand aller berichtspflichtigen Unternehmen bei 6,7 Mill. Stunden mit starker Streuung nach Größenklassen

Die Verknüpfung der gewichteten empirischen Befunde mit den Rahmendaten des Unternehmensregisters ergibt für die 528 500 Unternehmen, die im Jahr 2004 von den statistischen Erhebungen betroffen waren, einen Meldeaufwand von rund 6,7 Mill. Stunden (siehe Tabelle 3). Zwar ist der durchschnittliche Aufwand je meldepflichtigem Unternehmen mit jährlich 12,7 Stunden gering – das entspricht einem monatlichen Meldeaufwand von 64 Minuten –, aber die Verteilung nach Beschäftigtengrößenklassen und nach Wirtschaftsbereichen differiert sehr stark.

Tabelle 3: Meldepflichtige Unternehmen und ihr Meldeaufwand für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 nach Beschäftigtengrößenklassen

Größenklasse nach sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	Meldepflichtige Unternehmen		Meldeaufwand		Durchschnittlicher Aufwand je meldepflichtigem Unternehmen	
	Anzahl	%	1000 Stunden	%	Stunden	Index
Ohne Angabe	141 076	26,7	1 087,5	16,2	7,7	60,6
bis 9	220 845	41,8	1 353,1	20,2	6,1	48,0
10 bis 19	64 260	12,1	610,9	9,1	9,5	74,8
20 bis 49	55 554	10,5	1 267,8	18,9	22,8	179,5
50 bis 249	37 357	7,1	1 467,6	21,9	39,3	309,4
250 bis 499	5 056	1,0	382,7	5,7	75,7	596,1
500 und mehr	4 387	0,8	536,6	8,0	122,3	963,0
Insgesamt	528 535	100	6 706,2	100	12,7	100

Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) daraus.

Der Meldeaufwand der Kleinstunternehmen mit bis zu neun sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die mit fast 42 % aller berichtspflichtigen Unternehmen die größte Gruppe darstellen, macht mit beinahe 1,4

Mill. Stunden ein Fünftel des gesamten Zeitaufwandes für amtliche Statistiken aus. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit liegt bei 6,1 Stunden, was der Hälfte des gesamten durchschnittlichen Meldeaufwandes

entspricht. Bezieht man den Meldeaufwand auf die rund 707 000 Beschäftigten in den Kleinstunternehmen, erhält man einen Aufwand je Beschäftigten von 1,9 Stunden. Dieser Wert ist sechsmal größer als der Durchschnitt über alle meldepflichtigen Unternehmen.

Umgekehrt verhält es sich mit der Klasse der Großunternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten. Auf sie entfallen 0,8 % des gesamten Meldeaufwandes bei einer durchschnittlichen jährlichen Bearbeitungszeit je meldepflichtigem Unternehmen von 122,3 Stunden, also zehnmal so viel wie der jahresdurchschnittliche Meldeaufwand aller betroffenen Unternehmen. Der durchschnittliche Zeitaufwand für Statistikpflichten je Beschäftigten liegt hier bei 0,1 Stunden. Die erwähnten Ergebnisse aus Tabelle 3 bestätigen, dass das Argumentieren mit Durchschnitten bei Aussagen über die zeitliche Belastung durch amtliche Statistiken nur bedingt sinnvoll ist.

Meldeaufwand steigt in Abhängigkeit von der Zahl der zu bearbeitenden Statistiken

Der bei der Ermittlung des tatsächlichen Meldeaufwandes zugrunde gelegte Umfang der Meldepflichten der im Unternehmensregister enthaltenen Unternehmen macht es möglich, die aufgewendete Zeit nach der Zahl der Statistiken zu klassifizieren. Dann wird deutlich, dass ein Drittel des gesamten Meldeaufwandes im Jahr 2004 auf die knapp 375 000 Unternehmen entfiel, die von nur einer Statistik betroffen waren. Der durchschnittliche Zeitaufwand je meldepflichtigem Unternehmen lag hier bei 5,8 Stunden (siehe Tabelle 4).

Fasst man alle von bis zu drei Statistiken betroffenen Unternehmen zusammen – sie machen bereits knapp 90 % aller Berichtspflichtigen aus –, kommt man auf einen Anteil von fast 54 % am gesamten Meldeaufwand. Das führt zu einem durchschnittlichen Meldeaufwand je berichtspflichtigem Unternehmen von 7,7 Stunden. Von zehn und mehr Statistiken, für die 12,3 % der gesamten Bearbeitungszeit mit einer durchschnittlichen Stundenzahl von 141,3 je Berichtspflichtigem aufgewendet wurden, waren knapp 5 800 Unternehmen, also 1,1 % aller Meldepflichtigen

tangiert. Darunter sind 67 Unternehmen, die im Jahr 2004 zu 18 und mehr Erhebungen der statistischen Ämter melden mussten.

Elf Statistiken verursachen 81 % des gesamten Meldeaufwandes, die Hälfte davon entfällt auf die Intrahandelsstatistik

Eine Spezifizierung des im Jahr 2004 erbrachten Meldeaufwandes von 6,7 Mill. Stunden nach den einzelnen Statistiken liefert eine Information über die Betroffenheit der nach Beschäftigengrößenklassen gruppierten Unternehmen und über den dadurch verursachten Zeitaufwand. Es zeigt sich, dass der Meldeaufwand zwischen 415 Stunden bei der Düngemittelstatistik (Statistik 028) und knapp 2,8 Mill. Stunden bei der Intrahandelsstatistik (Statistik 290) liegt. Zum Zeitaufwand für die Düngemittelstatistik haben 67 Meldungen beigetragen, von denen jeweils elf aus den Größenklassen 20 bis 49 Beschäftigte und 500 und mehr Beschäftigte stammen. Der Zeitaufwand für die Intrahandelsstatistik erklärt sich durch 57 233 Meldungen, von denen die meisten auf die Kleinstunternehmen mit bis zu neun Beschäftigten zurückgehen, die Onlineverfahren nicht so stark nutzen wie größere Unternehmen.

Die Intrahandelsstatistik ist es, die von allen Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 – nicht nur in Deutschland ⁵⁾ – den höchsten zeitlichen Aufwand verursacht hat. Auf sie entfielen fast 42 % des gesamten Meldeaufwandes (siehe Schaubild 5), was einem jährlichen durchschnittlichen Aufwand von 49 Stunden entspricht. Der Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Statistik 001) war mit durchschnittlich 18 Stunden im Jahr für ein Neuntel des Zeitaufwandes verantwortlich, die gleiche zeitliche Belastung verursachten zusammengenommen der Monatsbericht Beherbergung im Reiseverkehr (Statistik 469) und die vierjährliche Arbeitskostenerhebung (Statistik 489). Elf Statistiken waren für 81 % des gesamten statistischen Meldeaufwandes im Jahr 2004 verantwortlich.

5) In Österreich entfielen im Jahr 2004 fast 59 % des gesamten Meldeaufwandes für STATISTIK AUSTRIA auf die Intrahandelsstatistik.

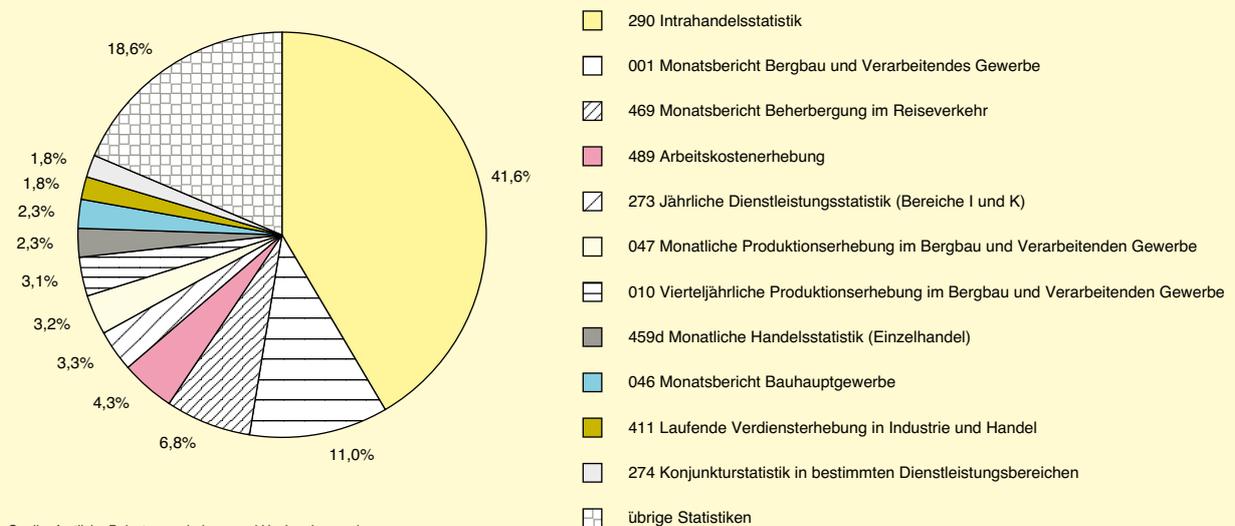
Tabelle 4: Meldepflichtige Unternehmen und ihr Meldeaufwand für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 nach Zahl der zu bearbeitenden Statistiken

Zahl der zu bearbeitenden Statistiken	Meldepflichtige Unternehmen		Meldeaufwand		Aufwand je meldepflichtigem Unternehmen	
	1000	%	1000 Stunden	%	Stunden	Index
1 Statistik	374,6	70,9	2 198,8	32,8	5,8	45,7
2 Statistiken	73,9	14,0	844,4	12,6	11,4	89,8
3 Statistiken	22,8	4,3	564,9	8,4	24,7	194,5
4 Statistiken	18,0	3,4	500,7	7,5	27,8	218,9
5 Statistiken	12,5	2,4	500,4	7,5	39,9	314,2
6 Statistiken	8,1	1,5	418,3	6,4	51,4	404,7
7 Statistiken	5,7	1,1	33,9	5,0	58,1	457,5
8 Statistiken	4,1	0,8	274,1	4,1	67,3	529,9
9 Statistiken	2,9	0,6	238,7	3,6	80,9	837,0
10 und mehr Statistiken	5,8	1,1	82,1	12,3	141,3	1 112,3
Insgesamt	528,4	100	6 706,2	100	12,7	100

Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Schaubild 5

Zeitaufwand für einzelne Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004



Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) daraus.

Statistisches Bundesamt 2006-01-01341

Verarbeitendes Gewerbe am stärksten von Statistiken belastet

Im Rahmen der Hochrechnung ist der Meldeaufwand der Unternehmen auch nach Wirtschaftsbereichen ermittelt worden. Zugrunde gelegt wurden die durch Einzelbuchstaben definierten Abschnitte der WZ 2003, die bereits bei der Auswertung des Unter-

nehmensregisters nach meldepflichtigen und nicht meldepflichtigen Berichtseinheiten Anwendung fanden (siehe Schaubild 2).

Die Ergebnisanalyse macht deutlich, dass der größte Meldeaufwand vom Verarbeitenden Gewerbe (Abschnitt D), vom Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Gebrauchsgütern“ (Abschnitt G)

und vom Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung; Dienstleistungen für Unternehmen“ (Abschnitt K) erbracht wird (siehe Tabelle 5). Die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten für die Erhebungen der statistischen Ämter liegen hier bei 35,4 Stunden, bei 19,8 Stunden und bei 5,8 Stunden. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes sind es

die Unternehmen der drei Unterabschnitte „Maschinenbau“, „Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen“ und „Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“, die mit einem Anteil von 45 % an allen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes gut 46 % des Meldeaufwandes von 2,6 Mill. Stunden erbringen.

Tabelle 5: Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 nach Wirtschaftsabschnitten ¹⁾

Wirtschaftszweig ¹⁾	Unternehmen	Meldeaufwand	Meldeaufwand je Unternehmen
	1 000	1 000 Stunden	Stunden
C Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	1,5	50,9	35,0
D Verarbeitendes Gewerbe	73,7	2 611,1	35,4
E Energie- und Wasserversorgung	3,2	105,5	32,6
F Baugewerbe	113,1	528,3	4,7
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Gebrauchsgütern	89,1	1 759,6	19,8
H Gastgewerbe	60,1	531,1	8,8
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	37,5	170,7	4,6
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	2,6	35,1	13,6
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung; Dienstleistungen für Unternehmen	131,6	767,7	5,8
L Öffentliche Verwaltung	2,3	20,0	8,8
M Erziehung und Unterricht	0,3	4,9	17,4
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2,3	33,5	14,3
O Sonstige öffentliche und private Dienstleistungen	11,3	69,8	6,2

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) daraus.

3.2.4 Ansatzpunkte zur Entlastung von statistischen Meldepflichten

In der amtlichen Belastungserhebung ist in zwei „offenen Fragen“ auch nach „Schwierigkeiten bei der Beantwortung“ und nach „Anregungen zur Verbesserung oder Erleichterung der Erhebungen“ gefragt worden. Obwohl nur knapp ein Fünftel aller Belastungsbogen verbale Antworten enthielt, ist der mit der Erhebung gewonnene Fundus an Informationen beachtlich: Von fast 12 900 Befragten liegen insgesamt rund 18 800 Anmerkungen vor.

Klassifizierung der von den Unternehmen genannten Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge

Die Anmerkungen wurden nach einem vom DIW Berlin entwickelten Codierungsschema acht Hauptgruppen zugeordnet, durch die der Inhalt der Antworten abgedeckt werden konnte. Die als Kritik gewerteten Kommentare wurden als „allgemeine Kritik“, „terminliche/technische Probleme“ und „begriffliche/inhaltliche Probleme“ differenziert, die als Vorschläge eingestuft Aussagen unter den Stichworten „unspezifische Vorschläge“, „allgemeine Verfahrensvorschläge“, „er-

hebungstechnische Vorschläge“ sowie „Vorschläge zu den Befragungsinhalten“ eingeordnet. Alle anderen Bemerkungen und Hinweise wurden in der achten Hauptgruppe registriert.

Zur Herausarbeitung der konkreten Kritikpunkte und der Änderungsvorschläge zur Gestaltung der Inhalte der Statistiken sind die Hauptgruppen des Codierungsschemas nach Gruppen weiter unterteilt worden. Aufgenommen wurden Einzelcodes für die Gruppe „geforderte Angaben im betrieblichen Berichtssystem so nicht erfasst“ und für die Gruppe „einzelne Sachverhalte werden in zu tiefer Differenzierung erfragt“, jeweils differenziert danach, ob der Fragebogen konkrete Beispiele enthält oder nicht und wie die Befragten mit der für sie nicht erfüllbaren Berichtspflicht umgehen („Daten werden geschätzt“). Die Darstellung wird ergänzt um die damit spiegelbildlich verbundenen Vorschläge zur Änderung der Erhebungsinhalte.

Größere Schwierigkeiten bei komplexen Statistiken

Probleme damit, die erfragten Sachverhalte oder zumindest wichtige einzelne Tatbestände dem betrieblichen Berichtssystem direkt zu entnehmen, häufen sich erwartungsgemäß vor allem bei den statistischen Erhebungen, deren Fragenprogramm besonders umfangreich und komplex ist. Im Mittel über alle Statistiken sind die Anteilswerte der hier betrachteten Gruppen mit 11 % vergleichsweise niedrig. Dabei ist der Anteil der Anmerkungen mit Beispielen mit 8,1 % deutlich höher als jener der allgemein gehaltenen Aussagen (2,9 %).

Besonders große Probleme, die geforderten Daten dem betrieblichen Rechnungswesen zu entnehmen, ergeben sich den Anmerkungen zufolge bei Umweltstatistiken, insbesondere bei der für das Produzierende Gewerbe (Statistik 525) mit 20 %, der jährlichen Handelsstatistik (Statistik 460) mit 25 %, bei den Kostenstrukturerhebungen (Statistik 013: 23,9 %; Statistik 056: 19,8 %; Statistik 271: 19,1 %) und vor allem bei der Arbeitskostenerhebung (Statistik 489), bei der nahezu jede zweite Anmerkung dieses Problem betrifft. Letztere führt die Rangfolge der mit Beispielen unterlegten Kritikpunkte an, gefolgt

von der Statistik zur Energieverwendung und den Handelsstatistiken.

Ein ähnliches Bild – im Mittel wie bei der Verteilung über die einzelnen Statistiken – zeigt sich bei der Kritik an einzelnen Sachverhalten. Neben der generellen Kritik an der „wirklichkeitsfremden“ Abfrage von Unternehmensdaten gibt es eine ganze Reihe von Hinweisen auf einzelne Sachverhalte, die in der geforderten Differenzierung im Unternehmen bzw. Betrieb nicht oder nicht mehr erfasst werden. Derartige, mit Beispielen belegte Kritikpunkte häufen sich wiederum bei den Strukturerhebungen, insbesondere bei der unter den Kleinst- und Kleinunternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (Statistik 013K), bei den Handelsstatistiken und der Statistik der Energieverwendung (Statistik 060).

Wichtige Kritikpunkte und am meisten genannte Entlastungsvorschläge

Fasst man die umfangreichen quantitativen Aussagen der Teilnehmer der amtlichen Belastungserhebung zusammen, zeigen die Antworten auf die Frage nach Schwierigkeiten mit jeweils einer speziellen Statistik ein breites Spektrum von Tatbeständen, die als mehr oder weniger große Probleme wahrgenommen werden. Zugleich gibt es eine ganze Reihe von Vorschlägen, wie diese Probleme behoben oder zumindest verringert werden können. Dabei haben sich Fragen der terminlichen wie begrifflichen Abstimmung zwischen den verschiedenen Statistiken, die Häufung der Auskunftspflichten bei einem relativ kleinen Kreis von Unternehmen sowie die Überforderung der Berichtssysteme vor allem kleinerer Unternehmen durch sehr differenzierte Datenanforderungen als Kritikschwerpunkte herausgestellt.

Um die Beanspruchung zu verringern, wird die verstärkte Nutzung anderer Datenquellen, insbesondere solcher der Verwaltung, die Straffung des Erhebungsprogramms sowie eine Anpassung der Begrifflichkeiten an die betrieblichen Informationssysteme gefordert. Welche Bedeutung der Kritik und den Empfehlungen zukommt, mag im Einzelfall ohne Detailkenntnis schwer einzuschätzen sein. Die hier dokumentierte Häufung bestimmter Kritikpunkte sollte

aber in jedem Fall zum Anlass genommen werden, nach Abhilfe zu suchen.

Soweit es sich um Probleme praktischer Abläufe wie die Handhabung von Terminen oder die Vermeidung von Häufungen der Auskunftspflichten handelt, zum Beispiel durch die Einrichtung eines zentralen Datenpools, sind die statistischen Ämter Adressat dieser Aufforderung. Damit sollen ihre permanenten Bemühungen um Entlastung der Befragten nicht ignoriert werden, zumal diese ja auch von den Auskunftspflichtigen anerkannt werden. Gleichwohl scheinen im Detail weitere Verbesserungen erforderlich und möglich zu sein. Eine benutzerfreundliche Gestaltung der Fragebogen oder der weitere Ausbau elektronischer Meldewege sind Beispiele dafür.

Schwieriger scheint es schon, die von den Befragten geforderte Straffung des Erhebungsprogramms der amtlichen Statistik oder eine an der Unternehmenswirklichkeit orientierte Begrifflichkeit bei einzelnen Befragungen zu erreichen. Hier sind die Interessen unterschiedlicher Nutzerkreise betroffen, die erfahrungsgemäß für eine Verringerung des Angebots an den von ihnen mehr oder weniger dringend benötigten Informationen nur schwer zu gewinnen sind. Hier sind letztlich Einsicht und Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaftsverbänden und dem Gesetzgeber als den Hauptnutzern der Daten gefordert.

3.3 Auswertung der Unternehmensbefragung und der Interviews des DIW Berlin

3.3.1 Messlatte zur Einordnung der Belastung durch amtliche Statistiken in eine Gesamtbelastung durch bürokratische Informationspflichten

Zur Gewinnung von Informationen über die Belastung der Unternehmen durch nicht amtliche Statistiken, über das Verhältnis des Aufwandes für amtliche Statistiken zu dem für andere Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung sowie über den Nutzen der amtlichen Statistik hat das DIW Berlin im Anschluss an die amtliche Belastungserhebung eine weitere schriftliche Befragung durchgeführt; diese richtete sich an Unternehmen, die sich bei der amtlichen Erhebung mit einer ergänzenden Befragung durch das

DIW Berlin einverstanden erklärt hatten. Außerdem wurden 31 Interviews bei ausgewählten Unternehmen und Verbänden geführt.

Definition und Abgrenzung von Informationspflichten

Die Informationsgewinnung durch die zusätzliche Befragung setzte eine Begriffsklärung voraus, die komplizierter war, als es auf den ersten Blick schien. So musste der im Fragebogen enthaltene Themenkomplex „statistische Meldungen“ definiert und von den amtlichen Statistiken abgegrenzt werden; ebenso war der Themenkomplex „Beanspruchung der Unternehmen durch andere Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung“ einzugrenzen.

Für den ersten Fragenkomplex wurde eine pragmatische Lösung gewählt, indem bei der Frage nach den Urhebern und der Zahl der Anfragen einige Institutionen vorgegeben wurden, die erfahrungsgemäß statistische Meldungen anfordern oder erbitten. Durch die Berücksichtigung der Auskünfte ohne rechtliche Verpflichtungen sollte ein Überblick über die von den Unternehmen freiwillig erbrachten statistischen Meldungen gewonnen werden.

Für den zweiten Fragenkomplex über den Umfang der Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung, definiert durch Leistungen zur Einhaltung von gesetzlichen Melde- oder Informationspflichten, wurde fragetechnisch eine Mischform gewählt. Eine prinzipiell „offene Frage“ wurde mit Teilvorgaben für jene Bereiche (Personalwesen, Steuer- und Rechnungswesen, Produktion und Leistungserstellung) kombiniert, bei denen den Unternehmen traditionsgemäß ein hoher Berichts- und Aufzeichnungsaufwand entsteht. Damit stellt die Differenzierung der Themen im DIW-Fragebogen einen Kompromiss zwischen der wünschenswerten Genauigkeit der Abfrage und der Zumutbarkeit für die befragten Unternehmen dar.

Geringe Beteiligung der auskunftsbereiten Unternehmen

Die Bereitschaft der an der amtlichen Belastungserhebung beteiligten Unternehmen, für eine zu-

sätzliche Befragung durch das DIW Berlin zur Verfügung zu stehen, war geringer als erwartet. Von den knapp 5 000 auskunftswilligen Berichtseinheiten, von denen nach Bereinigung auf Unternehmensbasis rund 4 500 Einheiten übrig blieben, haben 1 031 den Fragebogen ausgefüllt: Das entspricht einer Rücklaufquote von 23,3 %. Diese für ein Sample aus prinzipiell auskunftswilligen Teilnehmern geringe Zahl von Antworten erklärt sich wohl vor allem dadurch, dass die Bereitschaft in Unkenntnis des doch relativ zeitaufwändigen DIW-Fragenkatalogs erklärt worden war.

Nach der Prüfung der Fragebogen auf Vollständigkeit und Stimmigkeit der Antworten konnten schließlich 959 Bogen als verwertbar und beim zentralen Thema, dem Zeitaufwand für verschiedene Meldepflichten, als plausibel eingestuft werden. Damit hat das Antwortsample absolut genommen wie auch im Vergleich zu anderen Untersuchungen einen durchaus akzeptablen Umfang, obwohl tief gegliederten Analysen relativ enge Grenzen gesetzt sind.

Darüber hinaus weist das Sample eine Verzerrung auf, weil die Beschränkung auf die auskunftswilligen Unternehmen der amtlichen Belastungserhebung einen mehrstufigen Selektionsprozess impliziert; als Resultat sind größere Unternehmen und solche mit etwas überdurchschnittlichem Meldeaufwand überrepräsentiert. Dieses Übergewicht hält sich nach Auffassung des DIW Berlin zwar in vertretbaren Grenzen, jedoch ist nicht auszuschließen, dass die Verzerrung Rückwir-

kungen auf den Umfang und den Zeitaufwand der anderen Berichtspflichten hat. Die Ergebnisse dürften insofern über dem Durchschnitt der Gesamtheit aller betroffenen Unternehmen liegen.

3.3.2 Ergebnisse der zusätzlichen DIW-Befragung

Für die Unternehmen, die im Jahr 2004 zur amtlichen Statistik meldepflichtig waren, konnte durch die DIW-Befragung auch der Zeitaufwand ermittelt werden, den sie für die Beantwortung der Anfragen erbringen müssen, die von anderen Stellen als den statistischen Ämtern an sie gerichtet werden.

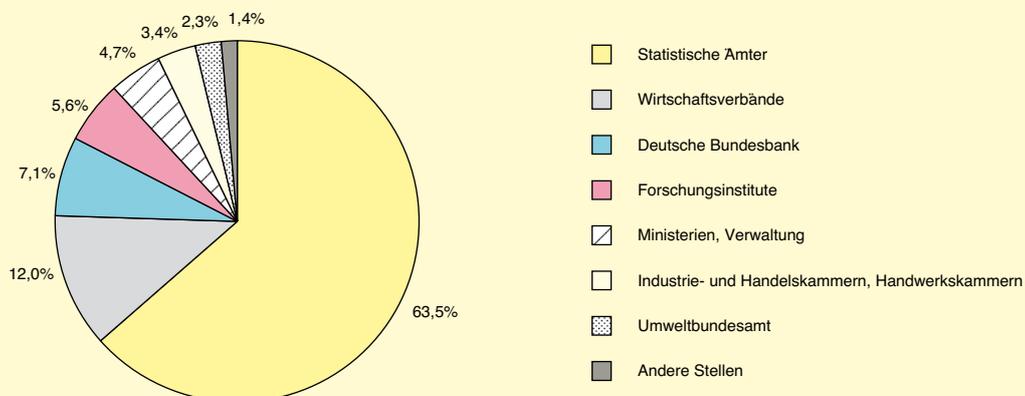
Zwei Drittel der gelieferten statistischen Informationen entfallen auf amtliche Statistiken

Bei den statistischen Anfragen im engeren Sinn überwiegen die Meldungen an die statistischen Ämter, knapp zwei Drittel des Bearbeitungsaufwandes der Unternehmen entfällt auf sie (siehe Schaubild 6). Hinzu kommen statistische Meldepflichten an die Deutsche Bundesbank ⁶⁾, soweit aus den Antworten ersichtlich, gemäß dem Außenwirtschaftsgesetz. Bei den anderen Meldungen dominieren die Anforderungen der Wirtschaftsverbände. Sie und die

⁶⁾ Die Meldungen an die Deutsche Bundesbank werden bei anderer als der hier verwendeten Abgrenzung häufig auch zur amtlichen Statistik gezählt.

Schaubild 6

Von den zur amtlichen Statistik meldepflichtigen Unternehmen ¹⁾ gelieferte statistische Informationen im Jahr 2004 nach Empfängern und Zeitaufwand für die Bearbeitung
Anteil am gesamten Bearbeitungsaufwand



Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) daraus.
1) 959 Unternehmen mit einem Berichtsaufwand von 50 900 Stunden.

Kammern beanspruchen zusammen 15,4 % der Arbeitszeit, die von den Unternehmen für statistische Meldungen aufgebracht werden muss. Allerdings handelt es sich bei diesen Meldungen überwiegend um freiwillig erteilte Auskünfte.

Freiwillig ist auch die Beantwortung der Auskunftserhebungen von Forschungsinstituten, auf die 5,6 % des Bearbeitungsaufwandes entfällt. Nicht genau klären ließ sich der Status von Meldungen, die den Angaben der Befragten zufolge von den verschiedenen Ministerien und Verwaltungsstellen angefordert werden. In der Gesamtbetrachtung vergleichsweise unbedeutend sind die übrigen Institutionen, von denen nur die Meldungen an das Umweltbundesamt mit 2,3 % der insgesamt erforderlichen Bearbeitungszeit einen nennenswerten Aufwand verursachten. Dabei liegt es offenbar an der Zusammensetzung des Samples, dass beispielsweise Meldepflichten gegenüber dem Kraftfahrt-Bundesamt oder dem Bundesamt für Güterverkehr nur selten genannt wurden.

Zeitaufwand für andere Informationspflichten zehnmal höher als für die amtliche Statistik

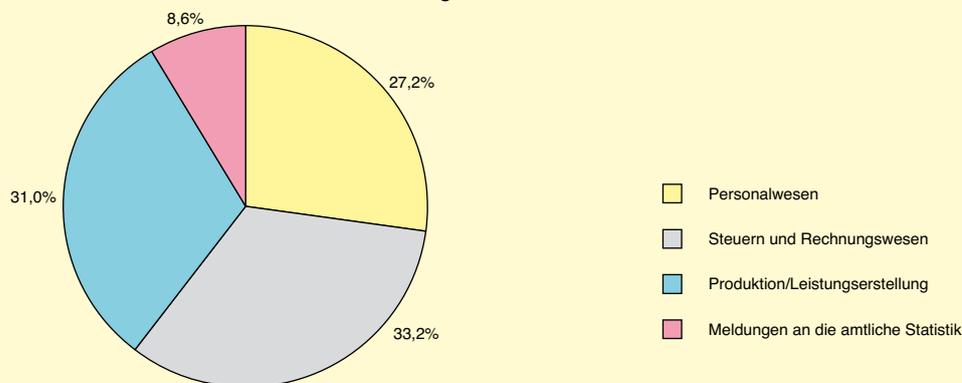
Bei der Ermittlung des Zeitaufwandes für die Beanspruchung der Unternehmen durch andere Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung wurde der Fokus auf gesetzliche Melde- und Informationspflichten im

Zusammenhang mit bestimmten Tätigkeitsfeldern der Berichtseinheiten gelegt. Dies steht im Einklang mit der Begrifflichkeit des in den Niederlanden konzipierten Standardkosten-Modells, das die Bundesregierung zum Vorbild für ihre Vorgehensweise beim Bürokratieabbau nehmen will. Jedoch wurden in die DIW-Befragung zum Teil auch Melde- und Informationspflichten einbezogen, die der Kontrolle der Unternehmensaktivitäten dienen (z.B. Einhaltung von Umweltschutzauflagen, Zollbestimmungen, Arbeitsschutzauflagen).

Ziel der Befragung war es nicht, den Zeitaufwand der zur amtlichen Statistik meldenden Unternehmen für einzelne Berichtspflichten präzise zu erfassen, sondern Größenordnungen für Vergleichszwecke zu ermitteln. So lassen die Befragungsergebnisse erkennen, dass Aufzeichnung und Weitergabe von Informationen oder auch das Ausstellen von Bescheinigungen im Zusammenhang mit Personalwesen, Steuer- und Rechnungswesen sowie Produktion und Leistungserstellung in der Summe der Unternehmen mit rund 27 bis 33 % des gesamten Zeitaufwandes annähernd gleich große Belastungen darstellen (siehe Schaubild 7). Im Vergleich dazu ist der Aufwand für die Pflichtmeldungen zur amtlichen Statistik gering. Nur knapp 9 % des Zeitaufwandes für bürokratische Informationspflichten ist durch die Anforderungen der amtlichen Statistik verursacht.

Schaubild 7

Zeitaufwand der zur amtlichen Statistik meldepflichtigen Unternehmen¹⁾ für die Berichtspflichtigen im Jahr 2004: Meldungen, Bescheinigungen oder Aufzeichnungen in ausgewählten Tätigkeitsbereichen
Anteil am gesamten Berichtsaufwand



Quelle: Amtliche Belastuserhebung und Hochrechnung des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) daraus.
1) 959 Unternehmen mit einem Berichtsaufwand von 376 000 Stunden.

Statistisches Bundesamt 2006-01-01343

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass die den Berechnungen zugrunde liegende Grundgesamtheit nur die rund 15 % der Unternehmen in Deutschland umfasst, die im Jahr 2004 zu den Erhebungen der statistischen Ämter herangezogen wurden. Über die Inanspruchnahme der übrigen Unternehmen durch Melde- und Informationspflichten außerhalb der amtlichen Statistik ist genau genommen keine Aussage möglich. Es darf jedoch angenommen werden, dass diese Unternehmen, die überwiegend Kleinst- und Kleinunternehmen sind, im Durchschnitt einen geringeren Zeitaufwand für nicht amtliche Statistiken und wohl kaum einen höheren für andere Melde- und Informationspflichten erbringen müssen als der hier untersuchte Kreis. Insgesamt betrachtet verringert die Berücksichtigung dieses Sachverhaltes dennoch nochmals den Anteil, den die amtliche Statistik an „Bürokratielasten“ hat.

3.3.3 Nutzen amtlicher Statistik

Im Rahmen der ergänzenden Unternehmensbefragung des DIW Berlin und bei den Interviews wurde auch nach der Nutzung und dem Nutzen von Daten der amtlichen Statistik gefragt. Es zeigte sich, dass knapp 30 % der rund 1 000 befragten Unternehmen Informationen der statistischen Ämter, aber in gleichem Umfang auch Statistiken der Kammern und anderer Stellen nutzen. Berichte von Forschungsinstituten werden etwas stärker genutzt, und die Statistiken der Verbände finden bei 45 % der Unternehmen Verwendung. Bemerkenswert ist der hohe Prozentsatz von Unternehmen, die „keine Datennutzung“ angegeben haben; dieser liegt bei allen Informationsquellen – mit Ausnahme der Verbandsstatistiken – in der Größenordnung von 70 %.

Wirtschaft als wichtiger Nutzer amtlicher Statistik

Die Aussagen zum Nutzen amtlicher Statistiken für die Wirtschaft, die aufgrund der eigenen Nutzerbefragung sehr begrenzt sind, lassen sich durch den Rückgriff auf die Ergebnisse breiter angelegter Nutzerumfragen erweitern. So haben die vom Statistischen Bundesamt und von der Deutschen Bundesbank bei ausgewählten Nutzern Anfang 2005 durchgeführten freiwilligen Erhebungen, die für das Datenmodul eines Berichtes über Deutschland des Internationalen Währungsfonds

(IWF) bestimmt waren, bestätigt, dass der Verwendungszweck statistischer Daten über ihren Nutzen entscheidet.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass die Wirtschaft – repräsentiert durch Unternehmen, Banken, Verbände und Gewerkschaften – die meisten Daten der amtlichen Statistik für kurzfristige Entscheidungen und für längerfristige politische Ziele verwendet. Aber auch für ökonometrische Modelle und für Prognosen werden die amtlichen Datensätze herangezogen. Dabei interessieren vorrangig Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, den Zahlungsbilanzstatistiken, den Außenhandels- sowie den Produktions- und Preisstatistiken.

Nutzen bei Kleinunternehmen stärker verdeutlichen

Die bei ausgewählten Unternehmen und Verbänden geführten Interviews und Gespräche haben gezeigt, dass die amtliche Statistik für größere Unternehmen zwar unmittelbar wichtig ist, dass ihr mittelbarer Nutzen durch den starken Rückgriff der Unternehmen auf Forschungsberichte und andere Expertisen aber noch größer ist. Kleinen Unternehmen ist der Nutzen von Statistiken, zu denen sie selbst beitragen, oft überhaupt nicht bewusst, sodass diese selten darauf zurückgreifen. Hier sind die statistischen Ämter gefordert, den befragten Unternehmen den Nutzen und den Wert von Erhebungen zu verdeutlichen, um das vorhandene Nutzenpotenzial auszuschöpfen. „Nicht immer nur Paragraphen zum Fragebogen nennen, sondern auch mal Hinweise geben, was mit unseren Angaben geschieht“, lautete oft der Tenor der interviewten Kleinunternehmen.

Andererseits muss die Wirtschaft stärker ihren eigentlichen Nutzerbedarf artikulieren, damit die knappen Ressourcen der amtlichen Statistik effizient eingesetzt werden können. Das setzt voraus, dass der Kontakt zwischen den statistischen Ämtern auf der einen Seite und den Unternehmen als den Auskunftgebenden und gleichzeitig potenziellen Nutzern auf der anderen Seite intensiviert wird. Dabei gilt es auch, die Aufwand-Nutzen-Relation, die vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in einem Thesenpapier „sowohl von den Meldern als auch von den Verwendern statistischer Daten nicht als ausgewogen

empfunden wird“, bei den amtlichen Statistiken ins Gleichgewicht zu bringen.

Einseitige Kosten- und Belastungsdiskussion durch Nutzenüberlegungen ergänzen

Nicht nur für die Wirtschaft, auch für Politik, Gesellschaft und Wissenschaft ist die amtliche Statistik unverzichtbar, obwohl ihr Nutzen von den verschiedenen Anwendergruppen nicht immer so eingeschätzt wird. Anhand von Beispielen wird gezeigt, welche Bedeutung die amtliche Statistik für die nationale Politik, aber auch für die Gemeinschaftspolitik der Europäischen Union hat, und was sein würde, wenn es bestimmte Statistiken nicht (mehr) gäbe. Die politischen Verantwortlichen werden aufgefordert, ihr Verständnis von amtlicher Statistik als primär bürokratischer, obrigkeitlicher Aktivität aufzugeben mit der Folge einer Unterstützung anstatt einer weiteren Beschneidung. Die teilweise einseitige Sichtweise auf Kosten und Belastung muss durch eine Berücksichtigung der Nutzenseite ergänzt werden.

Gemeinsam mit den statistischen Ämtern sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, wie die deutsche amtliche Statistik das Nebeneinander von europäischen und nationalen Interessen bei der starken Stellung der Europäischen Union und der Europäischen Zentralbank („Europe first“) bewältigen kann. Das ist deshalb so wichtig, weil schon heute fast zwei Drittel der Wirtschaftsstatistik in Deutschland auf Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Union zurückgehen. Und als Folge des Lissabon-Prozesses ist eher mit einer Zunahme von statistischen Indikatoren zur politischen Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung zu rechnen als mit einem Abbau der europäischen Statistikanforderungen.

Flexibilisierung der Rechtsgrundlagen der amtlichen Statistik notwendig

Darüber hinaus ist die Politik aufgerufen, im nationalen Rahmen für eine Flexibilisierung der Rechtsgrundlagen zu sorgen, um eine schnelle Reaktion der statistischen Ämter auf akut auftretende Fragen sicherzustellen. Diese sind oft Folge gesellschaftlicher Veränderungen, für deren Akzeptanz in der Bevölkerung die Medien, aber auch die politischen

Mandatsträger Verantwortung tragen. Hierzu ist es erforderlich, der Gesellschaft die Bedeutung von amtlichen Statistiken als öffentliches Gut stärker bewusst zu machen.

Die Wissenschaft wird aufgefordert, die teilweise immer noch vorhandene Kommunikationsbarriere zwischen ihren Datennutzern und den statistischen Ämtern als den Datenproduzenten zu überwinden. Es ist zu hoffen, dass die Bestrebungen des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten zur besseren Kooperation zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik weitere Erfolge zeigen und dass die Weiterführung der Forschungsdatenzentren, für die plädiert wird, mit einem noch umfangreicheren, kostenfreien Datenangebot zu einer stärkeren Anerkennung des Nutzens amtlicher Statistiken führt.

4. Die amtliche Statistik in aktuellen Untersuchungen zum Thema „Bürokratielasten“

Eine überblicksartige Analyse der vorliegenden Untersuchungen zur Bürokratiebelastung zeigt, dass Meldepflichten zur amtlichen Statistik nur als eines von vielen Elementen „bürokratischer Lasten“ betrachtet werden. Die Studien beschränken sich oft auf einzelne Bereiche der Wirtschaft, ihre empirische Basis ist teilweise schwach, und die Befunde müssen wegen des Zeitablaufs als veraltet gelten. Eine Ausnahme bilden die jüngsten Untersuchungen des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn (IfM).

Die viel zitierte IfM-Untersuchung „Bürokratiekosten kleiner und mittlerer Unternehmen“ aus dem Jahr 2003 hatte das Ziel, die auf die Wirtschaft „überwältigten Bürokratiekosten“ zu quantifizieren. Dies wurde auf der Grundlage einer schriftlichen Befragung von 1 220 Unternehmen verschiedener Wirtschaftszweige vorgenommen.

Bedeutung der Statistikbelastung im Rahmen von Bürokratielasten gering

In der Studie wurde neben „Bürokratiefeldern“ (Ermittlung und Abführung von Steuern, Sozialversicherung, Arbeitsrecht/-schutz, Umweltschutz) auch nach statistischen Auskunftsbegehren verschiedener

Institutionen gefragt (Bundesbehörden, Landes- und Kommunalbehörden, Berufsgenossenschaften, Kammern und Verbände, andere) und jeweils die Angabe der Zahl der jährlich abzugebenden Meldungen erbeten. Für die einzelnen Felder sollte zudem auf einer Skala von 1 bis 5 eine Bewertung der Schwere der Belastung durch die befragten Unternehmen vorgenommen werden.

Eine pauschale Schätzung des Zeitaufwandes für „bürokratiebedingte Pflichten“ und der Gesamtkosten sowie eine Aufteilung der Kosten auf die verschiedenen Bürokratiefelder rundete die geforderten Angaben ab. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass insbesondere die „Statistik“ von den Unternehmen als sehr belastend empfunden wird, dass sie aber im Gesamtgefüge des Zeit- und Kostenaufwandes für die verschiedenen „Bürokratielasten“ eine vergleichsweise geringe Bedeutung hat.

Vom DIW Berlin ermittelter geringer Meldeaufwand für amtliche Statistiken durch andere Studien bestätigt

Die Folgeuntersuchung des IfM zur „Ermittlung bürokratischer Kostenbelastungen in ausgewählten Bereichen“ aus dem Jahr 2005 geht grundsätzlich anders vor als die Vorgängerstudie. Sie konzentriert sich auf die Messung des Zeitaufwandes ausgewählter Aktivitäten in den Unternehmen, darunter auch für die Bearbeitung ausgewählter Statistiken (Verdienststatistiken und Intrahandelsstatistik) mit REFA-Methoden. In Anbetracht des aufwändigen Messverfahrens mit dem Stoppuhr-Modell war dies nur mittels Fallstudien möglich, hat aber zu zuverlässigen individuellen Beobachtungen geführt. Die Untersuchungsergebnisse bestätigen für die ausgewählten amtlichen Statistiken im Wesentlichen den in der DIW-Belastungsstudie dafür ermittelten zeitlichen Meldeaufwand.

Die überblicksartige Auswertung der anderen Bürokratiekosten-Studien zeigt, dass die Bürokratiebelastung allgemein mit zunehmender Unternehmens- und Betriebsgröße steigt, die Belastung pro Kopf der Beschäftigten (oder im Verhältnis zum Umsatz) aber abnimmt. Der Anteil der Statistik an der gesamten Bürokratiebelastung variiert stark, was wegen der sehr unterschiedlichen Abgrenzung nicht überrascht. Von

Bedeutung ist auch, ob der Anteil der auf die Statistik entfallenden Belastung anhand des zeitlichen Aufwandes oder anhand des kostenmäßigen Aufwandes berechnet wird. Der Statistikanteil am Zeitaufwand ist höher als derjenige am Kostenaufwand, weil für die Bearbeitung von statistischen Anfragen typischerweise eigenes Personal eingesetzt wird; dieses ist kostengünstiger als die Beauftragung externer Stellen, wie es im Steuer- und Abgabenwesen häufiger der Fall ist. Trotz aller methodischen Unterschiede liegt der Anteil der Statistik an der Bürokratiebelastung grundsätzlich in allen Studien unter 12 %. Dieses Ergebnis, das keinen Unterschied zwischen amtlichen und nicht amtlichen Statistiken macht, deckt sich mit den in der DIW-Belastungsuntersuchung gemachten quantitativen Aussagen über den Meldeaufwand für statistische Erhebungen.

5 Zusammenfassung und Folgerungen

5.1 Betroffenheit durch die amtliche Statistik und Zeitaufwand der meldepflichtigen Unternehmen dafür gering

Die Auswertung des Unternehmensregisters der statistischen Ämter hat gezeigt, dass nur ein kleiner Teil der Unternehmen in Deutschland zu Meldungen an die amtliche Statistik verpflichtet ist. Knapp 85 % aller Unternehmen waren im Jahr 2004 von keiner Erhebung der statistischen Ämter betroffen. Für die Beurteilung des mit den Meldepflichten verbundenen Aufwandes ist allerdings nicht die Zahl der betroffenen Unternehmen entscheidend, sondern der Zeitaufwand zur Bearbeitung der Meldungen und die daraus resultierenden Kosten.

Die Hochrechnung auf der Grundlage der Zeitangaben für 74 Statistiken von fast 75 000 Unternehmen in der amtlichen Belastungserhebung hat ergeben, dass die knapp 530 000 meldepflichtigen Unternehmen im Jahr 2004 für die Meldungen zur amtlichen Statistik rund 6,7 Mill. Arbeitsstunden aufbringen mussten. Damit ist der Aufwand je Unternehmen mit jährlich 12,7 Stunden gering, seine Verteilung nach Größenklassen der Unternehmen und nach Wirtschaftsbereichen differiert aber stark. So errechnet sich für die Kleinstunternehmen mit bis zu neun Beschäftigten, die mit fast 42

% aller berichtspflichtigen Unternehmen die größte Gruppe darstellen, ein durchschnittlicher jährlicher Meldeaufwand von 6,1 Stunden, während auf die Großunternehmen mit 250 bis 499 Beschäftigten bzw. mit 500 und mehr Beschäftigten eine durchschnittliche Bearbeitungszeit von 75,7 bzw. 122,3 Stunden für die Erhebungen der statistischen Ämter entfällt.

Statistik-Belastungsquotienten gering

Die Ergebnisse bestätigen, dass das Argumentieren mit Durchschnitten über die zeitliche Belastung durch amtliche Statistiken nur bedingt sinnvoll ist. Setzt man den gesamten Meldeaufwand in Höhe von 6,7 Mill. Stunden zu den von den 34,6 Mill. beschäftigten Arbeitnehmern geleisteten 47,1 Mrd. Stunden in Beziehung, erhält man einen so genannten Statistik-Belastungsquotienten von 0,014 %. Nimmt man als Bezugsgröße für den Belastungskoeffizienten das Arbeitsvolumen der in den meldepflichtigen Unternehmen mit Verwaltungstätigkeiten befassten abhängig Beschäftigten und Selbstständigen, kommt man auf einen Statistikanteil am Zeitaufwand für Verwaltung von 0,15%. Diese Ergebnisse stehen im Gegensatz zu der weit verbreiteten Meinung, dass die Meldepflichten zur amtlichen Statistik die Wirtschaft stark belasten.

5.2 Kostenbelastung der Unternehmen durch amtliche Statistik bei 230 Mill. Euro

Viele der vorliegenden Untersuchungen basieren auf Ergebnissen von Befragungen, bei denen die Unternehmen und Betriebe nach ihrer Einschätzung über den durch Informationspflichten verursachten Zeitaufwand gefragt wurden. Dies trifft nicht nur für den Zeitaufwand zu, sondern gilt auch für die mit dem Meldeaufwand verbundenen Kosten. Diese sind für den Bereich der Statistik vom Institut für Mittelstandsforschung Bonn für das Jahr 2003 mit 4,31 Mrd. Euro angegeben worden. In der jüngsten IfM-Studie aus dem Jahr 2005 wurden – ausgehend von vor Ort mit der Stoppuhr gemessenen Zeitaufwendungen – die Kosten für die Verdiensterhebungen auf 1,9 Mill. Euro und die Kosten für die Intrahandelsstatistik auf 39,2 Mill. Euro geschätzt.

Zu davon abweichenden Ergebnissen gelangt man, wenn man den im Rahmen der DIW-Belastungsuntersuchung ermittelten Zeitaufwand von 6,7 Mill. Stunden in Euro ausdrückt. Für diese Schätzung des Kostenaufwandes wurde der für zehn Wirtschaftsbereiche ermittelte Meldeaufwand herangezogen und mit den Stundensätzen aus der Arbeitskostenerhebung bzw. mit den Lohnkosten je Arbeitnehmerstunde aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen multipliziert. Zuvor wurden die sektoralen Arbeitskosten je Stunde um einen Gemeinkostenzuschlag von 33 % erhöht. Die Berechnung ergibt einen Betrag von 230 Mill. Euro, der von den Unternehmen für die von den statistischen Ämtern im Jahr 2004 durchgeführten Erhebungen aufgewendet werden musste. Dem Leser bleibt es überlassen, einen höheren als den hier verwendeten durchschnittlichen Arbeitskostensatz von 34,33 Euro zugrunde zu legen, wenn er andere Vorstellungen über die Lohnkosten je Arbeitsstunde für statistische Belange hat.

5.3 Folgerungen

Zur Einordnung der Ergebnisse der amtlichen Belastungserhebung wurden ausgewählte Teilnehmer dieser Erhebung um Angaben zu ihrem Zeitaufwand für die Bearbeitung nicht amtlicher Statistiken sowie anderer Berichtspflichten gebeten, die im Zuge ihrer Unternehmenstätigkeiten anfallen. Dabei hat sich zweierlei gezeigt: Bei den statistischen Meldungen im engeren Sinn dominiert der Aufwand für die Datenanforderungen der amtlichen Statistik. Ein deutlich anderes Bild ergibt sich, wenn man andere Melde- und Aufzeichnungspflichten einbezieht. Der Aufwand für die amtliche Statistik liegt dann in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung bei deutlich unter 10 % des gesamten Meldeaufwandes. Daraus folgt: Nicht an der amtlichen Statistik sparen, sondern mit der amtlichen Statistik sparen.

Die Befunde der ergänzenden DIW-Unternehmensbefragung und der Interviews unterstreichen das Ergebnis der Analyse der amtlichen Belastungserhebung: Die amtliche Statistik ist in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung nicht der große Belastungsfaktor, als der sie in der öffentlichen Diskussion oft dargestellt

wird. Ein schneller, breit spürbarer Erfolg im Kampf gegen „Bürokratielasten“ wäre also auch mit einer drastischen Reduzierung der statistischen Meldepflichten nicht zu erzielen.

Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass ein kleiner Teil der Unternehmen umfangreiche Statistikmeldungen mit hohem Zeitaufwand regelmäßig zu erbringen hat; darunter befinden sich auch und besonders viele Kleinst- und Kleinunternehmen. Anders als größere Unternehmen können sie nicht oder nur in geringem Umfang Vorteile der Kostendegression nutzen. Für diese Unternehmen ist es keine Entlastung, wenn sie sehen, dass die Mehrzahl der anderen Unternehmen diesen Meldepflichten nicht ausgesetzt ist, im Gegenteil.

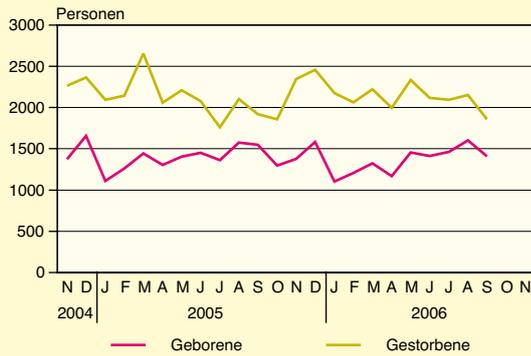
Die Analysen der Ergebnisse der amtlichen Belastungserhebung haben außerdem gezeigt – und bei den Interviews hat sich das bestätigt –, dass nicht die einzelne statistische Erhebung, sondern

die Häufung der Meldepflichten zum Problem wird. Eine gleichmäßigere Verteilung der Berichtspflichten, nach Meinung der Unternehmen zum Beispiel durch stärkeren Einsatz des Rotationsprinzips, scheint aus dieser Perspektive eine Notwendigkeit zu sein. Die Erleichterung, u.a. durch noch intensivere Online-Datenerhebung oder durch den Wechsel vom System der Primärstatistiken zu einem registergestützten Statistiksistem, und eine ausgewogenere Verteilung der statistischen Meldepflichten ist bei den vorliegenden Ergebnissen zwar keine Frage der gesamtwirtschaftlichen Reduzierung von Bürokratie, wohl aber eine der Einzelfallgerechtigkeit.

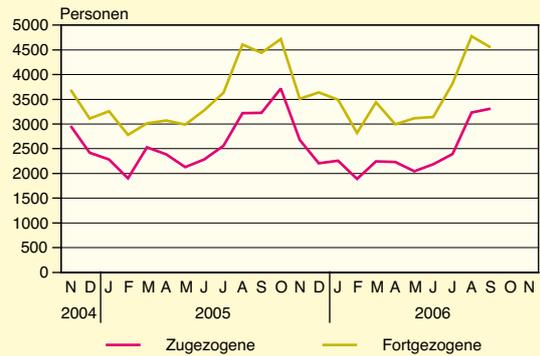
Es bleibt zu hoffen, dass die Ergebnisse der Tests mit dem Verwaltungsdatenverwendungsgesetz und die Einführung der Wirtschafts-Identifikationsnummer sowie die Auswirkungen der „Reform der Unternehmensstatistik“ bei den von der amtlichen Statistik stark betroffenen Unternehmen weitere Entlastungsmöglichkeiten eröffnen.

Grafiken zur Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren

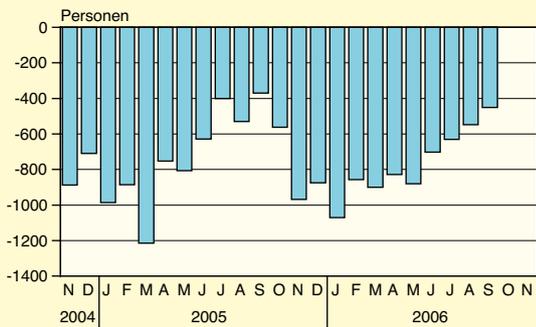
Geborene und Gestorbene



Über die Landesgrenzen Zu- bzw. Fortgezogene

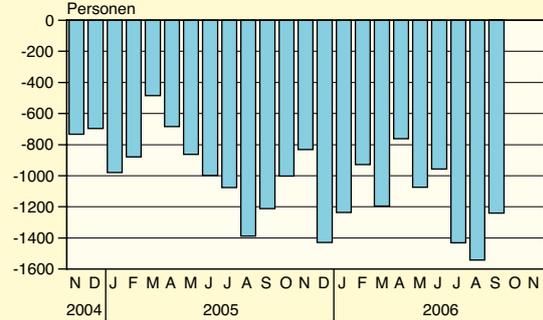


Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)



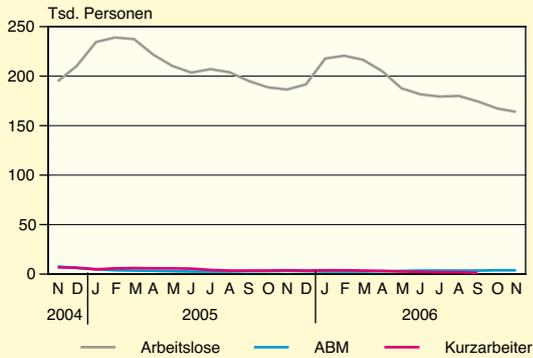
Thüringer Landesamt für Statistik

Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)

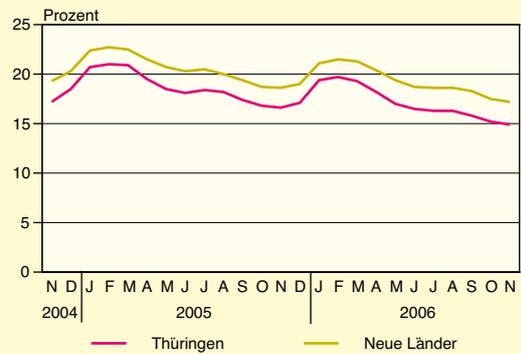


Thüringer Landesamt für Statistik

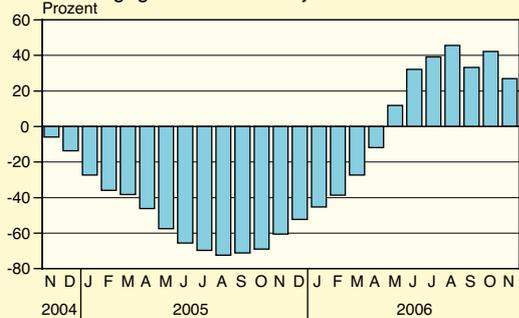
Arbeitsmarkt



Arbeitslosenquote

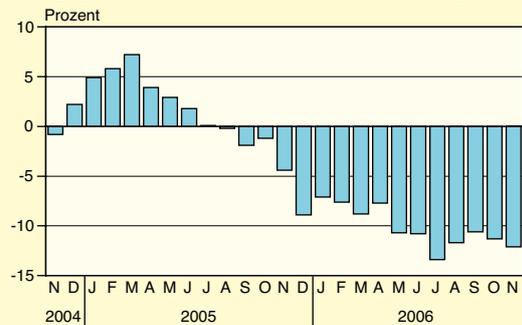


Veränderung der Zahl der Beschäftigten in ABM gegenüber dem Vorjahresmonat



Thüringer Landesamt für Statistik

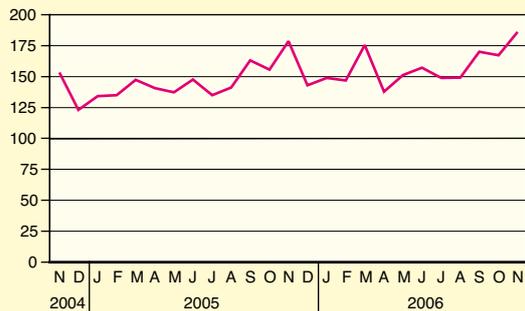
Veränderung der Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



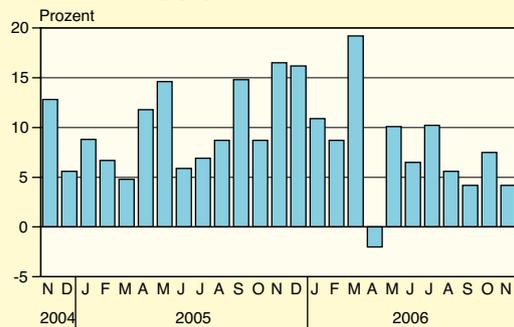
Thüringer Landesamt für Statistik

Grafiken zur Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren

**Produktionsindex
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe**
Basis 2000 = 100

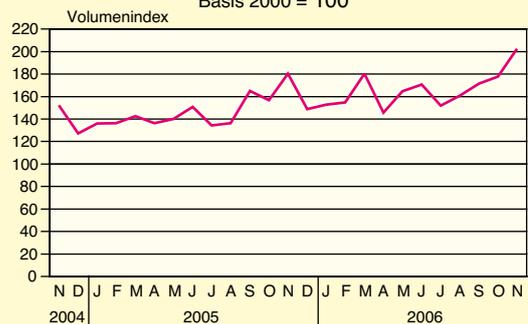


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

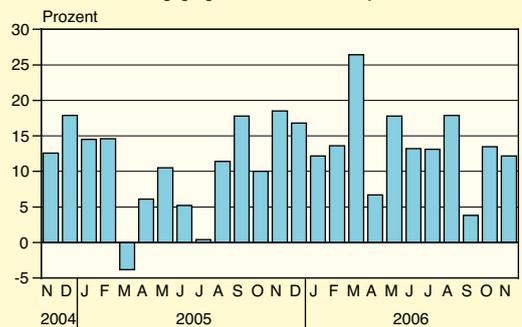


Thüringer Landesamt für Statistik

**Auftragseingangsindex
Verarbeitendes Gewerbe**
Basis 2000 = 100

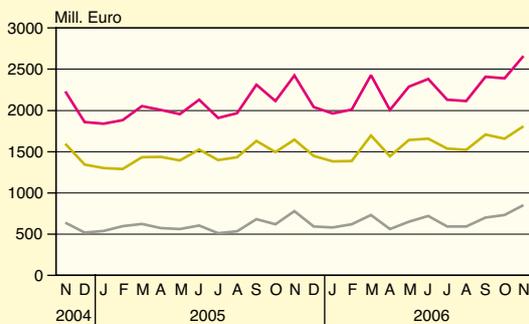


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



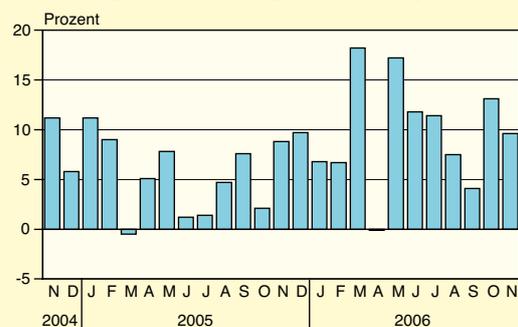
Thüringer Landesamt für Statistik

**Umsatz
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe**



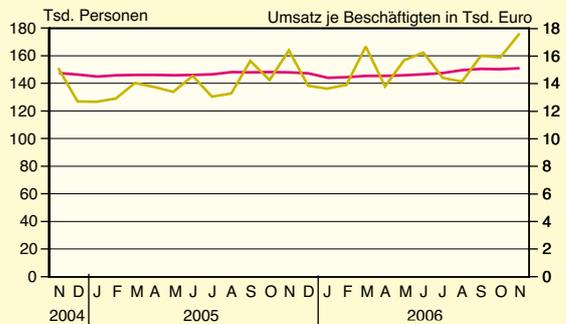
— Umsatz — Inlandsumsatz — Auslandsumsatz

Veränderung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat



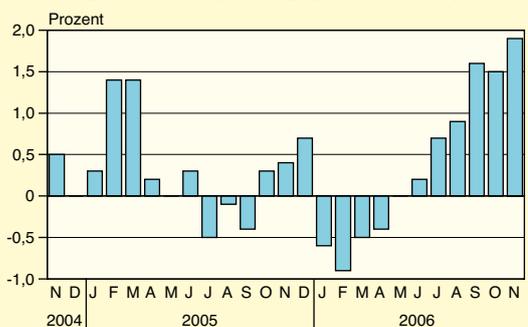
Thüringer Landesamt für Statistik

**Beschäftigte und Produktivität
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe**



— Beschäftigte — Produktivität

Veränderung der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat

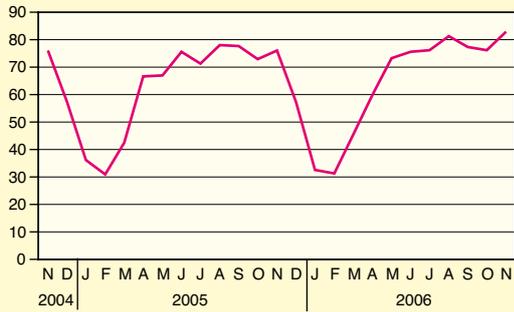


Thüringer Landesamt für Statistik

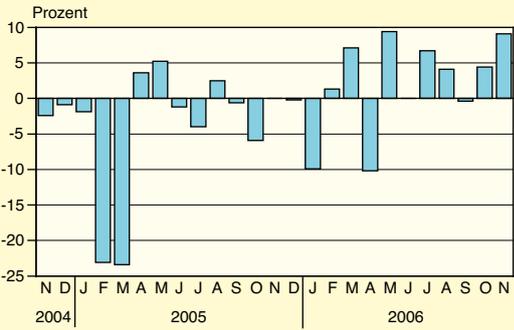
Grafiken zur Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren

Produktionsindex Bauhauptgewerbe

Basis: 2000 = 100



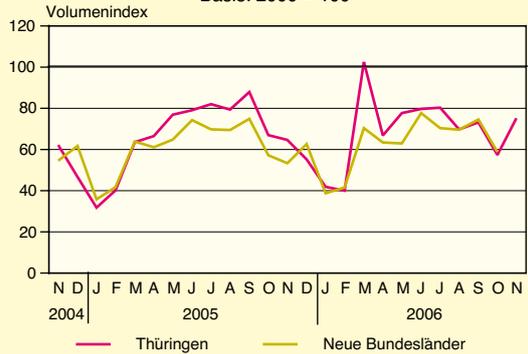
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



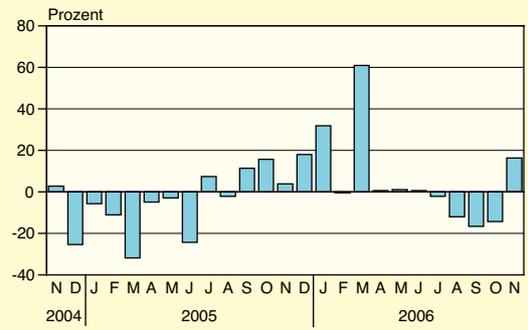
Thüringer Landesamt für Statistik

Auftragseingangsindex Bauhauptgewerbe

Basis: 2000 = 100



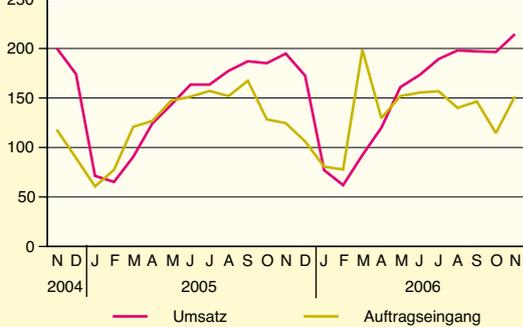
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



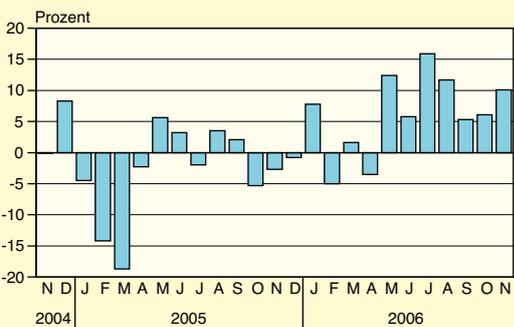
Thüringer Landesamt für Statistik

Umsatz und Auftragseingang Bauhauptgewerbe

Mill. Euro



Veränderung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat

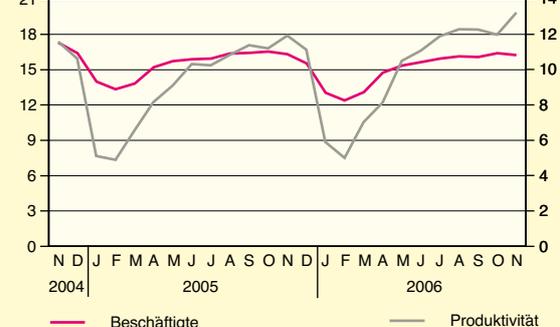


Thüringer Landesamt für Statistik

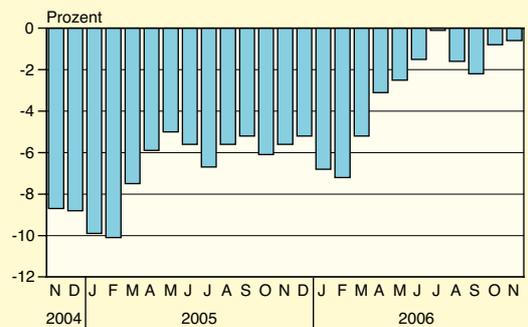
Beschäftigte und Produktivität Bauhauptgewerbe

Tsd. Personen

Umsatz je Beschäftigten in Tsd. Euro



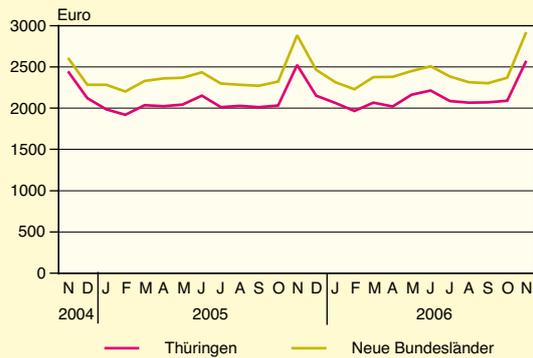
Veränderung der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat



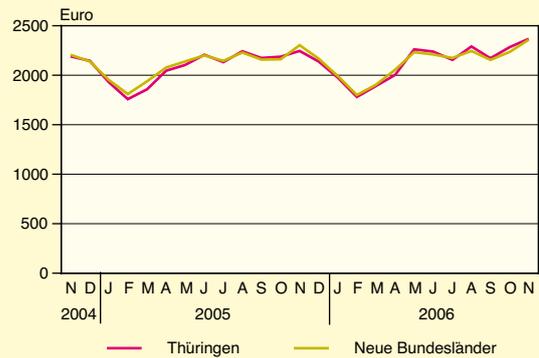
Thüringer Landesamt für Statistik

Grafiken zur Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren

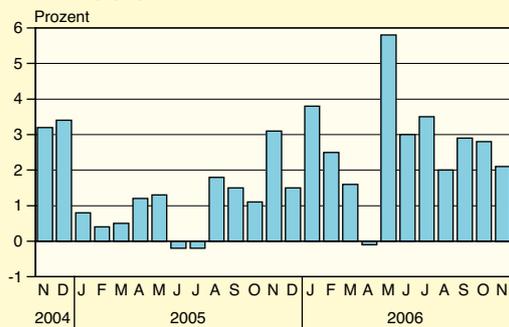
Bruttolohn/Bruttogehalt je Beschäftigten Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



Bruttolohn/Bruttogehalt je Beschäftigten Bauhauptgewerbe

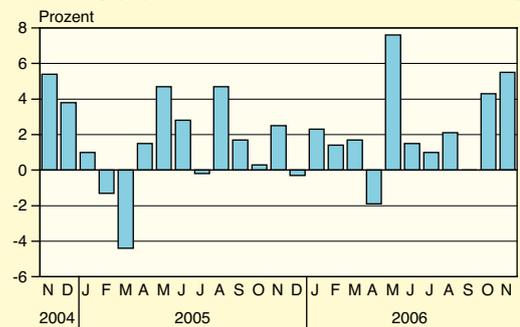


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



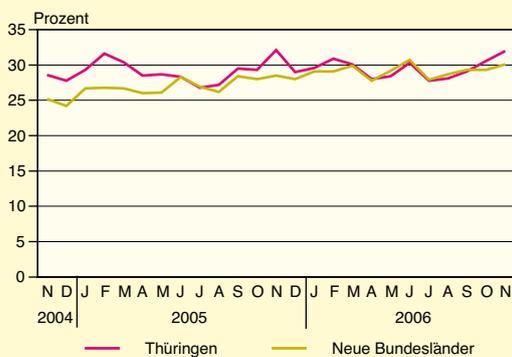
Thüringer Landesamt für Statistik

Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen

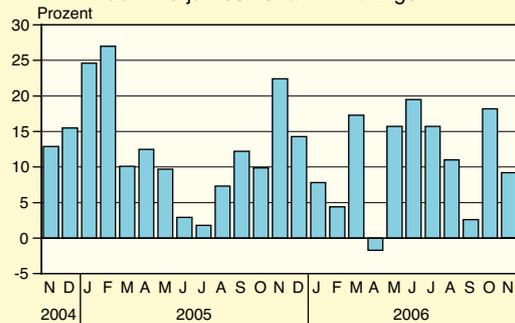


Thüringer Landesamt für Statistik

Exportquote Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

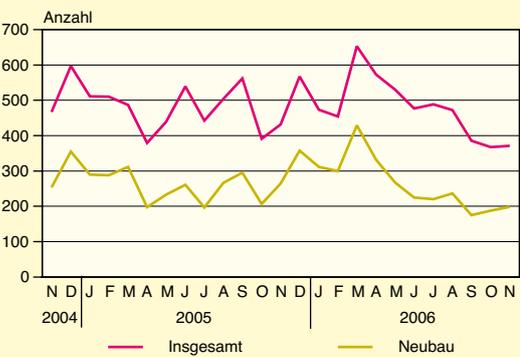


Veränderung des Auslandsumsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen

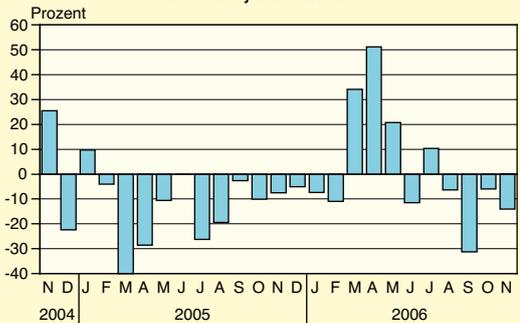


Thüringer Landesamt für Statistik

Baugenehmigungen



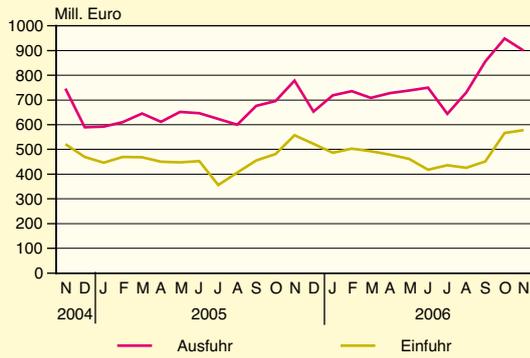
Veränderung der Baugenehmigungen gegenüber dem Vorjahresmonat



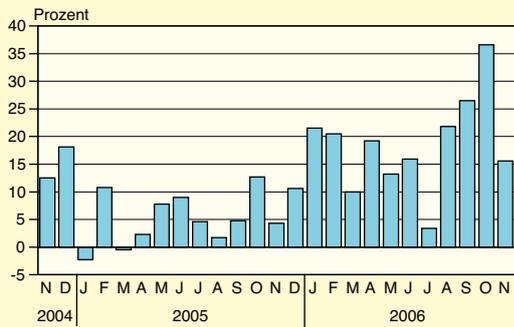
Thüringer Landesamt für Statistik

Grafiken zur Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren

Außenhandel



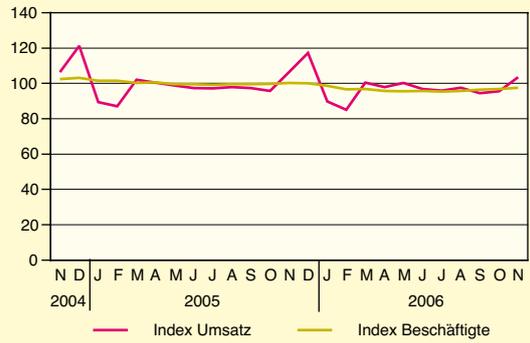
Veränderung der Ausfuhr gegenüber dem Vorjahresmonat



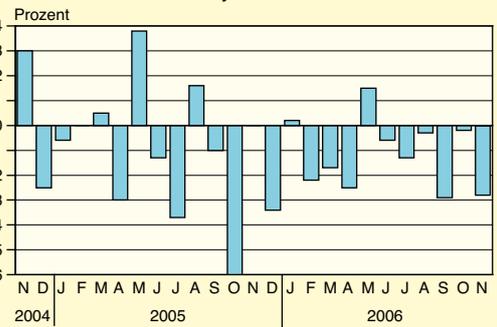
Thüringer Landesamt für Statistik

Index des Umsatzes und der Beschäftigten Einzelhandel

Basis: 2003 = 100



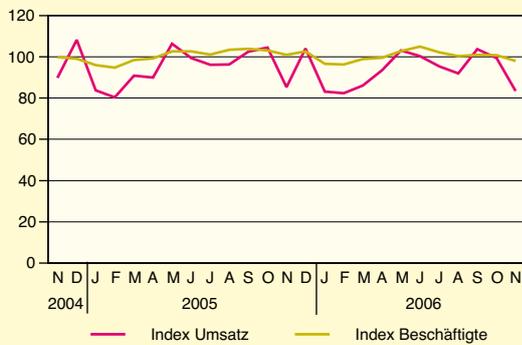
Veränderung des Umsatzindex gegenüber dem Vorjahresmonat



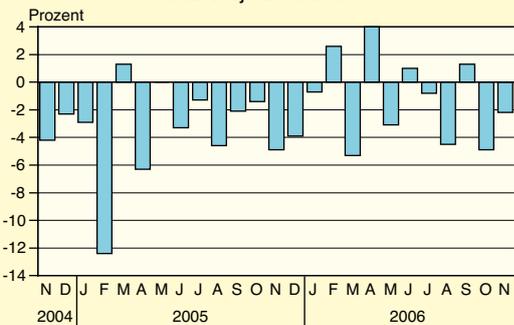
Thüringer Landesamt für Statistik

Index des Umsatzes und der Beschäftigten Gastgewerbe

Basis: 2003 = 100

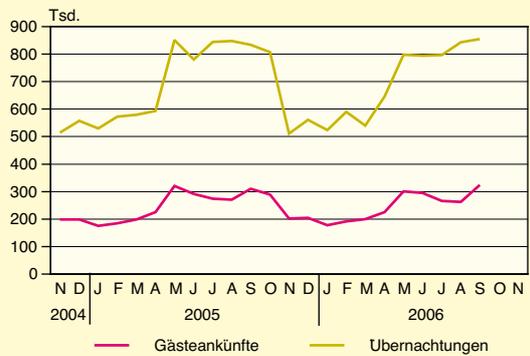


Veränderung des Umsatzindex gegenüber dem Vorjahresmonat

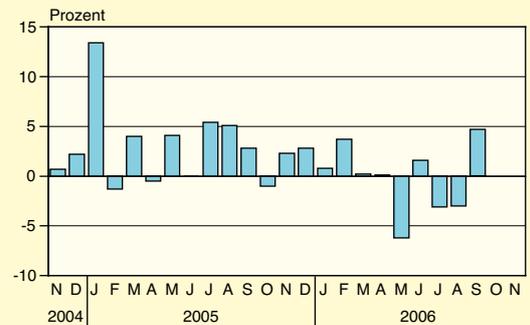


Thüringer Landesamt für Statistik

Beherbergung



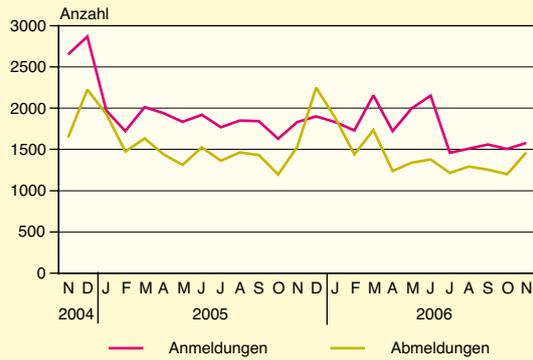
Veränderung der Gästeankünfte gegenüber dem Vorjahresmonat



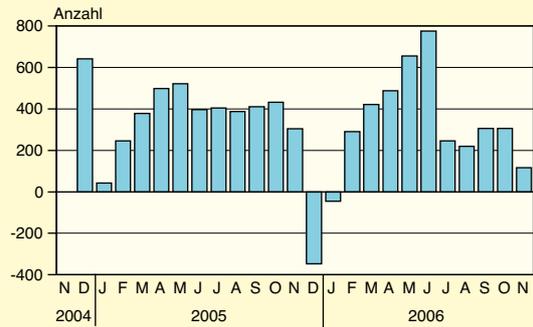
Thüringer Landesamt für Statistik

Grafiken zur Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren

Gewerbean- und -abmeldungen

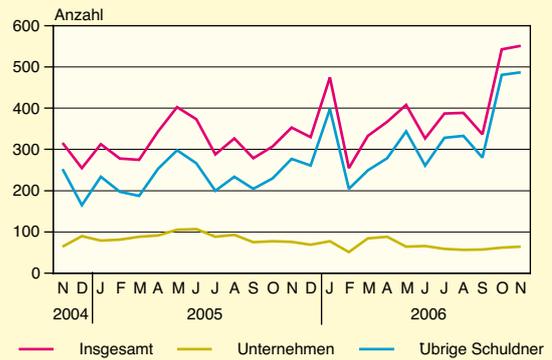


Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen

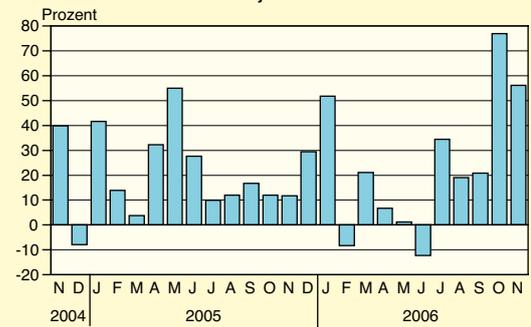


Thüringer Landesamt für Statistik

Insolvenzen

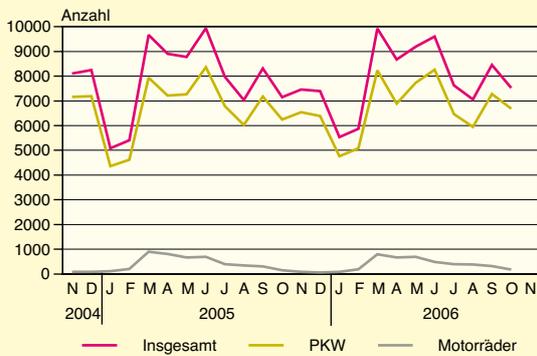


Veränderung der Zahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahresmonat

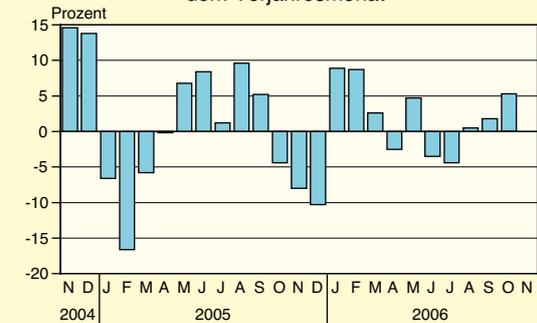


Thüringer Landesamt für Statistik

Zulassung neuer Kraftfahrzeuge

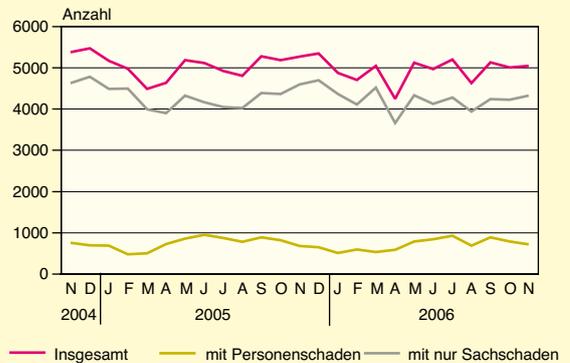


Veränderung der Zahl der Zulassungen gegenüber dem Vorjahresmonat

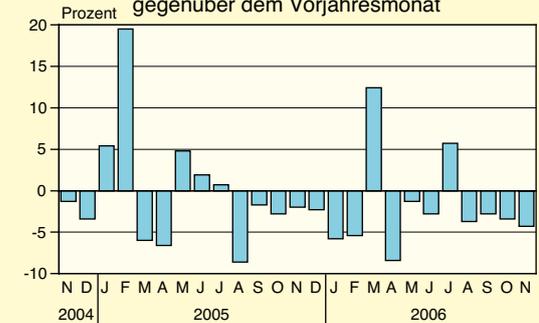


Thüringer Landesamt für Statistik

Straßenverkehrsunfälle



Veränderung der Zahl der Straßenverkehrsunfälle gegenüber dem Vorjahresmonat



Thüringer Landesamt für Statistik

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 2006 im Überblick

Merkmal	Veränderung							
	August 2006	Septemb. 2006	Oktober 2006	Novemb. 2006	August 2006	Septemb. 2006	Oktober 2006	Novemb. 2006
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	um Prozent							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾								
Betriebe	0,2	- 0,1	- 0,1	0,1	- 2,8	- 2,7	- 2,6	- 2,7
Beschäftigte	1,4	0,6	0,0	0,4	0,9	1,6	1,5	1,9
Umsatz	- 0,6	13,8	- 0,8	11,3	7,5	4,1	13,1	9,6
dav. Inlandsumsatz	- 0,9	12,2	- 2,9	9,1	6,1	4,7	10,9	9,8
Auslandsumsatz	0,3	18,0	4,4	16,4	11,0	2,6	18,2	9,2
Umsatz je Beschäftigten	- 1,9	13,2	- 0,8	10,9	6,5	2,4	11,4	7,5
Geleistete Arbeitsstunden	1,2	3,3	- 2,7	9,5	1,6	- 0,8	4,6	2,8
Bruttolohn- und -gehaltsumme	0,5	0,7	0,7	23,7	2,9	4,5	4,3	4,0
Produktionsindex	0,1	14,0	- 1,4	11,2	5,6	4,2	7,7	4,2
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	5,9	6,7	3,8	13,8	17,9	3,8	13,5	12,2
Inland	4,2	9,6	- 3,0	10,3	16,4	6,5	11,3	14,7
Ausland	8,9	1,4	17,3	19,5	20,3	- 1,1	17,6	8,6
Bauhauptgewerbe ¹⁾								
Betriebe	- 0,6	- 0,3	1,9	- 1,0	- 10,2	- 10,2	- 3,4	- 4,3
Beschäftigte	1,2	- 0,3	2,1	- 1,1	- 1,6	- 2,2	- 0,8	- 0,6
Umsatz	4,6	- 0,6	- 0,2	9,1	11,7	5,3	6,1	10,1
Umsatz je Beschäftigten	3,4	- 0,2	- 2,2	10,3	13,4	7,7	7,0	10,8
Geleistete Arbeitsstunden	6,6	- 5,3	- 2,3	7,2	- 0,1	- 4,7	0,1	4,8
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,5	- 5,4	7,3	2,6	0,6	- 2,2	3,4	4,8
Volumenindex des Auftragseingangs	- 13,0	4,7	- 21,6	31,1	- 12,1	- 16,7	- 14,3	16,3
Produktionsindex	6,7	- 4,8	- 1,6	8,9	4,1	- 0,4	4,4	9,1
Ausbaugewerbe ^{1) 2)}								
Betriebe	.	- 0,4	.	.	.	- 6,0	.	.
Beschäftigte	.	5,7	.	.	.	- 0,2	.	.
Umsatz	.	14,8	.	.	.	2,3	.	.
Umsatz je Beschäftigten	.	8,5	.	.	.	2,5	.	.
Gewerbeanzeigen ³⁾								
Gewerbeanmeldungen	3,5	3,2	- 3,5	4,9	- 18,4	- 15,5	- 7,6	- 13,8
Gewerbeabmeldungen	6,3	- 3,0	- 4,2	21,8	- 11,7	- 12,6	0,3	- 4,3
Insolvenzen								
	0,5	- 13,4	61,1	1,5	19,0	20,8	76,9	56,1
Verbraucherpreisindex								
	- 0,1	- 0,4	0,1	- 0,2	2,0	1,2	1,4	1,6
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	0,4	- 3,1	- 4,1	- 2,0	- 11,7	- 10,6	- 11,3	- 12,1
Kurzarbeiter	- 13,0	- 21,8	- 48,8	- 61,7
Offene Stellen	- 0,2	4,0	10,1	0,4	26,0	18,2	33,8	48,6
Beschäftigte in ABM	2,9	0,4	8,1	- 2,6	47,6	34,1	42,8	26,9

1) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) Quartalsangaben

3) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren – Thüringen im Vergleich

Merkmal	Mengen- einheit	Thüringen	neue Bundes- länder	alte Bundes- länder	Deutsch- land insgesamt	Anteil Thüringens (in %) an	
						neuen Bundes- ländern	Deutsch- land insgesamt
November 2006							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾							
Betriebe	Anzahl	1 837	8 699	37 573	46 272	21,1	4,0
Beschäftigte	1000	151	745	5 188	5 934	20,2	2,5
Umsatz	Mill. Euro	2 659	16 576	131 259	147 835	16,0	1,8
darunter: Inlandsumsatz	Mill. Euro	1 808	11 583	74 157	85 740	15,6	2,1
Auslandsumsatz	Mill. Euro	851	4 993	57 102	62 096	17,0	1,4
Umsatz je Beschäftigten	Euro	17 633	22 235	25 300	24 915	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	1000	22 485	110 229	708 557	818 786	20,4	2,7
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. Euro	388	2 179	21 689	23 868	17,8	1,6
Produktionsindex	2000 = 100	186,0	124,3	x	x
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	2000 = 100	202,4	126,4	x	x
Inland	2000 = 100	166,7	114,0	x	x
Ausland	2000 = 100	298,3	141,9	x	x
Bauhauptgewerbe ¹⁾							
Betriebe	Anzahl	311	1 995	5 306	7 301	15,6	4,3
Beschäftigte	1000	16	104	284	388	15,6	4,2
Umsatz	Mill. Euro	214	1 457	4 566	6 023	14,7	3,6
Umsatz je Beschäftigten	Euro	13 217	14 020	16 053	15 509	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	1000	2 135	12 976	33 043	46 019	16,5	4,6
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. Euro	38	245	919	1 165	15,7	3,3
Volumenindex des Auftragseingangs	2000 = 100	75,1	67,1	x	x
Produktionsindex	2000 = 100	82,9	97,3	x	x
Ausbaugewerbe ^{1) 2)}							
Betriebe	Anzahl
Beschäftigte	1000
Umsatz	Mill. Euro
Umsatz je Beschäftigten	Euro
Gewerbeanzeigen ³⁾							
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	1 578
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	1 462
Insolvenzen							
	Anzahl	551
Verbraucherpreisindex							
	2000 = 100	110,8	110,0 ⁴⁾	110,3 ⁴⁾	110,2	x	x
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	163 879	1 322 892	2 672 195	3 995 087	12,4	4,1
Kurzarbeiter	Anzahl
Offene Stellen	Anzahl	19 221	144 702	464 176	608 878	13,3	3,2
Beschäftigte in ABM	Anzahl	3 779	39 644	10 169	49 813	9,5	7,6

1) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) Quartalsangaben

3) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

4) ohne Berlin

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren – Thüringen im Vergleich

Merkmal	Veränderungen November 2006							
	Thüringen	neue Bundesländer	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt	Thüringen	neue Bundesländer	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	um Prozent							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾								
Betriebe	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 2,7	- 1,0	- 1,8	- 1,6
Beschäftigte	0,4	0,2	0,0	0,0	1,9	2,6	- 0,3	0,1
Umsatz	11,3	9,1	6,5	6,8	9,6	11,8	7,7	8,1
darunter: Inlandumsatz	9,1	7,8	5,9	6,1	9,8	9,3	6,0	6,5
Auslandsumsatz	16,4	12,4	7,2	7,6	9,2	18,0	9,8	10,4
Umsatz je Beschäftigten	10,9	8,9	6,5	6,8	7,6	9,0	8,0	8,0
Geleistete Arbeitsstunden	9,5	8,9	3,9	4,6	2,8	3,4	0,8	1,1
Bruttolohn- und -gehaltssumme	23,7	23,5	30,5	29,8	4,0	3,6	0,8	1,0
Produktionsindex	11,2	5,5	4,2	6,1
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	13,8	4,3	12,2	6,1
Inland	10,3	3,8	14,7	7,1
Ausland	19,5	4,8	8,6	5,0
Bauhauptgewerbe ¹⁾								
Betriebe	- 1,0	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 4,3	- 1,3	- 1,0	- 1,1
Beschäftigte	- 1,1	- 0,6	- 0,4	- 0,4	- 0,6	0,8	0,4	0,5
Umsatz	9,1	13,2	9,2	10,1	10,1	7,6	15,2	13,3
Umsatz je Beschäftigten	10,3	13,8	9,6	10,6	10,8	6,8	14,7	12,7
Geleistete Arbeitsstunden	7,2	6,8	- 0,2	1,7	4,8	6,7	8,9	8,3
Bruttolohn- und -gehaltssumme	2,6	4,9	17,0	14,2	4,8	3,1	2,6	2,7
Volumenindex des Auftragseingangs	31,1	- 6,8	16,3	0,1
Produktionsindex	8,9	1,8	9,1	12,0
Ausbaugewerbe ^{1) 2)}								
Betriebe
Beschäftigte
Umsatz
Umsatz je Beschäftigten
Gewerbeanzeigen ³⁾								
Gewerbebeanmeldungen	4,9	- 13,8
Gewerbeabmeldungen	21,8	- 4,3
Insolvenzen								
	1,5	56,1
Verbraucherpreisindex								
	- 0,2	- 0,2 ⁴⁾	- 0,1 ⁴⁾	- 0,1	1,6	1,6	1,5	1,5
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	- 2,0	- 1,7	- 2,4	- 2,2	- 12,1	- 8,8	- 13,3	- 11,8
Kurzarbeiter
Offene Stellen	0,4	- 5,5	- 1,9	- 2,8	48,6	44,3	44,5	44,4
Beschäftigte in ABM	- 2,6	1,0	0,3	0,9	26,9	- 6,7	14,2	- 3,1

1) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) Quartalsangaben

3) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

4) ohne Berlin

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2002	2003	2004	2005
			Monatsdurchschnitt			
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit						
1	Bevölkerung am Monatsende	1000	2 402	2 382	2 364	2 345
2	darunter Ausländer	1000	46	47	48	48
Natürliche Bevölkerungsbewegung						
3	Eheschließungen	Anzahl	716	698	808	820
4	je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	aT	3,6	3,5	4,1	4,2
5	Lebendgeborene	Anzahl	1 417	1 409	1 443	1 393
6	je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	aT	7,1	7,1	7,3	7,1
7	Totgeborene	Anzahl	7	6	5	5
8	je 1 000 Geborene	aT	4,9	3,9	3,2	3,7
9	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 167	2 185	2 110	2 141
10	je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	aT	10,8	11,0	10,7	11,0
11	Gestorbene im ersten Lebensjahr	Anzahl	6	6	7	6
12	je 1 000 Lebendgeborene	aT	4,1	4,2	4,6	4,1
13	Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 749	- 776	- 668	- 749
14	je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	aT	- 3,7	- 3,9	- 3,4	- 3,8
Wanderungen						
15	Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	2 878	2 798	2 763	2 593
16	darunter aus dem Ausland	Anzahl	670	557	579	505
17	Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	3 735	3 588	3 588	3 578
18	darunter in das Ausland	Anzahl	479	443	550	490
19	Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	- 857	- 790	- 825	- 985
20	Innerhalb des Landes Umgezogene (Landesbinnenwanderung)	Anzahl	5 195	5 307	5 034	4 811
Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt ¹⁾						
21	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Anzahl	771 896	743 784	728 986	708 420
22	Arbeitslose insgesamt	Anzahl	201 157	210 664	207 430	209 941
	davon					
23	Männer	Anzahl	99 415	105 402	104 143	106 862
24	Frauen	Anzahl	101 742	105 262	103 287	103 079
25	Ausländer	Anzahl	3 205	3 384	3 655	4 413
26	Jugendliche unter 25 Jahren	Anzahl	25 216	25 118	24 475	27 812
27	Arbeitslosenquote insgesamt	%	17,2	18,1	18,1	18,6
	darunter					
28	Männer	%	16,5	17,6	17,7	18,4
29	Frauen	%	17,9	18,6	18,6	18,8
30	Jugendliche unter 25 Jahren	%	14,3	14,0	14,4	17,2
31	Kurzarbeiter	Anzahl	6 934	6 524	5 193	4 539
32	Langzeitarbeitslose	Anzahl	67 458	78 497	86 003	.
33	Zugang an offenen Stellen	Anzahl
34	Bestand an offenen Stellen	Anzahl	13 628	10 115	7 379	12 229
35	Beschäftigte in ABM	Anzahl	12 707	8 110	7 262	2 981
Leistungsempfänger von						
36	Arbeitslosengeld	Anzahl	95 448	91 516	82 603	78 945

1) Quelle: Agentur für Arbeit Sachsen-Anhalt, Thüringen und Bundesagentur für Arbeit

Zahlenspiegel Thüringen

2005		2006											Lfd. Nr.
Novemb.	Dezemb.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septemb.	Oktober	Novemb.	
2 337	2 335	2 332	2 330	2 328	2 327	2 325	2 323	2 321	2 319	2 317	1
48	48	48	48	48	48	48	48	47	47	47	2
370	750	234	294	382	538	1 018	1 614	1 211	1 340	1 050	3
1,9	3,8	1,2	1,6	1,9	2,8	5,2	8,4	6,1	6,8	5,5	4
1 376	1 582	1 104	1 208	1 323	1 168	1 454	1 414	1 464	1 604	1 408	5
7,2	8,0	5,6	6,8	6,7	6,1	7,4	7,4	7,4	8,1	7,4	6
7	5	5	2	8	6	6	4	2	4	3	7
5,1	3,2	4,5	1,7	6,0	5,1	4,1	2,8	1,4	2,5	2,1	8
2 345	2 457	2 175	2 065	2 223	1 997	2 334	2 117	2 095	2 152	1 859	9
12,2	12,4	11,0	11,5	11,2	10,4	11,8	11,1	10,6	10,9	9,8	10
4	7	3	4	5	3	8	7	7	4	4	11
2,9	4,6	2,4	3,5	3,7	2,5	5,7	5,1	4,8	2,6	2,9	12
- 969	- 875	- 1 071	- 857	- 900	- 829	- 880	- 703	- 631	- 548	- 451	13
- 5,0	- 4,4	- 5,4	- 4,8	- 4,5	- 4,3	- 4,5	- 3,7	- 3,2	- 2,8	- 2,4	14
2 676	2 207	2 255	1 892	2 243	2 230	2 044	2 188	2 392	3 232	3 307	15
455	311	428	425	576	478	416	445	357	550	720	16
3 507	3 636	3 492	2 821	3 438	2 992	3 118	3 144	3 823	4 773	4 548	17
466	497	470	479	499	541	428	516	667	578	603	18
- 831	- 1 429	- 1 237	- 929	- 1 195	- 762	- 1 074	- 956	- 1 431	- 1 541	- 1 241	19
5 150	5 292	4 856	3 818	4 390	3 828	4 123	4 219	4 545	5 790	5 121	20
.	703 117	.	.	687 673	21
186 390	191 612	217 907	220 810	216 541	204 695	187 750	181 698	179 301	179 987	174 460	167 252	163 879	22
90 220	95 827	116 418	119 940	116 878	105 942	92 027	87 056	83 804	82 327	79 206	75 273	73 945	23
96 170	95 785	101 489	100 870	99 663	98 753	95 723	94 642	95 497	97 660	95 254	91 979	89 934	24
4 112	4 177	4 345	4 293	4 208	4 216	4 129	4 138	4 121	4 166	4 160	4 063	4 020	25
22 301	21 030	24 011	25 411	24 767	22 766	20 333	19 451	22 257	25 177	22 876	19 108	17 321	26
16,6	17,1	19,4	19,7	19,3	18,2	17,0	16,5	16,3	16,3	15,8	15,2	14,9	27
15,6	16,6	20,2	20,8	20,2	18,3	16,2	15,3	14,8	14,5	14,0	13,3	13,0	28
17,6	17,6	18,6	18,5	18,3	18,1	17,9	17,7	17,9	18,3	17,8	17,2	16,8	29
14,1	13,3	15,2	16,0	15,6	14,4	13,5	12,9	14,8	16,7	15,2	12,7	11,5	30
3 654	3 345	3 730	3 619	3 527	3 138	2 400	2 033	1 969	1 714	1 341	31
72 710	73 710	76 545	76 630	76 444	75 447	73 039	73 350	72 585	71 646	70 721	69 828	68 709	32
8 011	5 218	4 591	6 802	9 292	10 362	8 998	8 696	8 294	6 504	7 643	9 871	7 389	33
12 936	10 687	9 855	11 236	13 332	15 171	14 641	16 217	16 762	16 725	17 388	19 140	19 221	34
2 977	2 914	2 527	2 376	2 401	2 648	3 100	3 447	3 540	3 601	3 593	3 881	3 779	35
65 418	70 350	89 654	93 396	88 581	76 291	63 328	57 295	56 604	55 577	52 160	49 503	...	36

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2002	2003	2004	2005
			Monatsdurchschnitt			
Gewerbeanzeigen						
1	Gewerbebeanmeldungen insgesamt	Anzahl	1 564	1 754	2 106	1 852
	davon					
2	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	Anzahl	22	26	38	27
3	Produzierendes Gewerbe	Anzahl	266	291	367	333
4	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	612	641	717	642
5	Dienstleistungen und Sonstiges	Anzahl	665	797	985	850
6	Gewerbebeanmeldungen insgesamt	Anzahl	1 563	1 436	1 529	1 546
	davon					
7	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	Anzahl	20	16	17	21
8	Produzierendes Gewerbe	Anzahl	282	235	245	263
9	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	659	582	631	598
10	Dienstleistungen und Sonstiges	Anzahl	602	602	635	663
11	Neuerrichtungen	Anzahl	1 274	1 508	1 846	1 588
	davon					
12	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	Anzahl	20	23	36	24
13	Produzierendes Gewerbe	Anzahl	215	247	321	287
14	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	452	526	595	523
15	Dienstleistungen und Sonstiges	Anzahl	587	711	895	754
16	Aufgaben	Anzahl	1 258	1 169	1 238	1 263
	davon					
17	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	Anzahl	17	13	15	18
18	Produzierendes Gewerbe	Anzahl	223	188	188	208
19	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	519	471	512	489
20	Dienstleistungen und Sonstiges	Anzahl	499	497	523	549
Landwirtschaft						
21	Schlachtungen insgesamt ¹⁾	Stück	141 148	136 719	133 574	131 793
	darunter					
22	Rinder (ohne Kälber)	Stück	6 566	5 892	5 087	4 855
23	Kälber	Stück	184	169	175	172
24	Schweine	Stück	133 737	129 998	127 635	126 021
	darunter					
25	Gewerbliche Schlachtungen insgesamt ¹⁾	Stück	137 758	133 511	130 693	129 189
	darunter					
26	Rinder (ohne Kälber)	Stück	6 240	5 584	4 822	4 606
27	Kälber	Stück	161	152	160	158
28	Schweine	Stück	130 920	127 348	125 254	123 908
29	Schlachtmenge gewerblicher Schlachtungen insgesamt	Tonnen	13 924	13 426	13 020	12 845
	darunter					
30	Rinder (ohne Kälber)	Tonnen	1 852	1 642	1 419	1 345
31	Kälber	Tonnen	13	12	12	12
32	Schweine	Tonnen	12 050	11 763	11 579	11 475
33	Rohmilchanlieferung an Molkereien	Tonnen	74 138	75 289	75 102	77 815
Legehennenhaltung und Eierzeugung						
34	Erzeugte Eier	1000 Stück	43 545	41 087	40 253	42 359
35	Legeleistung Eier je Henne	Stück	24,9	25,0	24,7	24,8

1) von beschauten als tauglich beurteilten Tieren

Zahlenspiegel Thüringen

2005		2006											Lfd. Nr.
Novemb.	Dezemb.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septemb.	Oktober	Novemb.	
1 831	1 901	1 831	1 732	2 156	1 724	1 996	2 153	1 460	1 511	1 559	1 505	1 578	1
26	32	25	25	32	28	39	50	28	18	22	15	19	2
314	322	342	302	432	370	428	457	285	263	261	263	273	3
680	666	690	677	770	589	648	627	462	492	538	503	569	4
811	881	774	728	922	737	881	1 019	685	738	738	724	717	5
1 527	2 248	1 877	1 441	1 735	1 237	1 341	1 378	1 215	1 292	1 253	1 200	1 462	6
16	32	15	16	25	11	20	16	13	12	11	11	18	7
277	412	319	244	283	199	227	220	190	201	182	169	224	8
577	870	756	645	704	526	529	553	480	489	499	487	608	9
657	934	787	536	723	501	565	589	532	590	561	533	612	10
1 595	1 589	1 502	1 468	1 847	1 507	1 768	1 938	1 248	1 284	1 349	1 315	1 337	11
23	27	22	22	30	27	36	47	24	15	19	14	15	12
272	277	296	262	374	330	392	424	248	234	221	237	232	13
573	504	518	535	609	488	536	539	373	402	451	420	464	14
727	781	666	649	834	662	804	928	603	633	658	644	626	15
1 254	1 881	1 523	1 137	1 378	1 019	1 105	1 152	974	1 052	1 022	988	1 206	16
16	29	12	15	21	10	16	14	9	10	7	11	15	17
227	332	267	198	213	153	180	172	156	167	145	128	183	18
459	706	598	488	544	444	433	470	384	391	411	409	501	19
552	814	646	436	600	412	476	496	425	484	459	440	507	20
147 363	135 339	127 193	121 219	145 037	125 366	140 078	136 069	137 578	147 021	148 628	153 371	167 760	21
6 122	5 607	5 242	4 920	6 127	5 034	5 350	4 960	4 325	5 367	5 884	5 756	7 357	22
215	264	115	125	177	229	168	129	123	118	143	138	211	23
139 592	128 419	121 110	115 666	138 169	118 706	134 023	130 507	132 826	141 159	142 043	146 741	158 731	24
140 688	129 832	122 657	116 925	141 564	123 611	139 244	135 439	137 308	146 639	148 147	151 188	161 599	25
5 520	5 098	4 828	4 521	5 760	4 826	5 238	4 910	4 296	5 333	5 833	5 549	6 792	26
193	242	98	107	157	215	151	115	111	111	136	128	170	27
134 136	123 910	117 346	112 013	135 266	117 458	133 486	130 130	132 654	140 881	141 718	145 111	153 796	28
14 196	13 067	12 367	11 773	14 273	12 341	13 938	13 430	13 376	14 449	14 827	15 159	16 331	29
1 630	1 500	1 430	1 347	1 765	1 462	1 619	1 500	1 284	1 598	1 768	1 680	2 062	30
13	19	6	8	11	17	11	7	8	8	10	9	14	31
12 531	11 535	10 920	10 409	12 485	10 836	12 298	11 915	12 077	12 834	13 037	13 459	14 234	32
73 247	76 413	77 639	70 712	78 951	77 804	81 358	78 122	79 004	77 937	73 193	74 445	71 660	33
39 412	39 468	42 791	40 135	45 753	45 546	46 002	41 967	44 475	45 212	42 810	43 582	44 929	34
23,6	24,3	24,7	22,8	25,9	26,0	26,4	24,1	25,5	26,1	25,3	25,4	25,1	35

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2002	2003	2004	2005
			Monatsdurchschnitt			
Produzierendes Gewerbe						
1	Produktionsindex	2000 = 100	99,0	107,2	114,8	124,6
Energie und Wasserversorgung						
2	Betriebe	Anzahl	142	140	138	133
3	Beschäftigte	Anzahl	7 603	7 582	7 477	7 487
4	Geleistete Arbeitsstunden	1000 Std.	.	1 037	1 031	1 023
5	Geleistete Stunden je Beschäftigten	Stunden	.	137	138	137
6	Bruttolohn und -gehalt je Beschäftigten	Euro	2 525	2 624	2 687	2 750
7	Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Kraftwerken	Mill. kWh	244	302	354	386
8	Stromerzeugung (netto) in öffentlichen Kraftwerken	Mill. kWh	237	295	347	377
9	Stromeinspeisung in das öffentliche Netz	Mill. kWh	47	45	76	78
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾						
10	Betriebe	Anzahl	1 828	1 912	1 950	1 893
11	Beschäftigte	Anzahl	139 529	143 913	146 211	146 686
12	Geleistete Arbeitsstunden	1000 Std.	19 212	19 682	20 282	20 214
13	Bruttolohn- und -gehaltsumme	Tsd. Euro	276 367	290 155	300 487	304 779
14	Umsatz	Mill. Euro	1 688	1 804	1 945	2 053
davon						
15	Inlandsumsatz	Mill. Euro	1 260	1 342	1 412	1 452
16	Auslandsumsatz	Mill. Euro	428	462	533	601
17	Produktionsindex	2000 = 100	108,6	120,1	132,8	146,6
davon						
18	Bergbau	2000 = 100	89,7	79,5	71,7	74,3
19	Vorleistungsgüterproduzenten	2000 = 100	113,8	126,9	141,9	148,3
20	Investitionsgüterproduzenten	2000 = 100	105,7	117,1	132,0	162,7
21	Gebrauchsgüterproduzenten	2000 = 100	95,2	94,3	99,6	99,9
22	Verbrauchsgüterproduzenten	2000 = 100	105,5	117,3	123,7	132,6
23	Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe	2000 = 100	107,2	120,2	133,6	146,9
davon						
24	aus dem Inland	2000 = 100	102,7	114,1	121,7	128,5
25	aus dem Ausland	2000 = 100	119,4	136,4	165,3	196,4
davon						
26	Vorleistungsgüterproduzenten	2000 = 100	116,0	134,9	150,7	158,1
27	Investitionsgüterproduzenten	2000 = 100	102,3	112,4	125,6	151,1
28	Gebrauchsgüterproduzenten	2000 = 100	79,0	72,0	81,5	71,9
29	Verbrauchsgüterproduzenten	2000 = 100	119,7	138,6	136,2	132,0
30	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	76	75	75	77
31	Geleistete Stunden je Beschäftigten	Stunden	138	137	139	138
32	Bruttolohn und -gehalt je Beschäftigten	Euro	1 981	2 016	2 055	2 078
33	Umsatz je Beschäftigten	Euro	12 100	12 533	13 306	13 997
34	Exportquote	%	25,3	25,6	27,4	29,3

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Zahlenspiegel Thüringen

2005		2006											Lfd. Nr.
Novemb.	Dezemb.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septemb.	Oktober	Novemb.	
151,5	121,4	118,9	117,0	141,5	118,0	131,1	135,9	129,8	131,4	145,7	143,5	158,8	1
131	129	127	127	126	126	127	128	129	129	129	131	131	2
7 550	7 481	7 442	7 413	7 390	7 345	7 364	7 398	7 358	7 425	7 456	7 450	7 467	3
1 092	968	1 091	992	1 128	925	1 028	1 017	968	1 014	1 002	945	1 096	4
145	129	147	134	153	126	140	138	132	137	134	127	147	5
4 214	2 676	2 575	2 564	2 684	2 749	2 900	2 880	2 676	2 706	2 696	2 713	4 380	6
447	544	549	485	428	364	296	258	248	342	345	361	...	7
439	531	537	475	417	354	289	248	241	334	337	352	...	8
83	80	110	65	89	102	87	152	65	71	109	102	...	9
1 888	1 891	1 824	1 827	1 836	1 836	1 835	1 836	1 835	1 838	1 837	1 836	1 837	10
147 914	147 285	143 966	144 440	145 392	145 396	145 811	146 443	147 472	149 469	150 304	150 251	150 792	11
21 879	18 456	20 738	19 745	22 114	18 942	20 850	21 009	20 180	20 415	21 091	20 532	22 485	12
373 222	317 004	296 922	284 104	300 587	293 810	315 483	324 454	307 600	309 247	311 518	313 801	388 238	13
2 426	2 039	1 963	2 009	2 427	2 005	2 290	2 380	2 128	2 116	2 408	2 389	2 659	14
1 647	1 449	1 382	1 388	1 696	1 443	1 640	1 659	1 536	1 522	1 707	1 657	1 808	15
780	591	580	621	731	562	650	721	592	594	701	731	851	16
178,5	143,1	149,0	146,8	175,6	137,9	151,3	157,3	148,9	149,1	170,0	167,2	186,0	17
102,9	59,8	20,7	26,2	47,6	63,0	82,9	108,5	102,8	114,9	129,5	109,8	112,5	18
164,8	132,6	162,4	150,5	177,6	148,4	170,1	181,3	165,5	164,0	184,2	173,8	180,2	19
235,0	174,3	156,4	168,1	200,2	138,9	148,2	151,9	150,8	147,5	178,3	191,9	234,6	20
108,2	92,3	97,5	102,1	133,8	100,9	94,0	100,2	96,2	98,1	117,4	101,6	121,2	21
144,9	135,6	122,5	119,2	146,1	123,7	130,2	127,9	123,9	133,1	140,9	134,1	144,1	22
180,4	148,7	152,7	154,9	180,3	145,6	164,8	170,7	151,8	160,7	171,4	177,9	202,4	23
145,3	132,2	132,2	129,7	155,3	128,4	143,2	146,1	136,5	142,3	155,9	151,2	166,7	24
274,6	192,9	207,7	222,8	247,5	191,8	222,8	236,9	192,9	210,0	212,9	249,7	298,3	25
176,4	156,5	172,1	167,4	199,4	166,3	191,1	196,6	180,5	179,1	192,3	179,9	200,4	26
205,8	158,0	146,0	160,8	181,3	142,8	158,8	166,9	139,8	162,3	171,6	197,4	229,9	27
81,6	67,8	97,7	71,2	94,4	62,1	73,4	76,1	70,8	72,7	73,6	81,0	92,2	28
146,4	124,4	126,4	125,4	136,9	120,1	130,7	124,1	133,0	121,4	138,3	140,0	148,7	29
78	78	79	79	79	79	79	80	80	81	82	82	82	30
148	125	144	137	152	130	143	143	137	137	140	137	149	31
2 523	2 152	2 062	1 967	2 067	2 021	2 164	2 216	2 086	2 069	2 073	2 089	2 575	32
16 404	13 846	13 634	13 912	16 694	13 787	15 706	16 254	14 432	14 155	16 019	15 897	17 633	33
32,1	29,0	29,6	30,9	30,1	28,0	28,4	30,3	27,8	28,1	29,1	30,6	32,0	34

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2002	2003	2004	2005
			Monatsdurchschnitt			
	Baugewerbe insgesamt ^{1) 2)}					
1	Betriebe	Anzahl	867	725	658	612
2	Beschäftigte	Anzahl	32 935	28 458	25 428	23 783
3	Umsatz	Tsd. Euro	740 300	676 542	621 630	608 637
	Bauhauptgewerbe					
4	Betriebe	Anzahl	499	417	375	343
5	Beschäftigte	Anzahl	21 617	18 490	16 494	15 427
6	Geleistete Arbeitsstunden	1000 Std.	2 216	1 943	1 761	1 687
7	Wohnungsbau	1000 Std.	344	274	223	178
8	gewerblichen Bau	1000 Std.	693	638	578	552
9	öffentlicher und Straßenbau	1000 Std.	1 179	1 031	960	958
10	Bruttolohn- und -gehaltssumme	Tsd. Euro	41 712	36 878	34 104	32 321
11	Umsatz	Tsd. Euro	172 417	158 371	147 898	144 897
12	Baugewerblicher Umsatz	Tsd. Euro	170 220	155 921	146 337	143 124
13	Wohnungsbau	Tsd. Euro	20 711	16 980	13 557	11 629
14	gewerblicher Bau	Tsd. Euro	57 352	54 900	50 335	48 126
15	öffentlicher und Verkehrsbau	Tsd. Euro	92 157	84 040	82 445	83 370
16	Produktionsindex	2000 = 100	73,6	70,1	64,7	62,6
17	Volumenindex des Auftragseingangs	2000 = 100	78,0	69,9	69,1	66,1
18	Auftragseingang	Tsd. Euro	143 970	129 639	129 994	126 633
19	Auftragsbestand ²⁾	Tsd. Euro	605 300	544 735	566 019	596 353
20	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	43	44	44	45
21	Geleistete Stunden je Arbeiter	Stunden	125	129	131	135
22	Bruttolohn und -gehalt je Beschäftigten	Euro	1 930	1 995	2 068	2 095
23	Umsatz je Beschäftigten	Euro	7 976	8 565	8 967	9 393
	Ausbaugewerbe ²⁾					
24	Betriebe	Anzahl	371	311	284	271
25	Beschäftigte	Anzahl	11 549	9 980	9 052	8 365
26	Geleistete Arbeitsstunden	1000 Std.	3 812	3 336	3 069	2 849
27	Bruttolohnsumme	Tsd. Euro	42 808	37 757	35 020	32 381
28	Bruttogehaltssumme	Tsd. Euro	14 814	12 651	11 792	10 990
29	Umsatz	Tsd. Euro	223 050	201 428	177 936	173 946
30	Baugewerblicher Umsatz	Tsd. Euro	214 615	192 799	169 647	166 698
31	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	31	32	32	31
32	Geleistete Stunden je Arbeiter	Stunden	408	413	420	422
33	Bruttolohn und -gehalt je Beschäftigten	Euro	4 990	5 051	5 171	5 185
34	Umsatz je Beschäftigten	Euro	19 314	20 184	19 657	20 795

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten - 2) Quartalsangaben

Zahlenspiegel Thüringen

2005		2006											Lfd. Nr.
Novemb.	Dezemb.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septemb.	Oktober	Novemb.	
.	591	.	.	577	.	.	569	.	.	560	.	.	1
.	23 874	.	.	20 973	.	.	23 779	.	.	24 681	.	.	2
.	760 158	.	.	372 304	.	.	622 567	.	.	778 097	.	.	3
325	324	320	320	319	317	316	316	311	309	308	314	311	4
16 331	15 530	13 029	12 380	13 106	14 738	15 332	15 638	15 936	16 124	16 073	16 405	16 227	5
2 037	1 433	812	790	1 168	1 568	1 940	2 010	2 022	2 155	2 040	1 992	2 135	6
199	144	78	85	112	158	190	199	195	190	182	187	191	7
641	479	289	287	460	567	690	721	727	786	705	713	783	8
1 197	810	445	418	596	843	1 060	1 090	1 099	1 179	1 152	1 092	1 161	9
36 666	33 222	25 721	22 055	24 760	29 546	34 693	35 002	34 365	36 928	34 917	37 456	38 422	10
194 787	172 682	76 888	61 903	92 142	119 807	160 901	173 073	189 371	198 059	196 954	196 512	214 475	11
192 964	170 709	76 234	61 233	90 511	118 361	159 028	170 925	186 277	196 038	194 716	194 993	213 028	12
14 028	14 688	5 340	3 868	6 173	9 584	13 592	13 028	14 326	13 237	14 384	14 659	14 082	13
54 457	52 187	31 427	24 495	35 271	42 900	54 933	59 611	63 851	63 866	62 775	64 687	72 392	14
124 479	103 833	39 468	32 870	49 067	65 876	90 503	98 286	108 101	118 935	117 557	115 647	126 554	15
76,0	57,3	32,6	31,3	45,5	59,8	73,2	75,5	76,1	81,2	77,3	76,1	82,9	16
64,6	55,1	41,8	40,0	102,4	66,8	77,6	79,6	80,2	69,8	73,1	57,3	75,1	17
124 456	106 105	80 469	77 795	198 771	129 650	151 893	155 518	156 625	139 879	146 371	114 520	151 438	18
.	555 905	.	.	724 006	.	.	726 589	.	.	681 006	.	.	19
50	48	41	39	41	46	49	49	51	52	52	52	52	20
152	113	79	82	113	132	155	157	154	162	154	147	160	21
2 245	2 139	1 974	1 781	1 889	2 005	2 263	2 238	2 156	2 290	2 172	2 283	2 368	22
11 927	11 119	5 901	5 000	7 031	8 129	10 494	11 067	11 883	12 283	12 254	11 979	13 217	23
.	267	.	.	258	.	.	253	.	.	252	.	.	24
.	8 344	.	.	7 867	.	.	8 141	.	.	8 608	.	.	25
.	2 839	.	.	2 610	.	.	2 769	.	.	3 083	.	.	26
.	33 628	.	.	29 629	.	.	31 804	.	.	34 383	.	.	27
.	11 228	.	.	10 325	.	.	10 674	.	.	11 221	.	.	28
.	207 395	.	.	141 371	.	.	168 786	.	.	193 714	.	.	29
.	199 268	.	.	134 769	.	.	161 117	.	.	184 349	.	.	30
.	31	.	.	30	.	.	32	.	.	34	.	.	31
.	419	.	.	413	.	.	421	.	.	440	.	.	32
.	5 376	.	.	5 079	.	.	5 218	.	.	5 298	.	.	33
.	24 856	.	.	17 970	.	.	20 733	.	.	22 504	.	.	34

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2002	2003	2004	2005
			Monatsdurchschnitt			
Bautätigkeit						
1	Gemeldete Baugenehmigungen ¹⁾	Anzahl	596	602	556	480
2	Wohngebäude	Anzahl	473	500	439	365
3	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	64 639	67 305	57 935	47 838
4	Wohnfläche	1000 m ²	49	54	48	40
5	Nichtwohngebäude	Anzahl	123	102	117	115
6	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	64 041	72 959	67 961	50 015
7	Nutzfläche	1000 m ²	69	63	70	53
8	Wohnungen insgesamt	Anzahl	414	429	392	310
9	Wohnräume insgesamt	Anzahl	2 285	2 403	2 190	1 729
10	Gemeldete Baugenehmigungen zur Errichtung neuer Gebäude	Anzahl	334	357	312	264
11	Wohngebäude	Anzahl	265	297	246	205
12	darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	258	290	238	197
13	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	43 387	48 374	41 202	33 844
14	umbauter Raum	1000 m ³	204	229	197	162
15	Wohnfläche	1000 m ²	38	42	36	31
16	Nichtwohngebäude	Anzahl	69	59	66	59
17	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	44 817	56 867	48 682	35 196
18	umbauter Raum	1000 m ³	399	409	426	338
19	Nutzfläche	1000 m ²	61	57	58	45
20	Wohnungen insgesamt	Anzahl	345	370	324	269
21	Wohnräume insgesamt	Anzahl	1 847	2 034	1 734	1 424
22	Gemeldete Baufertigstellungen insgesamt ^{1) 2)}	Anzahl	648	605	568	513
23	Wohngebäude	Anzahl	522	487	459	404
24	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	72 764	68 433	60 274	54 153
25	Wohnfläche	1000 m ²	57	51	48	43
26	Nichtwohngebäude	Anzahl	127	118	110	109
27	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	80 646	93 024	51 560	59 578
28	Nutzfläche	1000 m ²	78	65	65	69
29	Wohnungen insgesamt	Anzahl	512	442	391	333
30	Wohnräume insgesamt	Anzahl	2 699	2 364	2 187	1 878
Handel und Gastgewerbe						
Außenhandel						
31	Ausfuhr (Spezialhandel)	Tsd. Euro	423 851	526 945	613 068	648 307
Ausfuhr nach Warengruppen						
32	Ernährungswirtschaft	Tsd. Euro	22 791	20 338	25 272	22 569
33	Gewerbliche Wirtschaft	Tsd. Euro	401 060	497 821	578 876	592 369
34	davon Rohstoffe	Tsd. Euro	4 060	4 557	4 787	5 572
35	Halbwaren	Tsd. Euro	38 898	37 461	40 357	35 585
36	Fertigwaren	Tsd. Euro	358 103	455 803	533 732	551 211
Ausfuhr nach ausgewählten Ländern						
37	Italien	Tsd. Euro	35 278	50 960	57 784	64 347
38	Frankreich	Tsd. Euro	44 588	55 484	56 257	49 147
39	Vereinigte Staaten	Tsd. Euro	36 012	36 603	45 168	48 423
40	Niederlande	Tsd. Euro	25 661	34 147	39 388	41 785
41	Vereinigtes Königreich	Tsd. Euro	25 864	32 461	38 199	42 706
42	Osterreich	Tsd. Euro	25 051	28 688	31 766	29 956
43	Ausfuhr in EU-Länder (EU-25)	Tsd. Euro	286 710	365 593	411 121	435 257
44	Einfuhr (Generalhandel)	Tsd. Euro	352 579	383 266	431 060	459 358
Einfuhr nach Warengruppen						
45	Ernährungswirtschaft	Tsd. Euro	23 291	27 121	39 984	31 907
46	Gewerbliche Wirtschaft	Tsd. Euro	329 288	338 206	378 878	394 578
47	davon Rohstoffe	Tsd. Euro	13 614	10 316	8 598	13 222
48	Halbwaren	Tsd. Euro	10 834	10 932	14 600	14 103
49	Fertigwaren	Tsd. Euro	304 840	316 959	355 680	367 253
Einfuhr nach ausgewählten Ländern						
50	Niederlande	Tsd. Euro	34 389	21 640	23 605	13 823
51	Volksrepublik China	Tsd. Euro	32 949	24 380	53 636	33 588
52	Taiwan	Tsd. Euro	28 749	32 063	19 903	23 728
53	Spanien	Tsd. Euro	16 822	30 023	39 820	22 347
54	Frankreich	Tsd. Euro	22 858	27 003	27 153	94 776
55	Osterreich	Tsd. Euro	18 320	26 615	25 440	24 590
56	Einfuhr aus EU-Ländern (EU-25)	Tsd. Euro	215 990	245 326	265 859	245 812

1) einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden - 2) Quartalsergebnis

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2002	2003	2004	2005
			Monatsdurchschnitt			
Einzelhandel ¹⁾						
1	Beschäftigte darunter	2003 = 100	.	99,9	102,1	100,1
2	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	2003 = 100	.	99,9	102,9	101,7
3	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	2003 = 100	.	99,8	118,5	114,6
4	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln	2003 = 100	.	100,1	101,3	100,8
5	sonstiger Facheinzelhandel	2003 = 100	.	99,9	99,9	97,0
6	Umsatz ²⁾ darunter	2003 = 100	.	100,0	100,1	98,9
7	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	2003 = 100	.	100,0	100,0	96,7
8	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	2003 = 100	.	100,0	110,4	101,8
9	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln	2003 = 100	.	100,0	101,8	108,7
10	sonstiger Facheinzelhandel	2003 = 100	.	100,0	98,4	98,5
Gastgewerbe						
11	Beschäftigte darunter	2003 = 100	.	99,9	101,0	100,3
12	Beherbergungsgewerbe	2003 = 100	.	99,9	101,5	99,7
13	Speisengeprägte Gastronomie	2003 = 100	.	100,0	98,8	97,1
14	Umsatz ²⁾ darunter	2003 = 100	.	100,0	98,4	94,5
15	Beherbergungsgewerbe	2003 = 100	.	100,0	103,7	101,1
16	Speisengeprägte Gastronomie	2003 = 100	.	100,0	95,7	90,6
Fremdenverkehr						
17	Gästekünfte	1000	233	233	239	245
18	darunter von Auslandsgästen	1000	13	14	16	16
19	Gästeübernachtungen	1000	691	681	679	693
20	darunter von Auslandsgästen	1000	33	35	41	39
Verkehr						
Kraftfahrzeuge						
21	Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ³⁾ darunter	Anzahl	7 902	7 958	7 876	7 758
22	Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	6 753	6 786	6 649	6 598
23	Lastkraftwagen	Anzahl	562	583	603	590
24	Krafträder einschl. Kraftroller	Anzahl	394	422	424	397
Straßenverkehrsunfälle						
25	Unfälle insgesamt davon	Anzahl	5 543	5 278	5 043	5 035
26	mit Personenschaden	Anzahl	829	822	776	741
27	mit nur Sachschaden	Anzahl	4 714	4 456	4 267	4 294
28	Getötete Personen	Anzahl	22	25	19	16
29	Verletzte Personen	Anzahl	1 121	1 090	1 019	968
Schienennahverkehr und gewerblicher Omnibuslinienverkehr ^{4) 5)}						
30	Fahrgäste	1000	.	.	44 606	42 580
31	Beförderungsleistung	1000 Pers.-km	.	.	348 654	345 096

1) ohne Handel mit Kfz und ohne Tankstellen - 2) Preisbasis 2000 - 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg - 4) mit mehr als 250 Tsd. beförderten Personen

Zahlenspiegel Thüringen

2005		2006											Lfd. Nr.
Novemb.	Dezemb.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septemb.	Oktober	Novemb.	
100,2	100,1	98,6	96,6	96,9	95,8	95,5	95,7	95,4	95,7	96,5	96,8	97,6	1
100,7	100,0	101,7	97,8	98,0	96,9	96,3	97,0	96,4	97,4	99,1	99,1	99,6	2
114,9	112,8	105,1	105,5	105,7	104,0	103,7	104,2	104,1	105,4	106,5	105,9	105,9	3
101,5	104,3	98,4	97,7	97,4	97,3	97,3	97,6	97,9	98,7	98,6	98,8	102,0	4
98,2	98,2	95,0	94,6	95,4	93,5	93,3	93,1	93,0	92,1	92,1	92,8	92,8	5
106,5	117,2	89,7	85,1	100,4	97,9	100,3	96,8	95,9	97,6	94,5	95,5	103,5	6
100,4	113,3	86,7	85,2	98,4	96,3	95,6	96,0	92,8	92,5	89,8	88,8	96,5	7
101,3	119,5	86,4	85,4	99,4	98,6	103,1	102,2	104,4	102,3	101,6	94,6	100,8	8
116,8	125,2	104,8	95,1	108,5	101,7	109,2	103,9	107,8	111,1	103,7	106,4	115,7	9
113,9	123,1	88,0	79,6	100,6	101,5	105,6	94,5	94,4	99,4	96,8	102,9	110,8	10
101,0	102,7	96,7	96,4	98,9	99,6	102,9	105,0	102,2	100,3	100,9	100,8	98,1	11
103,3	103,2	98,2	98,8	99,3	98,9	103,9	105,7	103,9	105,4	103,9	102,3	101,4	12
95,3	96,7	88,7	88,0	93,6	96,8	101,2	104,1	99,2	95,9	97,4	96,7	92,1	13
85,4	104,1	83,2	82,4	86,1	93,6	103,1	100,4	95,4	92,0	103,8	99,5	83,5	14
89,5	111,0	91,9	88,7	89,3	97,2	118,4	110,0	93,9	96,2	118,7	116,7	88,3	15
78,1	100,2	72,2	73,9	77,8	92,0	95,2	95,6	98,2	90,5	97,3	90,4	78,2	16
202	204	177	191	200	225	301	295	266	262	324	17
9	9	8	9	11	14	20	23	25	26	22	18
511	561	524	590	540	646	798	795	797	843	855	19
22	23	17	20	24	32	48	61	65	74	56	20
7 458	7 393	5 540	5 871	9 921	8 675	9 184	9 599	7 628	7 060	8 459	7 525	...	21
6 541	6 392	4 766	5 083	8 233	6 886	7 730	8 265	6 471	5 946	7 275	6 680	...	22
664	727	545	446	642	744	632	695	593	548	675	525	...	23
94	64	82	185	795	671	688	485	393	390	318	175	...	24
5 277	5 348	4 876	4 708	5 051	4 247	5 124	4 974	5 205	4 629	5 134	5 013	5 048	25
678	648	512	594	531	585	785	845	926	690	890	787	718	26
4 599	4 700	4 364	4 114	4 520	3 662	4 339	4 129	4 279	3 939	4 244	4 226	4 330	27
10	13	14	18	13	14	18	13	28	23	27	19	19	28
878	866	656	810	695	771	994	1 064	1 188	898	1 176	1 053	907	29
.	44 028	.	.	44 672	.	.	42 628	.	.	35 682	.	.	30
.	357 028	.	.	360 635	.	.	346 269	.	.	295 894	.	.	31

- 5) Quartalsangaben

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2002	2003	2004	2005
			Monatsdurchschnitt			
Preise						
Preisindex für die Lebenshaltung						
1	Alle privaten Haushalte	2000 = 100	103,6	104,8	106,5	108,7
	davon					
2	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	2000 = 100	106,4	106,7	106,7	107,5
3	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	2000 = 100	106,1	111,8	119,3	129,9
4	Bekleidung und Schuhe	2000 = 100	101,1	101,0	100,1	98,9
5	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe	2000 = 100	101,9	102,8	103,5	106,4
6	Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	2000 = 100	102,1	102,2	102,2	102,2
7	Gesundheitspflege	2000 = 100	104,9	105,0	127,4	131,3
8	Verkehr	2000 = 100	104,9	107,6	110,2	115,0
9	Nachrichtenübermittlung	2000 = 100	95,7	96,4	95,6	94,3
10	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2000 = 100	103,1	102,9	102,3	102,8
11	Bildungswesen	2000 = 100	114,8	120,1	121,9	126,1
12	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	2000 = 100	106,4	107,5	107,8	109,1
13	Andere Waren und Dienstleistungen	2000 = 100	106,8	109,3	111,1	112,2
Jahresteuierungsrate						
- Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat						
14	Alle privaten Haushalte	%	1,3	1,2	1,6	2,1
	davon					
15	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	0,2	0,3	-	0,7
16	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	3,8	5,4	6,7	8,9
17	Bekleidung und Schuhe	%	0,1	-0,1	-0,9	-1,2
18	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe	%	0,2	0,9	0,7	2,8
19	Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	%	1,1	0,1	-	-
20	Gesundheitspflege	%	1,3	0,1	21,3	3,1
21	Verkehr	%	2,0	2,6	2,4	4,4
22	Nachrichtenübermittlung	%	4,6	0,7	-0,8	-1,4
23	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	%	1,6	-0,2	-0,6	0,5
24	Bildungswesen	%	5,4	4,6	1,5	3,4
25	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	4,4	1,0	0,3	1,2
26	Andere Waren und Dienstleistungen	%	2,8	2,3	1,6	1,0
Baulandpreise						
27	Grundstücksarten insgesamt	Euro je m²	24,50	25,32	28,67	34,53
	davon					
28	baureifes Land	Euro je m ²	41,45	40,33	38,69	41,98
29	Rohbauland	Euro je m ²	12,50	15,43	10,34	8,00
30	sonstiges Bauland	Euro je m ²	11,56	9,28	5,92	13,18
31	Preisindex für Wohngebäude (Brutto)	2000 = 100	99,6	100,4	102,0	103,7

Zahlenspiegel Thüringen

2005		2006											Lfd. Nr.
Novemb.	Dezemb.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septemb.	Oktober	Novemb.	
109,1	110,0	109,8	110,3	110,2	110,5	110,7	110,9	111,5	111,4	110,9	111,0	110,8	1
106,6	107,3	108,4	108,9	109,0	109,0	109,4	110,6	110,4	110,0	110,5	109,6	110,1	2
132,8	132,7	132,7	132,6	132,7	132,7	132,8	132,9	133,0	133,4	133,4	137,8	138,1	3
99,5	99,2	97,2	98,1	98,6	98,7	98,2	97,8	96,6	97,4	98,8	99,3	99,1	4
107,6	107,6	108,8	109,3	109,4	109,8	109,9	110,0	110,1	110,1	110,1	110,2	110,1	5
102,4	102,3	102,5	103,1	102,5	103,1	103,0	103,0	103,2	103,1	103,2	103,4	103,5	6
131,6	131,7	131,9	130,9	131,0	131,2	131,2	131,2	131,5	131,9	132,3	132,3	132,3	7
115,8	115,9	117,1	116,9	116,9	118,7	118,7	118,9	120,3	120,0	117,3	116,5	116,4	8
92,8	92,4	92,3	92,2	92,1	92,1	91,6	91,6	91,4	91,0	91,3	91,2	90,7	9
101,3	106,8	101,7	103,4	102,5	101,7	102,0	102,7	105,3	104,8	103,6	103,7	102,1	10
131,5	131,5	131,5	131,5	133,9	133,9	133,9	133,9	134,2	134,2	134,2	134,2	134,2	11
107,7	112,9	108,3	110,3	109,0	109,5	109,9	110,5	113,1	112,9	110,2	109,8	110,1	12
112,4	112,8	113,0	113,2	113,4	113,6	114,0	114,0	114,1	114,2	114,3	114,3	114,6	13
2,3	2,2	2,3	2,4	2,0	2,3	2,2	2,2	2,2	2,0	1,2	1,4	1,6	14
1,2	1,0	1,8	1,2	0,9	1,1	0,6	1,5	2,1	2,7	3,3	2,9	3,3	15
10,5	3,8	3,3	3,2	3,3	2,9	3,5	3,5	3,9	3,9	0,5	3,8	4,0	16
-1,7	-1,4	-2,2	-0,1	-1,1	-0,5	-0,9	-0,5	-0,5	-0,1	-0,8	-0,2	-0,4	17
3,1	3,3	3,8	4,1	3,7	3,8	3,9	3,6	3,2	3,0	2,5	2,3	2,3	18
0,3	0,2	0,2	1,1	0,4	1,0	1,0	1,0	1,3	1,3	0,7	1,0	1,1	19
2,2	2,3	0,9	-0,3	-0,2	0,2	0,2	0,2	0,4	0,7	0,3	0,3	0,5	20
4,1	5,4	5,1	4,5	3,5	4,4	4,5	3,5	3,4	2,7	-0,7	-1,2	0,5	21
-2,3	-2,5	-3,0	-3,2	-3,3	-3,3	-3,3	-3,2	-3,4	-3,7	-2,9	-2,5	-2,3	22
0,8	0,6	0,5	0,4	0,1	1,2	-0,6	0,8	1,3	0,1	0,7	1,0	0,8	23
7,9	7,9	7,9	7,9	9,8	9,8	9,8	9,8	5,9	3,9	2,1	2,1	2,1	24
0,8	0,8	0,4	1,6	1,2	2,1	1,3	1,7	1,6	1,5	1,5	1,4	2,2	25
1,1	1,4	0,7	1,1	1,3	1,3	1,8	1,7	1,9	1,9	1,9	1,9	2,0	26
.	33,37	.	.	13,05	.	.	24,76	.	.	30,45	.	.	27
.	37,00	.	.	30,64	.	.	38,40	.	.	38,38	.	.	28
.	12,50	.	.	3,37	.	.	5,68	.	.	4,66	.	.	29
.	11,72	.	.	28,82	.	.	8,37	.	.	18,48	.	.	30
104,1	.	.	104,6	.	.	104,9	.	.	106,9	.	.	107,8	31

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2002	2003	2004	2005
			Monatsdurchschnitt			
Löhne und Gehälter						
Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe						
1	Bruttomonatsverdienst	Euro	2 000	2 051	2 107	2 141
	davon					
2	Produzierendes Gewerbe	Euro	1 996	2 041	2 095	2 132
	davon					
3	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Euro	1 934	1 925	2 042	2 036
4	Verarbeitendes Gewerbe	Euro	1 977	2 018	2 070	2 102
5	Energie- und Wasserversorgung	Euro	2 554	2 701	2 789	2 878
6	Baugewerbe	Euro	1 977	2 014	2 062	2 119
7	Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	Euro	2 016	2 097	2 163	2 179
	davon					
8	Handel	Euro	1 846	1 912	1 945	1 955
9	Kredit- und Versicherungsgewerbe	Euro	2 508	2 598	2 708	2 760
Arbeiter im Produzierenden Gewerbe						
10	Bruttomonatsverdienst	Euro	1 776	1 803	1 855	1 883
11	männliche Arbeiter	Euro	1 864	1 893	1 945	1 975
12	weibliche Arbeiter	Euro	1 471	1 501	1 547	1 562
13	Bruttostundenverdienst	Euro	10,30	10,47	10,71	10,84
14	männliche Arbeiter	Euro	10,79	10,96	11,20	11,33
15	weibliche Arbeiter	Euro	8,62	8,80	9,01	9,10
16	Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,7	39,6	39,9	40,0
17	männliche Arbeiter	Std.	39,8	39,8	40,0	40,1
18	weibliche Arbeiter	Std.	39,3	39,3	39,5	39,5
Angestellte im Produzierenden Gewerbe						
19	Bruttomonatsverdienst	Euro	2 630	2 715	2 768	2 819
20	männliche Angestellte	Euro	2 966	3 052	3 098	3 120
21	weibliche Angestellte	Euro	2 113	2 186	2 237	2 313
Kaufmännische Angestellte						
22	Bruttomonatsverdienst	Euro	2 422	2 506	2 542	2 632
23	männliche Angestellte	Euro	3 070	3 186	3 194	3 251
24	weibliche Angestellte	Euro	2 082	2 151	2 194	2 281
Technische Angestellte						
25	Bruttomonatsverdienst	Euro	2 808	2 888	2 952	2 968
26	männliche Angestellte	Euro	2 929	3 007	3 065	3 075
27	weibliche Angestellte	Euro	2 216	2 301	2 375	2 414
Angestellte in Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe						
28	Bruttomonatsverdienst	Euro	2 016	2 097	2 163	2 179
29	männliche Angestellte	Euro	2 162	2 262	2 338	2 353
30	weibliche Angestellte	Euro	1 893	1 960	2 020	2 031
Kaufmännische Angestellte						
31	Bruttomonatsverdienst	Euro	2 063	2 134	2 199	2 217
32	männliche Angestellte	Euro	2 298	2 374	2 444	2 462
33	weibliche Angestellte	Euro	1 912	1 977	2 037	2 047

Zahlenspiegel Thüringen

2005		2006											Lfd. Nr.
Novemb.	Dezemb.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septemb.	Oktober	Novemb.	
.	.	2 136	.	.	2 169	.	.	2 173	1
.	.	2 122	.	.	2 162	.	.	2 167	2
.	.	2 006	.	.	2 093	.	.	2 099	3
.	.	2 103	.	.	2 131	.	.	2 140	4
.	.	2 893	.	.	2 968	.	.	2 935	5
.	.	1 967	.	.	2 127	.	.	2 121	6
.	.	2 199	.	.	2 199	.	.	2 201	7
.	.	1 957	.	.	1 976	.	.	1 983	8
.	.	2 831	.	.	2 782	.	.	2 773	9
.	.	1 850	.	.	1 910	.	.	1 919	10
.	.	1 938	.	.	2 002	.	.	2 010	11
.	.	1 560	.	.	1 588	.	.	1 591	12
.	.	10,85	.	.	10,96	.	.	10,97	13
.	.	11,37	.	.	11,45	.	.	11,43	14
.	.	9,15	.	.	9,24	.	.	9,25	15
.	.	39,2	.	.	40,1	.	.	40,3	16
.	.	39,2	.	.	40,2	.	.	40,5	17
.	.	39,2	.	.	39,6	.	.	39,6	18
.	.	2 827	.	.	2 837	.	.	2 858	19
.	.	3 120	.	.	3 132	.	.	3 159	20
.	.	2 331	.	.	2 342	.	.	2 353	21
.	.	2 666	.	.	2 658	.	.	2 674	22
.	.	3 238	.	.	3 214	.	.	3 240	23
.	.	2 310	.	.	2 319	.	.	2 330	24
.	.	2 963	.	.	2 986	.	.	3 011	25
.	.	3 075	.	.	3 101	.	.	3 128	26
.	.	2 398	.	.	2 412	.	.	2 425	27
.	.	2 199	.	.	2 199	.	.	2 201	28
.	.	2 360	.	.	2 374	.	.	2 370	29
.	.	2 058	.	.	2 050	.	.	2 058	30
.	.	2 240	.	.	2 238	.	.	2 239	31
.	.	2 479	.	.	2 490	.	.	2 479	32
.	.	2 073	.	.	2 063	.	.	2 072	33

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2002	2003	2004	2005
			Jahresangaben			
Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾						
Ausgaben						
1	Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	Mill. Euro	3 998	3 982	4 040	4 068
2	je Einwohner	Euro	1 664	1 671	1 708	1 735
	darunter					
3	Personalausgaben	Mill. Euro	1 216	1 180	1 154	1 115
4	je Einwohner	Euro	506	495	488	475
5	Laufender Sachaufwand	Mill. Euro	761	758	749	737
6	je Einwohner	Euro	317	318	317	314
7	Laufende Zuweisungen u. Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	Mill. Euro	1 254	1 383	1 554	1 806
8	je Einwohner	Euro	522	580	657	770
9	Sachinvestitionen	Mill. Euro	891	784	716	610
10	je Einwohner	Euro	371	329	303	260
	davon					
11	Baumaßnahmen	Mill. Euro	763	687	628	521
12	je Einwohner	Euro	317	288	265	222
13	Erwerb von unbeweglichen und beweglichen Sachen	Mill. Euro	128	97	88	90
14	je Einwohner	Euro	53	41	37	38
Einnahmen						
15	Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	Mill. Euro	3 985	3 972	4 183	4 294
16	je Einwohner	Euro	1 659	1 667	1 769	1 831
	darunter					
17	Steuern (netto) u. steuerähnliche Einnahmen	Mill. Euro	646	656	717	823
18	je Einwohner	Euro	269	275	303	351
	darunter					
19	Grundsteuer A und B	Mill. Euro	165	167	171	177
20	je Einwohner	Euro	69	70	72	75
21	Gewerbesteuer (netto)	Mill. Euro	218	217	285	348
22	je Einwohner	Euro	91	91	121	148
23	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	Mill. Euro	189	199	187	223
24	je Einwohner	Euro	79	84	79	95
25	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	Mill. Euro	63	62	62	64
26	je Einwohner	Euro	26	26	26	27
27	Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb	Mill. Euro	564	564	550	550
28	je Einwohner	Euro	235	237	233	235
29	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse ²⁾	Mill. Euro	2 403	2 423	2 607	2 748
30	je Einwohner ²⁾	Euro	1 000	1 017	1 102	1 172
31	Zuweisung und Zuschüsse für Investitionen	Mill. Euro	606	596	635	507
32	je Einwohner	Euro	252	250	269	216
33	Finanzierungssaldo	Mill. Euro	- 13	- 9	143	226
34	je Einwohner	Euro	- 5	- 4	61	96
35	Schuldenstand am Ende des Berichtszeitraums ³⁾	Mill. Euro	2 958	2 962	2 914	2 817
36	je Einwohner ³⁾	Euro	1 231	1 243	1 232	1 201

1) Angaben kumulativ - 2) einschließlich Ersätze zum Familienleistungsausgleich - 3) einschließlich rückzahlungspflichtiger Altschulden

Zahlenspiegel Thüringen

2005		2006											Lfd. Nr.
Novemb.	Dezemb.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septemb.	Oktober	Novemb.	
.	4 068	.	.	902	.	.	1 894	.	.	2 960	.	.	1
.	1 735	.	.	384	.	.	808	.	.	1 262	.	.	2
.	1 115	.	.	247	.	.	512	.	.	781	.	.	3
.	475	.	.	105	.	.	218	.	.	333	.	.	4
.	737	.	.	188	.	.	366	.	.	542	.	.	5
.	314	.	.	80	.	.	156	.	.	231	.	.	6
.	1 806	.	.	443	.	.	928	.	.	1 434	.	.	7
.	770	.	.	189	.	.	396	.	.	612	.	.	8
.	610	.	.	84	.	.	216	.	.	393	.	.	9
.	260	.	.	36	.	.	92	.	.	167	.	.	10
.	521	.	.	72	.	.	187	.	.	343	.	.	11
.	222	.	.	31	.	.	80	.	.	146	.	.	12
.	90	.	.	12	.	.	29	.	.	50	.	.	13
.	38	.	.	5	.	.	12	.	.	21	.	.	14
.	4 294	.	.	998	.	.	1 990	.	.	3 197	.	.	15
.	1 831	.	.	426	.	.	848	.	.	1 363	.	.	16
.	823	.	.	146	.	.	381	.	.	612	.	.	17
.	351	.	.	62	.	.	163	.	.	261	.	.	18
.	177	.	.	41	.	.	89	.	.	140	.	.	19
.	75	.	.	18	.	.	38	.	.	60	.	.	20
.	348	.	.	101	.	.	224	.	.	334	.	.	21
.	148	.	.	43	.	.	95	.	.	142	.	.	22
.	223	.	.	0	.	.	46	.	.	96	.	.	23
.	95	.	.	0	.	.	20	.	.	41	.	.	24
.	64	.	.	0	.	.	17	.	.	33	.	.	25
.	27	.	.	0	.	.	7	.	.	14	.	.	26
.	550	.	.	137	.	.	280	.	.	417	.	.	27
.	235	.	.	58	.	.	120	.	.	178	.	.	28
.	2 748	.	.	727	.	.	1 326	.	.	2 128	.	.	29
.	1 172	.	.	310	.	.	565	.	.	908	.	.	30
.	507	.	.	48	.	.	161	.	.	285	.	.	31
.	216	.	.	21	.	.	69	.	.	121	.	.	32
.	226	.	.	96	.	.	96	.	.	237	.	.	33
.	96	.	.	41	.	.	41	.	.	101	.	.	34
.	2 817	.	.	2 796	.	.	2 764	.	.	2 740	.	.	35
.	1 201	.	.	1 192	.	.	1 178	.	.	1 168	.	.	36

Zahlenspiegel Thüringen

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2002	2003	2004	2005
			Jahresangaben			
	Geld und Kredit ¹⁾					
	Kredite und Einlagen ²⁾					
1	Kredite an Nichtbanken	Mill. Euro	24 664	24 660	24 163	24 431
	davon					
2	kurzfristige Kredite	Mill. Euro	2 633	2 489	2 248	2 136
3	mittelfristige Kredite	Mill. Euro	1 602	1 677	1 756	1 779
4	langfristige Kredite	Mill. Euro	20 268	20 349	20 059	20 516
	darunter					
5	an inländische Nichtbanken	Mill. Euro	24 503	24 515	24 063	24 328
	davon					
6	Unternehmen	Mill. Euro	7 333	7 093	6 567	6 319
7	wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Mill. Euro	4 286	4 144	4 019	3 883
8	wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen	Mill. Euro	8 048	8 394	8 542	9 047
9	öffentliche Haushalte	Mill. Euro	4 836	4 884	4 935	5 079
10	Einlagen von Nichtbanken	Mill. Euro	24 259	24 443	24 735	26 108
	davon					
11	Sichteinlagen	Mill. Euro	8 770	8 973	9 291	9 931
12	Termineinlagen	Mill. Euro	2 851	2 637	2 423	2 482
13	Sparbriefe	Mill. Euro	2 440	2 257	2 039	1 908
14	Spareinlagen	Mill. Euro	10 198	10 576	10 982	11 787
	darunter					
15	von inländischen Nichtbanken	Mill. Euro	24 183	24 324	24 656	25 965
	davon					
16	Unternehmen	Mill. Euro	3 235	3 147	3 204	3 499
17	wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Mill. Euro	1 294	1 312	1 359	1 435
18	wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen	Mill. Euro	18 578	18 694	18 899	19 717
19	öffentliche Haushalte	Mill. Euro	1 076	1 171	1 194	1 314
	Sparverkehr ³⁾					
20	Gutschriften auf Sparkonten	Mill. Euro	1 297	1 261	1 156	1 165
21	Zinsgutschriften	Mill. Euro	231	196	192	195
22	Lastschriften auf Sparkonten	Mill. Euro	1 206	1 161	1 054	1 202
23	Bestand an Spareinlagen von Nichtbanken	Mill. Euro	10 198	10 576	10 982	11 787
	darunter bei					
24	Großbanken	Mill. Euro	643	641	715	1 350
25	Sparkassen	Mill. Euro	6 990	7 361	7 715	7 887
26	Kreditgenossenschaften	Mill. Euro	1 929	1 974	2 047	2 045
	Insolvenzen					
27	Insolvenzen	Anzahl	2 662	2 970	3 180	3 869
	davon					
28	Unternehmen einschließlich Kleingewerbe	Anzahl	1 369	1 040	989	1 029
	davon					
29	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Anzahl	25	17	14	18
30	Produzierendes Gewerbe	Anzahl	632	476	484	405
31	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	409	264	218	239
32	Grundstück- u. Wohnungswesen, Dienstleistungen u. Sonstiges	Anzahl	303	283	273	367
33	übrige Schuldner	Anzahl	1 293	1 930	2 191	2 840
	darunter					
34	natürliche Personen als Gesellschafter u.A.	Anzahl	281	195	229	200
35	ehemals selbständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren	Anzahl	463	806	820	732
36	Verbraucher	Anzahl	440	750	998	1 706
37	eröffnete Verfahren	Anzahl	1 966	2 231	2 410	3 275
38	mangels Masse abgelehnte Verfahren	Anzahl	678	716	752	581
39	Annahme Schuldenbereinigungsplan	Anzahl	18	23	18	13
40	voraussichtliche Forderungshöhe	Tsd. Euro	2 052 144	1 063 902	1 022 052	953 867
41	Beschäftigte	Anzahl	7068	5238	4845	3555

1) Quelle: Landeszentralbank in den Freistaaten Sachsen und Thüringen - 2) am Jahres- bzw. Monatsende - 3) Umsätze im Quartal; Bestand am Jahres- bzw. Monat-

Zahlenspiegel Thüringen

2005		2006											Lfd. Nr.
Novemb.	Dezemb.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septemb.	Oktober	Novemb.	
.	24 431	.	.	24 401	.	.	24 488	.	.	24 624	.	.	1
.	2 136	.	.	2 146	.	.	2 101	.	.	2 051	.	.	2
.	1 779	.	.	1 782	.	.	1 830	.	.	1 854	.	.	3
.	20 516	.	.	20 473	.	.	20 557	.	.	20 719	.	.	4
.	24 328	.	.	24 306	.	.	24 393	.	.	24 529	.	.	5
.	6 319	.	.	6 319	.	.	6 315	.	.	6 399	.	.	6
.	3 883	.	.	3 849	.	.	3 857	.	.	3 851	.	.	7
.	9 047	.	.	9 009	.	.	9 085	.	.	9 159	.	.	8
.	5 079	.	.	5 129	.	.	5 136	.	.	5 140	.	.	9
.	26 108	.	.	25 956	.	.	25 776	.	.	25 926	.	.	10
.	9 931	.	.	9 558	.	.	9 479	.	.	9 538	.	.	11
.	2 482	.	.	2 649	.	.	2 664	.	.	2 807	.	.	12
.	1 908	.	.	1 900	.	.	1 901	.	.	1 987	.	.	13
.	11 787	.	.	11 849	.	.	11 732	.	.	11 594	.	.	14
.	25 965	.	.	25 818	.	.	25 637	.	.	25 796	.	.	15
.	3 499	.	.	3 258	.	.	3 206	.	.	3 404	.	.	16
.	1 435	.	.	1 391	.	.	1 418	.	.	1 465	.	.	17
.	19 717	.	.	19 792	.	.	19 625	.	.	19 455	.	.	18
.	1 314	.	.	1 377	.	.	1 388	.	.	1 472	.	.	19
.	1 165	.	.	1 256	.	.	1 024	.	.	996	.	.	20
.	195	.	.	6	.	.	7	.	.	7	.	.	21
.	1 202	.	.	1 200	.	.	1 151	.	.	1 139	.	.	22
.	11 787	.	.	11 849	.	.	11 732	.	.	11 594	.	.	23
.	1 350	.	.	1 341	.	.	1 308	.	.	1 268	.	.	24
.	7 887	.	.	7 944	.	.	7 884	.	.	7 804	.	.	25
.	2 045	.	.	2 054	.	.	2 030	.	.	2 020	.	.	26
353	330	475	255	333	367	408	327	387	389	337	543	551	27
76	69	77	51	84	88	64	66	59	56	57	62	64	28
1	1	1	1	2	-	2	1	2	1	1	1	1	29
24	15	23	21	38	43	23	26	14	22	22	19	24	30
18	17	22	15	14	21	16	13	14	15	17	15	14	31
33	36	31	14	30	24	23	26	29	18	17	27	25	32
277	261	398	204	249	279	344	261	328	333	280	481	487	33
10	12	10	14	19	20	19	17	21	13	10	16	25	34
64	66	78	47	68	66	58	48	72	54	61	72	77	35
180	169	292	135	150	151	248	183	219	235	186	372	366	36
308	285	440	210	279	321	375	291	341	359	312	509	515	37
45	44	34	45	51	46	33	34	46	30	24	34	35	38
-	1	1	-	3	-	-	2	-	-	1	-	1	39
50 121	68 189	98 112	29 363	69 526	66 421	59 398	53 465	51 900	62 246	50 226	78 680	90 079	40
167	197	209	213	150	296	106	130	84	310	412	348	488	41